

PROTOKOLL

über die 31. ordentliche Sitzung des Gemeinderates

der Stadt Steyr

am Donnerstag, 13. Dezember 2007, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 9.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach

Gerhard Bremm

Ing. Dietmar Spanring

STADTRÄTE/IN:

Wilhelm Hauser

Gunter Mayrhofer

Walter Oppl

Ingrid Weixlberger

GEMEINDERÄTE:

DI Christian Altmann

Kurt Apfelthaler

Karl Baumgartner

Rudolf Blasi

Dr. Braunsberger-Lechner Birgitta

Harald Dunst

Roman Eichhübl

Ernst Esterle

Ute Fanta

Helga Feller-Höller

Mag. Martin Fiala

MMag. Michaela Frech

Monika Freimund

Ing. Wolfgang Hack

Gerald Hackl

Ing. Franz-Michael Hingerl

Mag. Stephan Keiler LL.M.

Mag. Gerhard Klausberger

Rudolf Kohl

Andreas Kupfer

Hans Payrleithner

Rosa Rahstorfer

Dr. Michael Schodermayr

Rudolf Schröder

Mag. Erwin Schuster

Silvia Thurner

Ursula Voglsam

Eva-Maria Wührleitner

Dr. Helmut Zöttl

VOM AMT:

MD OSR Dr. Kurt Schmidl

MD-Stv. Präs. Dir. SR Dr. Gerhard

Alphasamer

OMR Mag. Helmut Golda

Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT:

-

PROTOKOLLFÜHRER:

Thomas Schwingshackl

Gabriele Obermair

TAGESORDNUNG:

- 1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER
- 2) BEANTWORTUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN
- 3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS
- 4) AKTUELLE STUNDE
- 5) KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES GEM. § 54 ABS. 3 STS
- 6) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

- | | |
|---------------|---|
| 1) Fin-49/07 | Stadtmarketing Steyr GmbH; außerordentlicher Gesellschafterzuschuss 2007. |
| 2) Fin-214/07 | Kulturzentrum AKKU; außerordentliche Subvention f. Adaption des Veranstaltungsraumes. |

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

- 1) Fin-258/07 Tarif- und Gebührenordnung APT; Anpassung.
- 2) Fin-23/04 Tarif- und Gebührenordnung APM; Anpassung.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

- 3) GHJ2-87/07 Sofortmaßnahme; Erneuerung des Hauskanales Schulwarthaus Hauptschule Ennsleite.
- 4) Fin-144/06 ASV Bewegung Steyr Fußball; Ansuchen um Subvention für die Adaptierung des Trainingsfeldes und des Hauptfeldes inklusive Flutlichtanlage sowie Neubau des Clubhauses und Einbau einer Solaranlage.
- 5) Gem-Abf-1/03 Novellierung der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr.
- 6) GHJ2-82/07 Abschluss eines Mietvertrages über den Schlossparkpavillon mit der Passepartout Restaurant & Catering GmbH.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER ING. DIETMAR SPANRING:

- 7) Fin-165/07 Katholische Kirche Dekanatsamt Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Sanierung des Pfarrzentrums Münchenholz.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

- 8) BauGru-28/01 Neuplanungsgebiet Nr. 3, 3. Verlängerung Hochwasserabflussbereiche.
- 9) BauGru-46/04 Bebauungsplan Nr. 67; Münchenholz Nord- Punzerschule.
- 10) Gem-Kan-27/97 Kanal-Anschlussgebührenordnung; Änderung zum 1. 1. 2008.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WALTER OPPL:

- 11) Präs-683/02 Richtlinie zur Förderung von nachträglichen Lifteinbauten in Wohnhäusern; Neuregelung der „De-minimis“-Beihilfen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. FORSTENLECHNER DAVID:

12) Fin-100/07

Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2008.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf die heutige Gemeinderatssitzung eröffnen und feststellen, dass ordnungsgemäß einberufen wurde. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Protokollprüfer sind heute GR Rudolf Schröder und GR Harald Dunst.

Ich komme zu Punkt 2), **Beantwortung von allfälligen Anfragen.**

Frau Gemeinderätin MMag. Frech richtete mit Schreiben vom 6. Dezember folgende Anfrage an mich. Sie lautet:

Gem. § 10 der Geschäftsordnung des Gemeinderates für die Stadt Steyr stelle ich hiermit nachfolgende Anfrage mit der Bitte um persönliche Beantwortung in der Gemeinderatssitzung vom 13. 12. 2007 bzw. Weiterleitung an den zuständigen Referenten und Beantwortung durch diesen:

Im Nachtragsvoranschlag der Stadt Steyr für das Jahr 2007 wurden in der letzten GR-Sitzung € 800.000,-- mitbeschlossen, die dafür vorgesehen sind, Forderungen der Raika zu befriedigen.

Diese Forderungen resultieren aus einer Bürgschaft, welche die Stadt Steyr 1995 für einen Fußballclub eingegangen ist.

Bis dato ist allerdings unklar, ob und wenn ja, in welcher Höhe die Stadt Steyr auch tatsächlich zu Zahlungen an die Raika verpflichtet ist.

Laut Bürgschaftsvertrag besteht die Bürgschaft bis zur vollständigen Tilgung des Kredites in Höhe von ursprünglich 9 Millionen Schilling. Sie verringert sich jedoch mit jeder Zahlung, die zur Abstattung dieses Kredites geleistet wird. Eine Aufstockung der Darlehenssumme wurde im Bürg-

schaftsvertrag dezidiert ausgeschlossen. Die Bürgschaft erlischt nach vollständiger Tilgung der Kreditschuld.

Nun werden aber in Summe die gesamten ursprünglichen 9 Millionen Schilling und zusätzlich Zinsen von der Raika eingefordert, wodurch sich die Summe von € 800.000,-- ergibt.

Die Höhe dieser Forderung würde aber laut Vertrag de facto bedeuten, dass seit 1995 und damit in den vergangenen 12 Jahren nie Kreditrückzahlungen durch den Fußballclub erfolgt sind.

In diesem Zusammenhang ersuche ich um Beantwortung folgender Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem Bürgschaftsvertrag zwischen der Stadt Steyr und der Raika sowie der Vereinbarung der Stadt Steyr mit SK Vorwärts Steyr ergeben.

Die Beantwortung bzw. Klärung dieser Fragen ist wesentliche Grundlage dafür, dass nicht vom Steyrer Steuerzahler eine Forderung der Raika beglichen wird, die in dieser Höhe gar nicht existiert.

1. Stimmt es, dass es bis dato keinerlei Rückzahlungen dieses Kredites in Höhe von 9 Mio. Schilling durch den Fußballclub Vorwärts gegeben hat? Wenn ja, seit wann hatte die Stadt Steyr davon Kenntnis, dass niemals Rückzahlungen erfolgt sind? Welcher Rückzahlungsmodus war überhaupt vereinbart worden?

2. Sollte der Kreditnehmer in Zahlungsverzug geraten, so hätte zuerst eine Befriedigung der aushaftenden Forderungen aus dem Werbevertrag mit der Sport- und Dauerwerbung, Rudolf Rappel, Wien, erfolgen sollen.

a) Ist dies jemals geschehen? Wenn ja, wann und in welcher Höhe? Wenn nein, warum nicht?

b) Laut Vereinbarung mit der Stadt durfte der Werbevertrag bis zur vollständigen Tilgung des Kredites über 9 Millionen Schilling nicht gekündigt werden. Existiert dieser Vertrag noch, wenn nicht, warum nicht?

3. Laut Vereinbarung mit der Stadt Steyr ist der Verein verpflichtet, halbjährlich und zwar bis längstens 15. 1. bzw. 15. 7. eines jeden Kalenderhalbjahres für das unmittelbar vorhergehende Kalenderhalbjahr ohne gesonderte Aufforderung durch die Stadt dem Magistrat Steyr, GB II, eine Statusmeldung über die erzielten Einnahmen und die vorhandenen Verbindlichkeiten vorzulegen.

a) Ist dies auch tatsächlich geschehen? Wenn ja, wie sieht dieser Statusbericht vom 15. 7. 2007 aus?

b) Wenn nein, warum gibt es diesen Statusbericht nicht?

4. Der Verein hat sich verpflichtet, im Falle des Zahlungsrückstandes bei der Abstattung des Kredites Erlöse aus Spielerverkäufen zunächst in voller Höhe zur Abdeckung der Zahlungsrückstände zu verwenden.

a) Gab es in der Zwischenzeit Erlöse aus Spielerverkäufen?

b) Wurden diese Erlöse auch tatsächlich in voller Höhe zur Abdeckung verwenden? Wenn nein, warum nicht?

5. Stimmt es, dass von den 9 Millionen Schilling ein gewisser Teil durch persönliche Haftungen von Vorstandsmitgliedern abgedeckt werden musste? Wenn ja, in welcher Höhe?

6. Was werden die nächsten Schritte der Stadt Steyr in dieser Angelegenheit sein, die laut Aussagen der Raika bis Ende des Jahres erledigt sein sollte?

Hierzu kann ich Folgendes berichten:

Zu Punkt 1):

Nach dem der Stadt vorliegenden Abstattungskreditvertrag, den der Sportklub Vorwärts Steyr mit der Raiffeisenbank Region Sierning geschlossen hat, sollte der Kredit in 30 Halbjahresraten, beginnend mit 1.7.1995 zurückbezahlt werden. Falsch ist, dass nie Rückzahlungen auf den Kredit geleistet wurden.

Zu Punkt 2 a) und b):

Der Stadt liegt ein Pfandvertrag zwischen dem SK Vorwärts Steyr und der Raiffeisenbank Region Sierning vor, mit welchem der Sportverein die ihm gegen die Rudolf Rappel Sport- und Dauerwerbung aufgrund der Vereinbarungen über sämtliche Werberechte im Bereich des gesamten Stadions zustehenden Einnahmen, an die Bank zur Sicherstellung aller bestehenden und künftigen Forderungen des Kreditgebers verpfändet hat. Soweit dies der Stadt bekannt ist, wurde seitens der Raiffeisenbank von diesem Pfandvertrag kein Gebrauch gemacht.

Richtig ist, dass der gegenständliche Werbevertrag bis zur vollständigen Tilgung des Kredites vom Verein nicht gekündigt werden durfte. Nach dem Wissensstand der Stadt hat sich dieser Werbevertrag jedoch ausschließlich auf die Teilnahme des SK Vorwärts Steyr an den beiden höchsten österreichischen Spielklassen bezogen, so dass mit Einleitung des Konkursverfahrens bzw. Abschluss des Zwangsausgleiches und der damit verbundenen Relegation in die unterste oberösterreichische Spielklasse der Werbevertrag gegenstandslos geworden ist. Im Übrigen wäre der Vertrag durch Zeitablauf mit 30.6.2000 erloschen.

Zu Punkt 3 a) und b):

Nach Abschluss des Zwangsausgleiches ging der Vereinsvorstand davon aus, dass der Verein zur Gänze entschuldet ist, weshalb kein Statusbericht mehr gelegt wurde.

Auch nach Ansicht der Stadt war mit dem Zwangsausgleich kein Statusbericht mehr vorzulegen.

Zu Punkt 4):

Der Stadt sind Erlöse aus Spielerverkäufen in Profizeiten nicht offiziell bekannt. Diese wurden auch vom Vereinsvorstand unter Hinweis auf das im Dezember 1995 ergangene „Bosman-Urteil“ des EuGH bestritten.

Zu Punkt 5):

Hierzu ist festzuhalten, dass der SK Vorwärts Steyr im Jahre 1995 neben dem Kredit von 9 Mio. Schilling, für den die Stadt gebürgt hat, einen weiteren Kredit in Höhe von 3 Mio. Schilling, aufgenommen hat, für die Vorstandsmitglieder bürgen sollten. Zur Absicherung, dass die privat bürgenden Vorstandsmitglieder für jenen Teil gegenüber der Stadt haften sollten, der von dem Betrag von 3 Mio. Schilling bereits bezahlt wurde.

Zu Punkt 6):

In einem Gespräch wurde mit der Raiffeisenbank vereinbart, dass diese zur genauen Beurteilung der Sach- und Rechtslage eine Stellungnahme bis Ende dieses Jahres vorlegen werden. Danach werden weitere Verhandlungen geführt.

Das ist der momentane Status. D. h., es hat Verhandlungen gegeben zwischen der Raika und der Stadt und es wird bis Ende des Jahres eine rechtliche Stellungnahme geben, weil es ja noch rechtliche Probleme zu lösen gibt.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, Sie haben zu meiner Frage 1) bei der Beantwortung gesagt, dass es falsch ist, dass keine Rückzahlung erfolgt ist. Sie haben aber nicht gesagt, in welcher Höhe Rückzahlungen erfolgt sind. Weiß man die Höhe nicht?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich weiß die Höhe jetzt nicht.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Jeder Euro der zurückgezahlt worden ist hat unsere Haftung vermindert.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist auch klar. Genau diese Fakten werden alle geprüft. Es wird auch noch einmal untersucht was ist alles bezahlt worden und das ist Gegenstand dieser Verhandlungen die wir mit der Raika zur Zeit führen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Zusatzfrage.

Zwischenrufe: Das war schon.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Nein, das war keine Zusatzfrage, das war eine Frage zur Nummer 1) die nicht beantwortet worden ist.

Meine Zusatzfrage ist, Herr Bürgermeister, wie sieht es aus, wem gehört das Baurecht? Der Stadt Steyr, der Raika oder der Vorwärts?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Auch dazu kann ich keine klare Antwort geben, weil genau das noch ein Punkt ist, der zu klären ist, wo wir jetzt gerade in Verhandlung mit der Raika diesen Fakt genau untersuchen werden.

So, ich komme nun zum Punkt 3), **Mitteilungen des Bürgermeisters.**

Marlen-Haushofer-Literaturpreis:
Auch Steyrer unter den Gewinnern

Die Gewinner des Literatur-Wettbewerbes 2007 der Stadt Steyr sind vor kurzem im Alten Theater gekürt worden. Unter den Preisträgern ist diesmal auch ein Steyrer: der 25-jährige Christoph Aistleitner.

Mit dem Thema des Literaturpreises 2007 „neue Armut“ haben sich heuer 38 Autorinnen und Autoren aus dem gesamten deutschsprachigen Raum auseinander gesetzt.

Siegerin wurde Sandra Niermayer aus Bielefeld mit ihrem Werk „Mikroorganismen“. Den zweiten Preis holte sich der Steyrer Christoph Aistleitner mit seiner Arbeit „Küchentisch“. Aistleitner hat am BRG Steyr maturiert und in Wien Technische Mathematik studiert. Zur Zeit lebt und arbeitet er in Graz. Aistleitner bezeichnet sich selbst als Gelegenheitsschreiber. Er hat schon einige Literaturpreise gewonnen, unter anderem den Hattinger-Förderpreis. Preis drei ging an Andrea Stift aus Graz. Die Germanistin und Sprachwissenschaftlerin hat bereits zwei Bücher geschrieben. Auch sie kann schon mehrere Preise vorweisen. Mit dem vierten Preis wurde die 20-jährige St. Pöltnerin Cornelia Travnicek ausgezeichnet. Die Studentin schreibt schon seit einigen Jahren Lyrik und Prosa. Ende Februar 2008 erscheint ihr erstes Buch. Der fünfte Preis ging an Kai Lehmann aus Erfurt (Deutschland) mit der Arbeit „Armes Glück“. Lehmann arbeitet derzeit an einem Roman und an einem Kinderbuch.

Steyrer besuchten San Benedetto

Eine Delegation unter meiner Leitung besuchte vor kurzem die Steyrer Part-

nerstadt San Benedetto in Italien. In der Palazzina Azzurra in San Benedetto findet heuer nach 2000 und 2002 zum dritten Mal eine Ausstellung von Steyrer Krippen statt. Gestaltet worden ist diese Schau von den Krippenbauer-Familien Vroni und Paul Pfaffenbichler sowie Elfi und Dr. Karl Mayer mit viel Einsatz, Geschick und Feingefühl. Zusätzlich zu den Krippen wurden auch kulinarische Spezialitäten aus unserer Gegend, wie Knödel und Strudel aus Steyr nach Italien gebracht. Erstmals dabei war auch das erste „Steyrer Christkindl“.

Die Steyrer Krippenausstellung kommt bei den Bewohnern von San Benedetto sehr gut an, speziell die Kinder sind hellauf begeistert.

Die Krippen-Schau endet am 6. Jänner 2008.

Homepage der Stadt Steyr neu gestaltet

Die Homepage der Stadt Steyr (www.steyr.at) ist vor kurzem neu gestaltet worden. Die Umstellung wurde durch das E-Government-Gesetz notwendig, das ab 1.1.2008 eine sogenannte WAI-Konformität verlangt. Ich habe da selbst nachfragen müssen was das ist. Es ist damit sicherzustellen, dass diese Homepage auch barrierefrei benutzt werden kann.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im November 2007 betrug 4,1 % und ist im Vergleich zum Vormonat 0,2 Prozentpunkte höher. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr erhöhte sie sich um 0,4 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im November 2007 1.762. Diese erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 3,8 % (d.s. 65 Personen) und gegenüber dem Vorjahr

verringerte sie sich um 9,5 % (d.s. 185 Personen).

Im November 2007 sind 513 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 33 Stellen weniger sowie auch gegenüber dem Vorjahr um 17 Stellen weniger.

Zu Punkt 4), „**Aktuelle Stunde**“ gibt es keine Anfrage. Zu Punkt 5), bitte ich um die **Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates**. Wir kommen bereits zu Punkt 6), **Verhandlungsgegenstände**.

Da geht es um die Einbringung eines Dringlichkeitsantrages der FPÖ, ÖVP, Grünen und des Bürgerforums zum Thema „Vorwärts“. Ich bitte diesen Dringlichkeitsantrag jetzt einmal zu diskutieren. D. h., wir sind der Ansicht, dass diesem Dringlichkeitsantrag die Dringlichkeit zusteht aufgrund der rechtlichen Lage. Ich schlage deshalb vor, dass wir diesen Dringlichkeitsantrag vor dem Punkt Budget 2008 behandeln werden. Sind Sie damit einverstanden? Das entspricht nämlich nicht der Geschäftsordnung, aber wir wollen das heute ausnahmsweise so handhaben. Sind alle Fraktionen damit einverstanden? Gut, wenn alle einverstanden sind, kommen wir zu den Verhandlungsgegenständen. Ich bitte die Frau Vizebürgermeisterin um ihre Anträge.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste, werte Presse. In meinem ersten Antrag geht es um die Erhöhung der Tarife im APT. Wir alle wissen ja, dass das Heimvertragsgesetz vorschreibt, dass wir die Kosten der Unterkunft, die Kosten der Verpflegung, die Kosten der Grundbetreuung und die Kosten der besonderen Pflegeleistungen unter zusätzlichen Leistungen extra anführen müssen. Das ha-

ben wir bis jetzt ja nicht gemacht sondern es war ein Gesamttarifbetrag. Darum, wenn man denkt die Grundbetreuung kostet 31 Euro, die Verpflegung 3,60 Euro, dann sind wir schon höher.

Der Antrag des Verwaltungsausschusses für das APT und APM an den Gemeinderat lautet:

1) Fin-258/07
Tarif- und Gebührenordnung APT; Anpassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Berichtes des Alten- und Pflegeheimes Tabor vom 27. 11. 2007 wird die Tarif- und Gebührenordnung wie in der Anlage ausgeführt mit Wirksamkeit 1. 1. 2008 geändert.

Außer den Tarifen bleiben alle anderen Bestimmungen der Tarifordnung unverändert. (Beilage)

Jetzt betrifft es einmal das APT. Ich ersuche um Diskussion bzw. um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Frau Voglsam bitte.

GEMEINDERÄTIN
URSULA VOGLSAM:
Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste und Vertreter der Presse. Heute darf ich diesen Tagesordnungspunkt auch zum Anlass nehmen zu danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den beiden Alten- und Pflegeheimen Tabor und Münchenholz, für das Engagement und die Umsicht der alten- und pflegebedürftigen Generation gegenüber. Da ja die Altersstruktur immer höher wird, ist dies für die nächste Zeit für uns eine Herausforderung mit den vorhandenen

oder nicht vorhandenen Finanzen den Pflegebedarf zu sichern. Anhand der zur Diskussion gestellten Erhöhung der Tarifordnung stellt sich nun die Frage nach einer kostendeckenden Rechnung. Diese Verrechnung geht aber nur Hand in Hand mit dem Sozialbudget, da wir ja wissen, dass die Selbstzahler sehr wenig sind, 10 bis 12 im Mönichholz und ca. 60 am Tabor, diese Erhöhung würde noch mehr das Sozialhilfebudget strapazieren, da derzeitige Vollzahler dann diese Erhöhung nicht mehr finanzieren könnten. Warten wir auf das vom Land OÖ erarbeitete Kosten- und Leistungsmodell, welches bis Mitte des nächsten Jahres vorliegen wird. Anhand dieses Modells haben wir dann die Möglichkeit ein leistbares und sozial ausgewogenes Tarifmodell zu erarbeiten was sowohl den Bewohnerinnen und Bewohnern der Altenheime als auch dem Budget zugute kommen wird. Aus diesem Grund werden wir der Tarifierhöhung nicht zustimmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Roman bitte.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Vertreter der öffentlichen Medien, werte Gäste. Wir haben ja im Ausschuss für Alten- und Pflegeheime sehr ausführlich über diese Situation der Tarife, die heute als Beschlussfassung vorliegt, diskutiert. Auch ich habe die Meinung vertreten, dass das zweierlei Beurteilungen zulässt. Zum einen ist es wohl klar, dass es erforderlich ist, dass die Stadt Steyr einen entsprechenden Zuschuss an

Alten- und Pflegeheime leistet. Zum einen beim Alten- und Pflegeheim in der Größenordnung von etwa 2,8 Mio. Euro und im Alten- und Pflegeheim im Mönichholz nicht ganz 900.000 Euro. Das deshalb, weil es einfach nicht zumutbar ist den dort wohnenden und dort betreuten Personen die ganze Last der Kosten aufzubürden. Es ist aber so, dass, wenn jetzt diese Tarifierhebung in Kraft tritt, zum einen der Verlust sicherlich etwas geringer wird, dann wird halt diese Verlustabdeckung nicht aus dem allgemeinen Budget herausgenommen sondern die Differenz dazu wird selbstverständlich dann aus dem Bereich der allgemeinen sozialen Leistungen, die die Stadt Steyr zu erbringen hat, wirksam werden. Es betrifft aber, und das möchte ich schon sagen, diese Tarifierhebung im Bereich Alten- und Pflegeheim Mönichholz 10 bis 12 Vollzahler, im Bereich Alten- und Pflegeheim Tabor habe ich mir notiert, falls diese Zahl richtig ist, ich kann sie nicht nach überprüfen, 60 bis 70 Vollzahler. Die Frau Referentin wird das sicherlich bestätigen können, dass diese Zahl stimmt. D. h. also, dass jene, die brav und fleißig den Höchstarif bezahlen, doch zum Handkuss kommen. Daher, meine sehr geehrten Damen und Herren, bin ich auch der Meinung, dass etwas abzuwarten ist, nämlich das, was die Frau Kollegin vorhin zum Ausdruck gebracht hat, und wir werden uns daher bei der Abstimmung, zu diesen beiden Anträgen, der Stimme enthalten.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Vertreter der Presse, werte Gäste. Meine Vorredner sind schon darauf eingegangen, was uns bewusst

sein sollte ist zu dem eines, diese Erhöhung sind 10,49 % in einem Zeitpunkt wo Pensionen nicht in diesem Maß sicherlich steigen, wo die Lebenserhaltungskosten zunehmen und auch die Ausgaben, die jemand noch hat, aus seinem Privatbereich, auch wenn er schon im Alten- und Pflegeheim ist, ja auch noch gegeben sind, halte ich das für vollends überzogen. Vor allem weil es diese Vollzahler trifft und, und das ist mir ein besonders wichtiger Aspekt, wir haben damit auch gar nicht große Mehreinnahmen, den Einzelnen trifft es sehr stark, die Mehreinnahmen der Stadt halten sich aber in Grenzen, weil wir ohnedies zuschießen müssen. Nur es macht für mich schon einen Unterschied, ob wir das wirklich als Zuschuss für das APM oder APT deklarieren, oder ob dann der Zuschuss über die Sozialhilfe kommt. Damit leisten wir wieder einen Beitrag, dass unser Sozialhilfebudget noch mehr steigt als bisher. Dann tritt eine Situation ein, und die kenne ich aus meiner 10jährigen Erfahrung da herinnen, dass man sagen wird wir können uns dieses oder jenes soziale Projekt, wichtige soziale Anliegen nicht leisten, weil Sie sehen ja, Frau Kollegin, unser Sozialhilfebudget ist ohnedies schon so weit oben und das steigt jetzt noch höher und wir haben so viele Ausgaben, das ist nicht mehr machbar. D. h., wir verhindern damit auch in der politischen Diskussion zahlreiche soziale Anliegen die wichtig sind, einfach nur aufgrund dieser Budgetkosmetik. Im Endeffekt ist es Kosmetik, wenn ich genau jetzt schon weiß, dass die meisten Personen ohnedies nicht von der Erhöhung betroffen sind, die Stadt Steyr dann aber wiederum aus einem anderen Topf Sozialhilfe zuschießt. Deshalb würde ich dafür plädieren, diese Erhöhung nicht vorzunehmen, sondern auch abzuwarten um das Sozialhilfebudget diesbezüglich nicht überzustrapazieren.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Frau GR Fanta bitte.

GEMEINDERÄTIN

UTE FANTA:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. Zu dem Thema, wir waren im letzten Ausschuss und haben das besprochen. Meiner Meinung nach ist die Debatte nicht wirklich so zu führen, weil ich denke mir das eine ist der gesetzliche Rahmen in dem sich das Ganze bewegt und das andere ist genau dieser Punkt, die Kosten verschieben sich ja nur. Ich denke mir, die paar wenigen Personen die es betrifft, ich kann jetzt nicht den Betrag nennen, ich glaube es liegt bei ungefähr 5 Euro im Monat was sich das pro Person erhöhen würde. Ich denke mir, es fällt nicht so wahnsinnig ins Gewicht. Die Diskussion ist eigentlich sozusagen grundsätzlich eine, das Sozialbudget steigt jedes Jahr. In diversesten Bereichen wissen wir wie dem zu begegnen ist und ob dem Einhalt zu gebieten ist und das zu dämpfen ist eine andere Diskussion. Ich persönlich glaube nicht, dass aufgrund dieser Erhöhung von den Tarifen sich für irgendwem was grundlegend verändert. Ich glaube, dass es eine grundsätzlich ernstzunehmende Diskussion braucht, wie wir als Stadt Steyr dieser Entwicklung begegnen. Ich denke mir das ist ein kleiner Ausschnitt wo man das Thema wieder nutzen kann um die Diskussion zu führen. Ich glaube die Tarifsituation als solches betrifft sozusagen unter Anführungszeichen nicht wirklich wem, sondern die Stadt sollte sich überlegen wie sie dem Ganzen begegnen soll. Also so gesehen wüsste ich nicht was es da so großartig an anderen Möglichkeiten gibt. Es würde mich interessieren was die Alternative auch dazu ist.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte dazu sagen, die kostendeckende Rechnung vom Land kommt. Wir alle wissen ja, das kostendeckend wäre noch viel höher. Ich habe gestern zufällig mit Bürgermeistern der Umlandgemeinden gesprochen, die haben jetzt schon höhere Tarife. Eines möchte ich jetzt auch noch dazu sagen, weil wir jetzt von den Tarifen reden. Ich habe geschaut, die Höchst Pensionen jetzt bewegen sich bei ca. 1.800 Euro netto. D. h., 20 % bleiben jeder Bewohnerin und jedem Bewohner. Das sind 360 Euro im Monat. Dann bleibt ihnen zur Gänze der 13. und 14. Ich glaube, wenn ich in einem Alten- und Pflegeheim bin, dann ist das mein Zuhause und dann kann man auch diese Tarife anpassen. Ich brauche keine andere Wohnung und ich habe ja nichts anderes mehr, ich lebe dort. Es wird jeder sehr gut gepflegt und betreut.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

28 Personen, Frau Mach. Um die geht es.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Na ja, aber ich muss eines dazu sagen, bei den niederen Tarifen die wir jetzt gehabt haben, kann ich das gar nicht feststellen. Wenn ich heute sage, die 10 Vollzahler die im Münichholz sind und die 60 Vollzahler die am Tabor sind, die geben ja überhaupt keinen Verdienstschein bzw. Rentenabschnitt her, weil das sind automatisch Vollzahler. Freilich kann es sein, dass jetzt von den Vorhandenen je-

mand als Teilzahler hinein fällt. Das kann schon sein. Ich glaube aber, dass wir trotzdem noch günstiger sind als die Landgemeinden, weil die sind jetzt schon um 4 Euro teurer. Wenn ich das kostendeckende Tarifmodell vom Land abwarte, dann muss ich eine derartige Erhöhung vornehmen, weil in dieser Erhöhung, wie die Michaela gesagt hat, ist bitte die Indexerhöhung auch drinnen und das sind auch 2,4 % was sowieso die Erhöhung stattfinden würde. Ich muss sagen, für mich ist es wichtig, dass wir schön langsam eine Erhöhung vornehmen, weil wenn wir auf die kostendeckende Erhöhung warten, dann werden wir sicher auf 70 Euro sein und da müssen wir extrem erhöhen. Ich ersuche den hohen Gemeinderat das zur Kenntnis zu nehmen.

Zur Kollegin Fanta möchte ich sagen, wir haben ja das Projekt YES entwickelt und wir werden schauen, wir sind jetzt daran. Wir wissen, dass die Altersstruktur in unserer Stadt steigt, dass wir aber auch die notwendigen Einrichtungen zur Verfügung stellen müssen, das ist unsere Pflicht. Ich glaube daran soll sich auch nichts ändern, auch wenn das Sozialhilfebudget steigt. Aber ich glaube, dass es auch wichtig ist, dass sich die ältere Generation in unserer Stadt wohl fühlt, dazu sind wir verpflichtet.

Ich möchte mich natürlich auch beim Alten- und Pflegeheim Tabor jetzt einmal bei den Mitarbeiterinnen bedanken. Sie leisten sehr gute Arbeit. Ich bin froh, dass das Haus auch so gut geführt wird. Ich ersuche um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ, Grüne, 1 FPÖ (GR Payrleithner). Wer

ist dagegen? ÖVP und Bürgerforum Steyr. Wer übt Stimmenthaltung? 2 FPÖ. Der Antrag wurde mit Mehrheit beschlossen. Danke, nächster Punkt bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Im zweiten Antrag geht es um das Alten- und Pflegeheim Münchenholz.

2) Fin-23/04
Tarif- und Gebührenordnung APM;
Anpassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Alten- und Pflegeheimes Münchenholz vom 27. 11. 2007 wird die Tarif- und Gebührenordnung wie in der Beilage ausgeführt mit Wirksamkeit 1. 1. 2008 geändert.

Außer den Tarifen bleiben alle anderen Bestimmungen der Tarifordnung unverändert. (Beilage)

Ich ersuche auch um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? ÖVP. Gibt es Stimmenthaltungen? 2 (1 FPÖ – GR Dr. Zöttl und Bürgerforum Steyr). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich danke der Berichterstatterin und bitte als nächsten Berichterstatter Herrn Vzbgm. Bremm um seine Berichte.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Gäste, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, in meinem ersten Antrag geht es um die Erneuerung des Hauskanals im Schulwarthaus Haupt-

schule Ennsleite. Es ist dies als Sofortmaßnahme notwendig gewesen in Form einer Bürgermeisterverfügung. Das hat sofort repariert werden müssen. Ich ersuche darum um Verständnis und ersuche nachträglich um die Zustimmung.

3) GHJ2-87/07
Sofortmaßnahme; Erneuerung des Hauskanals Schulwarthaus Hauptschule Ennsleite.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 29. 10. 2007, womit wegen Dringlichkeit gemäß § 49 (7) des Statutes für die Stadt Steyr Nachstehendes angeordnet wurde, wird hiermit genehmigt.

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Liegenschaftsverwaltung vom 29. 10. 2007 wird den Auftragsvergaben an die

Fa. Lang & Menhofer, Steyr
Baumeisterarbeiten
(€ 8.130,00 inkl. USt.)

Fa. Klausriegler, Steyr
Installationsarbeiten
(€ 1.780,00 inkl. USt.)

Fa. Moser-Grinninger, Garsten
Tischlerarbeiten
(€ 900,00 inkl. USt.)

Fa. Leutgeb, Steyr
Fliesenlegerarbeiten
(€ 700,00 inkl. USt.)

sowie einer Kreditübertragung in der Höhe von

€ 8.590,00 inkl. USt. von der VA-Stelle 5/163000/010000 (Freiwillige Feuerwehren Gebäude

und

€ 2.140,00 inkl. USt. von der VA Stelle 5/213000/010000 (Sonderschulen Gebäude)

auf die VA-Stelle 5/212000/010000 (Hauptschulen Gebäude)

und um Mittelfreigabe von

€ 11.510,00 inkl. USt.
(elftausendfünfhundertzehn)
bei der VA-Stelle 5/212000/010000
(Hauptschulen Gebäude)

zugestimmt.

Aufgrund von Kosteneinsparungen bei den VA-Stellen 5/163000/010000 (Freiwillige Feuerwehren Gebäude) und 5/213000/010000 (Sonderschulen Gebäude) werden die zur Kreditübertragung beanspruchten Mittel bei diesen VA-Stellen in diesem Ausmaß nicht benötigt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von € 10.730,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Auch keine. Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Im nächsten Punkt geht es um eine Subvention für ASV Bewegung, für die Adaptierung eines Trainingsfeldes und die Errichtung einer Flutlichtanlage und den Neubau des Clubhauses. Es ist

hier in mehreren Etappen vorgesehen. Im jetzigen Antrag geht es um 40.000 Euro. Ich ersuche um Zustimmung.

4) Fin-144/06

ASV Bewegung Steyr Fußball; Ansuchen um Subvention für die Adaptierung des Trainingsfeldes und des Hauptfeldes inklusive Flutlichtanlage sowie Neubau des Clubhauses und Einbau einer Solaranlage.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Schule und Sport vom 30. Oktober 2007 wird dem ASV Bewegung Steyr Fußball für die Adaptierung des Trainingsfeldes und des Hauptfeldes inklusive Flutlichtanlage sowie für den Neubau des Clubhauses und Einbau einer Solaranlage im Bereich ihrer Sportanlage Hubergutstraße 14 eine außerordentliche, nicht rückzahlbare **Subvention von € 196.000,-- gewährt** die sich wie folgt aufteilt.

Budgetjahr 2007	€ 40.000,--
Budgetjahr 2008	€ 40.000,--
Budgetjahr 2009	€ 58.000,--
Budgetjahr 2010	€ 58.000,--

Zum genannten Zweck werden als 1. Rate Mittel im Ausmaß von

€ 40.000,-- (i.W. vierzigtausend)

bei der VSt. 1/269000/777000 für das Rechnungsjahr 2007 freigegeben.

Die Raten für die Jahre 2008, 2009 und 2010 sind in den Budgetvoranschlägen vorzusehen.

Die Auszahlung des oa. Betrages erfolgt erst nach Einreichung der Förderungserklärung bzw. des Verwendungsnachweises samt Originalrechnungen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr GR Payrleithner.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, werter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es ist ja sehr erfreulich, wenn Sportvereine investieren. „No sports“ ist bekanntlich auch nicht sehr gesund. Wir haben aber hier zur Finanzierung einige Fragen und wir möchten unsere Zustimmung von der Beantwortung dieser Fragen abhängig machen. Und zwar geht aus diesem Amtsbericht hervor, dass der ursprüngliche Kostenvoranschlag der Fa. Nogrased 849.749 Euro betrug. Plötzlich ist aus den Gesamtkosten ein Betrag von 644.000 Euro hervorgegangen. Wie wir im Kontrollausschuss schon wiederholt festgestellt haben, und auch diesbezüglich Kritik angebracht haben, ist festzustellen, dass gerade bei Bauarbeiten der Fa. Nogrased im Nachhinein des Öfteren nachgebessert wurde. D. h., was ja durchaus im Rahmen des Gesetzes ist, dass die bevoranschlagten Kosten nicht eingehalten wurden und wir im Nachhinein mit Nachforderungen konfrontiert wurden. Das ist ein Faktum, das haben wir wiederholt festgestellt. Was wir nicht wollen ist, dass wir jetzt zwar mit geringeren Kosten die Fa. Nogrased beauftragen, es ist immerhin von 850.000 auf 650.000, und dann im Nachhinein womöglich wieder viel Steuergeld in die Hand nehmen müssen um die tatsächliche Abrechnung zu begleichen. Also da möchten wir schon wissen ob das seriös ist oder ob wir da wieder mit Nachbesserungen rechnen können. Das 2., was mich interessieren würde, wenn wir im Budgetjahr 2007 40.000 Euro zur Verfügung stellen, 2008, 2009 usw., dann stellt sich für mich die Frage, ich wünsche dem Verein alles Gute, aber wie

finanziert er seine Rechnungen, die ja fällig gestellt werden, bis ins Jahr 2010. Ich nehme nämlich nicht an, dass die Fa. Nogrased bis zum Jahr 2010 mit der Rechnung warten wird. Wenn wir jetzt aber das aufteilen bis zum Jahr 2010, nehmen die dann einen Kredit auf, wo sie dann wieder um eine Subvention kommen. Ich bitte um Aufklärung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gerhard bitte dein Schlusswort.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Werte Kolleginnen, werter Kollegen, das ist relativ einfach aufzuklären. Da gibt es überhaupt kein Haar in der Suppe. Wer sich mit Sportförderungen auskennt oder in Sportvereinen tätig ist und zu tun hat weiß wie solche Projekte abzuwickeln sind. Grundsätzlich muss ich einmal sagen, wir beauftragen als Stadt überhaupt nichts. Das ist ein Projekt der ASV Bewegung. Und zwar passiert das so, dass ein Verein ein Projekt erstellt, ein Projekt betreibt und bei den diversen Stellen ihre Ansuchen stellt. Und zwar, in dem Fall geht es um Fußball, da geht das Ansuchen an das Land OÖ, an die Stadt, an den Fußballverband und an den Dachverband. An diese vier Einrichtungen wird das Projekt eingereicht. Es gibt dann im Land OÖ den Sportstättenbaubeirat, ein sehr kompliziertes Wort, der das Projekt dann beurteilt. Die kommen, schauen sich das an und sagen in dieser Größenordnung wird es gefördert und wird es subventioniert oder nicht subventioniert. Dort wird auch inhaltlich über das Projekt beraten und das sehr kritisch betrachtet. Als Verein kann ich sagen, ich möchte es in dieser Größenordnung haben und das Land OÖ fördert aber das Clubhaus z. B. nur in einer bestimmten

Größenordnung. Das Projekt wird dann heruntergestrichen, der Verein wird beauftragt sein Projekt ...

Hör mir zu, Payrleithner Hans, wenn du mich schon fragst.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Da spielt er immer mit dem Computer. Wirklich wahr, da fragt er mich und dann hört er mir nicht zu. Unhöflich.

Also, der Sportstättenbaubeirat legt dann fest in welcher Höhe so ein Projekt subventioniert wird. Es ist dann die Planung dementsprechend auf diesen Betrag abzuändern. Das ist in dem Fall geschehen, dass vorher ein Projekt eingereicht worden ist um über 800.000 Euro, der Sportstättenbaubeirat, also die verantwortliche Sportdirektion OÖ und ihre Beschäftigten haben dann festgelegt ein Projekt mit 544.000 Euro vorzulegen, weil nämlich das Land gesagt hat, ASV Bewegung, Clubhaus, Sportplatzverlegung, Sportplatz und Trainingsfeld ist mit 544.000 Euro förderungsfähig. In dem Ausmaß wird dann gefördert von den einzelnen Stellen. Die Bewegung hat dann abgeändert und ist zu einem Projekt gekommen das 644.000 Euro ausmacht. Jetzt ist wiederum beim Land vom Sportstättenbaubeirat vorgegeben worden, dass ASV Bewegung schriftlich erklären muss, wenn sie das Projekt über 600.000 Euro reduzieren wollen, dass sie keine weiteren Förderungsansuchen an das Land und an die Stadt stellen dürfen. Sie müssen das in Eigenfinanzierung machen, sie müssen selbst schauen, wie sie das Geld, was über das Förderungsansuchen hinausgeht, aufbringen. So ist der Stand. Das Land, die Stadt, der Dachverband und der Fachverband fördern im Ausmaß von gut 540.000, ich habe jetzt nicht die genauen Zahlen, aber um 540.000 oder 544.000 Euro. Unser

Beitrag als Stadt ist hier mit 196.000 Euro im Zuge der Finanzierungsgespräche mit den vorhin genannten Stellen vereinbart worden. Also ich hoffe hier das aufgeklärt zu haben. Es besteht da keine Gefahr, dass hinten nach zusätzliche Forderungen entstehen können, weil das im Vorfeld ganz eindeutig mit dem Verein auch so besprochen wurde, so wie bei allen anderen Projekten. Das ist nicht etwas Außertourliches bei der Bewegung, so werden alle Sportprojekte abgewickelt und festgelegt und wir haben da eigentlich, außer ganz wenige, sonst nie ein Problem gehabt. Da meine ich jetzt nicht die Vorwärts, Willi, sondern da hat es andere gegeben.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Also bestens aufgeklärt. Es sind alle Fakten auf dem Tisch. Ich hoffe, es ist bei dir auch so angekommen, Herr GR Payrleithner.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Ist jemand gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke schön, nächster Punkt.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Im nächsten Punkt geht es um eine Novellierung der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr. Wir haben das im Finanz- und Rechtsausschuss diskutiert und an den Gemeinderat weiter geleitet. Im Amtsbericht sind die einzelnen Veränderungen angeführt. Ich ersuche den Gemeinderat um Zustimmung.

5) Gem-Abf-1/03

Novellierung der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Steuerangelegenheiten vom 27. November 2007 wird die in

der Anlage beigeschlossene Novelle der Abfallgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Diese Verordnung tritt mit 1. 1. 2008 in Kraft. Die Kundmachung hat gemäß § 65 Abs. 1. des Statutes der Stadt Steyr, LGBl. Nr. 9/1992 i.d.g.F., durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr zu erfolgen. (Beilage)

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Zu Wort gemeldet hat sich GR Frech.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Die Abfallgebührenordnung zu novellieren bedeutet, in diesem Fall mit 1. 1. 2008, eine Erhöhung von 3,3 %. Dies wird argumentiert aufgrund höherer Treibstoffkosten, Energiekosten usw. Insofern, diesem Part könnte man schon die Zustimmung geben, auch wenn man weiß, dass wir in der letzten Zeit sehr, sehr viel erhöht haben, auch im neuen Jahr weiter erhöhen werden und schön langsam die Gebührenlawine den Steyrer Bürger de facto zu verschütten droht, wenn wir so weiter tun. Wie gesagt, das ist noch argumentierbar. Was aber nicht argumentierbar ist, das habe ich auch im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss gesagt, ist, dass wir hier und heute, im Jahr 2007, mit diesem Antrag auch eine Erhöhung mit 1. 1. 2009 gleich mitbeschließen und zwar um weitere zwei Prozent. Das ist für mich nicht nachvollziehbar, weil die Erhöhung soll man dann machen wenn sie auch wirklich gerechtfertigt ist. Wir wissen nicht, wie sich die Kostensituation im nächsten Jahr entwickeln wird. Es könnte auch sein, dass wir mit diesen 3,3 % auskommen und nicht per 1. 1. 2009 erhöhen müssen, aber wir wissen es nicht, wir tun

es ganz einfach. Na ja, der Hintergrund ist schon ganz einfach, da will ich niemandem etwas unterstellen aber es möge jeder seine Schlüsse ziehen, wenn wir heute schon etwa eine Gebührenerhöhung beschließen mit 1. 1. 2009, na ja, da muss man nicht am 1. 1. 2009 etwas beschließen und 2009 ist ein Wahljahr und dann kommt man in einem Wahljahr ohne Gebührenerhöhung aus, indem man sie eigentlich schon vorher vorwegnimmt und sie beschließt. Ich glaube, dazu sollten wir uns nicht hergeben.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Nächster Redner ist Herr GR Eichhübl.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, die Spirale der ständig steigenden Preis-, Tarif- und Gebührenentwicklung dreht sich immer schneller. Auch hier in diesem Gemeinderat werden in immer kürzer werdenden Abständen immer höhere Tarife beschlossen. Ich darf Sie daran erinnern, in der letzten Gemeinderatsitzung waren es die Wasserbezugsgebühren, die Wasseranschlussgebühren aber auch die Tarife der städt. Verkehrsbetriebe. Heute sind es, konkret bei diesem Antrag, die Abfallgebührenordnung soll entsprechend nach oben verändert werden und in weiterer Folge auch die Kanalanschlussgebühr.

Meine Damen und Herren, wir sind nach wie vor der Auffassung, dass einzelne Tarif- und Gebührenanhebungen, wenn sie entsprechend begründet werden, nachvollziehbar begründet werden, zwar nicht angenehm sind für die Betroffenen aber durchaus den Bürgern zuzumuten sind. Die Summe der ständig steigenden Tarif- und Gebührenanhebungen und Preisanhebungen im Allgemeinen, in letzter Zeit

und vor allen Dingen ab 1. 1. 2008, ist aber der Bevölkerung nicht mehr zumutbar. Konkret, es wurde bereits darauf hingewiesen, geht es in diesem Antrag, dass in zwei Etappen erhöht werden soll, nämlich 2008 um 3,3 % und gleich 2009 um 2 %. Es ist ja auch bereits darauf hingewiesen worden, man weiß nicht, wie sich 2009 der Index entwickelt, wie sich die Geldentwertung, wie sich die Kaufkraft entwickelt. Man geht aber her und erhöht heute bereits die Tarife für 2009, so wie auch in einem anderen Bereich, nämlich im Bereich der Kanalbenützung und darauf werde ich heute noch zu sprechen kommen. Man weiß aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass 2009 Gemeinderats- und Landtagswahlen stattfinden und da möchte man sich, das habe ich auch im Finanz- und Rechtsausschuss bereits gesagt, einer Diskussion entziehen, möchte, vonseiten der Mehrheitsfraktion, die Bürger in irgendeiner Form zumindest in Sicherheit wiegen um zu mehr Stimmen zu kommen. Und das ist der Grund warum wir bereits heute diese Gebührenerhöhung für 2009 durchführen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. GR Braunsberger.

GEMEINDERÄTIN

DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-LECHNER:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Wir machen einen beträchtlichen Gewinn bei der Müllentsorgung und ich sehe wirklich nicht ein, warum wir gleich eine zweijährige Erhöhung machen und warum diese gerechtfertigt sein soll. Auch ich habe im Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss die Frage aufgewor-

fen, warum wir eigentlich jetzt schon, im Jahr 2007, eine Erhöhung für das Jahr 2009 beschließen. Scheinbar will da jemand im Wahljahr 2009 nicht mit den ständigen und stetigen Gebührenerhöhung in Verbindung gebracht werden und will halt da besser da stehen.

Aber lassen Sie mir noch einmal kurz die letzten Gebührenerhöhungen zusammenfassen. Wie schon der Herr GR Eichhübl gesagt hat, die Wasserbezugsgebühren, die Wasseranschlussgebühren, die Kanalbenützungsggebühren, die Kanalanschlussgebühren, die Tarife in den städt. Verkehrsbetrieben und die Verwaltungsabgaben wie Luftsteuer, Werbeabgaben und viele mehr. Diese Gebühren sind alle erhöht worden und die SP-Mehrheit versucht augenscheinlich das Finanzdebakel der Stadt Steyr über die Einnahmenseite zu Lasten und auf Kosten der Bürger zu sanieren. Das ist sehr kurzsichtig und ich bin mir sicher, dass das nicht zielführend sein wird. Wir brauchen uns auch nicht wundern, wenn ein stetiges Abwandern in die Umlandgemeinden passiert, denn diese ständigen gewaltigen Gebührenerhöhungen sprechen nicht für die Attraktivität des Standortes Steyr und lässt sich das desaströse Budget mit Sicherheit nicht auf Kosten und zu Lasten der Bürger durch ständige Gebührenerhöhungen sanieren. Die ÖVP-Fraktion wird dieser Erhöhung daher auch nicht die Zustimmung erteilen und wir werden uns dagegen aussprechen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Nächster ist GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat, wir werden heute noch ausreichend Gelegenheit

haben über die Einnahmen und Ausgaben dieser Stadt zu diskutieren. Natürlich wird dies eine oder andere Wehklagen über sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben hier zu vernehmen sein. Wenn heute darüber gesprochen wird, dass man es der Bürgerin und dem Bürger nicht mehr zumuten kann, dass sozusagen die Gebühren steigen und steigen und steigen, auf der anderen Seite aber verlangt wird, dass die Stadt hier Leistungen erbringt, im Abfallbereich, in der Entsorgung gute Leistungen bringt, dann ist das auch hochgradig populistisch. Wenn man heute natürlich sagt, dass man aufgrund dessen, weil 2009 Wahlen sind, jetzt schon die Gebühren erhöht, dann ist es natürlich ein gewisser populistischer und parteipolitischer Trick vielleicht, das ist mir schon ganz klar, auf der anderen Seite zu sagen, dass ich deswegen nicht zustimme und mich gleichzeitig aber aufrege, dass die Stadt über sinkende Einnahmen verfügt, dann ist das mindestens ebenso populistisch. Ich denke mir, ehrlich gesagt bin ich froh, dass wir hier in Steyr eine sehr gut funktionierende Entsorgung haben. Ich habe Bekannte die wohnen in Umlandgemeinden, die müssen für jeden Quargel zahlen, heftig zahlen. Das was wir sozusagen aus unseren Steuergeldern bezahlen, müssen andere, in den Umlandgemeinden, aus ihrer Geldbörse bezahlen. Jetzt können Sie natürlich sagen, es kommt im Grunde genommen auf das Gleiche heraus. Aber eines dürfen wir nicht vergessen, dass das Land OÖ seinerzeit ein Abfallwirtschaftsgesetz erlassen hat um zu vermeiden, dass unser Schmutz und unser Klumpert in der Natur landet, um zu vermeiden, dass es hier Auswüchse bei den Gebühren gibt. Seinerzeit, wie wir noch eine Deponie gehabt haben, wir haben sie eh noch immer, aber wie wir die noch voll ausnutzen konnten, haben wir uns natürlich über Einnahmen gefreut die da gekommen sind, das ist hochgradig

reguliert worden in OÖ. Diese Gebührenerhöhung, denke ich mir, hat schon seinen Sinn, wenn wir uns darüber einigen, dass das eine Dienstleistung nach wie vor der Stadt bleiben soll. Wenn Sie heute herinnen sagen, das wollen wir lieber nicht und das wollen wir lieber nicht von der Stadt reguliert haben, dann machen Sie uns einen Vorschlag wie wir das extern regeln können.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:

Herr Apfelthaler, sind Sie jetzt der Finanzreferent?

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:

Nein, aber eines ist mir schon klar. Wenn ihr heute über Populismus redet, weil man das so kurz vor den Wahlen noch erhöht, damit das dann im Wahljahr nicht auftaucht, dann denke ich mir ist das jenseits, das mag schon richtig sein, da gebe ich Ihnen eh Recht, aber auf der anderen Seite, wenn wir uns auf dem Niveau bewegen was wir alles tun und lassen dürfen und wenn wir die anderen dafür anklagen und auf der anderen Seite wollen, dass die Stadt auch über Einnahmen verfügt, dann brauchen wir über das jetzt nicht mehr, ehrlich gesagt, diskutieren.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:

Man muss endlich einmal auf die Ausgaben schauen.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:

Ich habe ja im Finanz- und Rechtsausschuss gesagt, und ich wiederhole es gerne noch einmal herinnen. Natürlich kann man heute nicht einfach so Gebühren erhöhen. Das ist mir ganz klar. Zuerst muss man einmal im eigenen Haus schauen wo gespart werden kann. Da erwarte ich mir noch immer

Vorschläge. Ich glaube aber persönlich und ich glaube auch, dass es für mich sehr schlüssig geschildert worden ist, dass wir keinen Einfluss darauf haben wie hoch dass die Spritpreise z. B. sind, die mit ausschlaggebend auch für die Gebührenerhöhung sein könnten. Ich bin mir sicher, dass sie es sind, weil wenn man sich die Steigerung anschaut was wir an Sprit verbrauchen, speziell für unsere Müllfahrzeuge. Wir wollen aber auch, dass unsere Bediensteten nicht am Status quo bezüglich ihrer Löhne bleiben. Das wollen wir ja auch nicht im Grunde genommen. Also, das sind alles Faktoren die im Grunde genommen unsere Entsorgungsgebühren beeinflussen und die auch die Ausgaben erhöhen. Nur deswegen dagegen zu sein, weil sozusagen die Stadtregierung hier einen Trick nimmt und jetzt schon erhöht weil 2009 Wahlen sind. Das ist mir ehrlich gesagt zu wenig. Ich erwarte mir von allen die uns da Populismus vorwerfen dann wirklich einen konkreten Vorschlag wie das in Zukunft ausschauen soll und wie die Gebühren gleich bleiben bei sinkenden Ausgaben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. GR Frech.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Wir haben jetzt eine Reihe von Ausführungen gehört die aber eigentlich mit dem Inhalt dieses Antrages nichts zu tun haben, weil der Inhalt des Antrages sind 3,3 % Erhöhung für 1. 1. 2008, mit dem glaube ich die meisten hier herinnen noch leben können. Was das Problem ist, ist auch aufgezeigt worden, dass es in Summe einfach zu viel an Gebührenlawine ist, die wir da auf

den Steuerzahler losrollen lassen und die ihn zu verschütten droht und vor allem dieser eine Punkt, mit 1. 1. 2009, diese 2 % dazu zu schlagen. Da will ich gar nicht, das war nur ein Sidestep, der Hinweis auf die Wahlen, was ich einfach finde, dass nicht ganz ehrlich gearbeitet wird, wenn ich jetzt schon Gebührenerhöhungen vorweg nehme und zu dem eigentlich nicht wirklich stehe. Wenn ich zu dem stehe, kann ich das auch im Wahljahr machen. Das war aber nur der Sidestep. Im Endeffekt ist der Punkt der, und das finden Sie auch im Amtsbericht, man argumentiert die Erhöhung von 2 % mit 1. 1. 2009 mit dem Kostendeckungsprinzip. Nur wie kann ich heute schon wissen wie meine Kosten sind, mit einem Kostendeckungsprinzip argumentieren wo ich gar nicht weiß ob das 2 % sind, 3 %, 0 % oder 10 % sind. Damit führt sich der Antrag letztlich ad absurdum, einfach rechnerisch.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Willi bitte.

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Geschätztes Präsidium, geschätzter Herr Bürgermeister, meine geschätzten Kolleginnen und Kollegen aus dem Gemeinderat, geschätzte Presse, werte Gäste. Es wäre mir auch lieber, auch wenn es bei meinem Gewicht vielleicht ein bisschen schwer fällt als Engerl durch die Gegend zu flattern und zu sagen ...

Gelächter

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
... es ist eh alles immer so recht und schön und wir brauchen keine Gebühren erhöhen und es ist eh alles super,

wir können uns alles leisten, wir haben keine Defizite, wir haben genug Einnahmen und jeder würde beschenkt werden wie beim Christkind. Auch wenn wir heute in der letzten Sitzung dieses Jahres sind, wenn Weihnachten kurz vor der Tür steht und auch ein Jahreswechsel, so sind halt die Realitäten anders. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, auf der einen Seite erinnere ich mich an zig Forderungen die hier herinnen in diesem Saal erhoben werden, was wir nicht noch alles tun sollten und was wir nicht alles noch machen sollten und wo wir nicht überall noch unterstützen sollten, hergeben sollten, ein Projekt machen oder sonst irgendetwas. Auf der anderen Seite fordern einige von uns ständig, dass es hier Kostendeckung geben muss, dass es Kostenwahrheit geben muss, dass es Kostenleistungsrechnung geben muss und all diese Dinge und auf der anderen Seiten sagen wir dann, na ja, aber kosten darf uns das in Wirklichkeit nichts und schon gar nicht dem Bürger. In Wirklichkeit ist es so, dass man sich da auch noch herstellt und sagt, die SP-Mehrheit in Steyr, die ist ja so fürchterlich.

Zwischenruf: Ist sie eh!

Gelächter

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Das glaube ich euch schon, dass das dem einen oder anderen so erscheinen mag, aber die ist so fürchterlich und die geht so schlimm mit dem Bürger um. Dass wir uns aber an viele Landeserlässe und sonstige Dinge halten müssen, wo es nämlich genau drinnen steht welche Mindestanforderungen hier zu stellen sind, das sagt keiner dazu. Ich kann mich nicht erinnern, dass wir im Land OÖ z. B. eine SP-Mehrheit haben. Daher denke ich mir, wir sollten schon bei den Realitäten bleiben und wir sollten auf der anderen

Seite auch die Umwelteinflüsse anschauen. Ich sage z. B., wenn der Herr Eichhübl hier sagt wir erhöhen die Wasseranschlussgebühr, dann denke ich mir, ja genau, das was im Landeserlass steht, genau das ist passiert, auf dieses Niveau ist es angehoben worden.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Wir sind ständig über den Mindesttarifen.

STADTRAT

WILHELM HAUSER:

Bei der Wasserbenützungsg Gebühr, lieber Herr Kollege, aber nicht bei der Wasseranschlussgebühr, schau dir das an, bei der Wasseranschlussgebühr sind wir genau auf dem Niveau des Landeserlasses und das ist bei vielen anderen Dingen auch so und um keinen Deut höher. Beim OÖ Verkehrsverbund wird ein Preis beschlossen und der Stadtbus hat das mitzutragen, sonst ist er draußen. So schauen die Realitäten aus. Daher geht es mir zeitweise ordentlich am Geist, dass wir da immer versucht werden herpaniert zu werden, damit ihr eure Aussagen treffen könnt wie schlimm und wie böse wir nicht alle sind und auf der anderen Seite wird uns das so vorgeschrieben. Daher möchte ich da wirklich auch um etwas mehr Realitätssinn ersuchen. Schaut euch die Dinge an so wie sie überall sind und dann reden wir darüber, wie man es wirklich anders machen könnte. Ich weiß eh, da herinnen sitzen auch viele Leute die immer wieder darüber diskutieren was man nicht alles privatisieren könnte. Da verdienen dann andere. Und offensichtlich genehmigt man es der Stadt nicht, auch Verdienste zu machen oder auch Einnahmen zu lukrieren. Aber Ausgaben sollten wir schon haben, obwohl ihr bei jedem zweiten Wort schreit, schaut wo die Ausgaben hin sind. Nur die Forde-

rungen, die sind überbordend, immer wieder. Ich brauche mir nur rundherum anschauen was in den einzelnen Ausschüssen diskutiert wird, was in den einzelnen Sitzungen diskutiert wird. So viel Geld könnten wir wahrscheinlich mit einem Christkindlschlitten gar nicht her bringen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es ist natürlich, und das müssen die Nichtinsider wissen, legitim, dass die Opposition sagt, eine Gebührenerhöhung, eine Gebührenlawine, die Bedrohungen an die Bevölkerung, na net werdet ihre es sagen, das ist mir schon klar, aber man muss es wissen. Man muss auch wissen, dass wir jetzt die letzten sechs Jahre, jetzt rede ich ein bisschen auf Bundesebene, im Schlafraffenland gewesen sind, dass es keine Erhöhungen gegeben hat. Nur wenn die Sozialdemokraten kommen, dann gibt es Gebührenerhöhungen. Das muss man einfach ein bisschen relativieren, ich fühle mich da gar nicht angegriffen.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Ich kann mich aber an kein Jahr ohne Gebührenerhöhung erinnern.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ich komme eh noch auf etwas anderes auch zurück, lieber Gunter Mayrhofer, was den Eichhübl Roman betreffen wird, das ist nämlich auch sehr interessant auf welchem Sessel man sitzt. Das ist ganz interessant. Ich kann mich nämlich erinnern, der Eichhübl Roman

war, wenn ich es so richtig im Kopf habe, zwei Perioden, Roman warst du Referent der Stadtwerke. Zwei Perioden. Ist das richtig?

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
12 Jahre.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Es hat 12 Jahre, der Hauser Willi wird das recherchieren und wird es dann bei der nächsten Gemeinderatssitzung bringen können, bei den Bussen keine Erhöhung gegeben, es hat 12 Jahre beim Wasser keine Erhöhung gegeben, es hat 12 Jahre bei den Kanalgebühren keine Erhöhung gegeben, es hat 12 Jahre überhaupt keine Erhöhung gegeben wie der Eichhübl Roman Referent war.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Das war halt ein Referent.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Das war die wundersame Zeit. Das war schön Roman, ich danke dir nachträglich.

Gelächter

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Darum kandidiert er ja auch noch einmal.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Nur, dass man das ein bisschen relativiert. Ich meine, welche Fraktion möchte denn Gebühren erhöhen. Wir sind ja nicht grenzdebil. In Wirklichkeit will sich jeder herstellen, möchte verteilen

und möchte was geben. Das wäre jedem am liebsten, so wie zu Hause so auch in der Politik oder in anderen Funktionen. Aber das ist es halt nicht. Der Kollege Apfelthaler hat ja dazu inhaltlich sehr viel gesagt. Umwelt, und zu dem gehört die Abfallwirtschaft, hat auch seinen Preis. Man braucht ja nur ein bisschen über unsere, jetzt meine ich nicht Stadtgrenzen, Grenzen hinaus fahren und sieht, welche Bedeutung die Abfallwirtschaft hat. Das wollen wir eigentlich nicht. Der Süden war da immer sehr bezeichnend für uns. Dann sind wir nach Hause gefahren vom Urlaub und haben gesagt, Gott sei Dank, dass wir wieder über der Grenze sind, wie es bei uns schön ist. Aber das ist nicht, weil lauter Ehrenamtliche herumrennen und da mit dem Stecken das Zeug wegräumen, sondern weil wir da gut organisierte Betriebe haben und weil wir das dementsprechend sauber halten. Das kostet halt Geld, das muss bewusst sein. Das ist auch nicht polemisch gemeint und die Erhöhungen, die halt jetzt stattfinden, sind der Dieselpreis. Man braucht nur schauen, der Dieselpreis, wie sich der dramatisch erhöht hat. Ich bekomme jeden Tag einen Schleim, wenn ich bei der Tankstelle vorbei fahre. Ich habe mir nämlich vor 10, 12 Jahren einen Diesel gekauft, da hat er ...

Zwischenruf: So alt ist er aber noch nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Nein, der eh nicht, aber den ersten Diesel den ich mir gekauft habe. Den habe ich mir nämlich gekauft, weil der Diesel so billig war. Der war um einiges billiger wie damals der Super.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Jetzt ist er so teuer, weil deine Freunde in der Regierung sitzen.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Das sind die Nachwirkungen von Schwarz-Blau.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Schwarz-Blau hat leider alles ziemlich hinunter geschoben und wir müssen es wieder aufarbeiten.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Natürlich haben wir in der Stadt bei unseren Fahrzeugen Dieselfahrzeuge und dort alleine sind schon dementsprechende Steigerungen. Jeden Tag sehen wir es, wie es sich entwickelt. Es ist ja auch gesagt worden, Personalkosten, Lohnerhöhungen. Also, es ist alles drinnen und automatisch wird alles teurer. Aber auf der anderen Seite wollen wir sagen, es ist immer zu wenig, aber man muss schon auch sagen, wir bekommen mehr Geld. Wir bezahlen ja jetzt nicht erhöhte Tarife, wir zahlen den Einkommensstandard von 1995. Das ist ja nicht der Fall. Es steigert sich halt auch in diesem Bereich.

Ein Problem, was angeschnitten wurde, die Abwanderungen in Umlandgemeinden. Ich glaube, das warst du Birgitta. Sie hört gar nicht mehr.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Sie ist schon so fasziniert von den Zwiegesprächen.

Du hast glaube ich geredet von den Abwanderungen in die Umlandgemeinden, weil bei uns die Gebühren so teuer sind. Schaut es euch an in euren schwarzen Gemeinden. Da könnt ihr es euch anschauen. Jetzt greife ich die nicht an, weil in Wirklichkeit, im oberösterreichischen Vergleich, und da kannst du nicht nur irgendeine kleine Gemeinde nehmen, in Summe gese-

hen, mit den Leistungen die erbracht werden, wo die gleichen Leistungen, sind, man muss nämlich die Leistungen auch ins Verhältnis stellen, wenn du nämlich in einer Landgemeinde in ein Abfallsammelzentrum fährst und dort was abgibst, dann bezahlt man dafür. In Steyr fährst du hinauf und kannst dein ganzes Klumpert kostenlos abgeben. Das ist politisch so gewollt, ist gescheit und ist auch gut. Wir bezahlen natürlich ein bisschen für die Landgemeinden, Ulrich, Garsten, Wolfen, da bezahlen wir ein wenig mit. Das ist der Beitrag für die schwarzen Gemeinden die wir da auch mitleisten, weil der Mülltourismus in dem Bereich nicht ganz wenig ist. Das stellen wir schon fest. Gerade an diesen Stadteinfahrten haben wir die größten Probleme mit Überfüllungen von unseren Sammelsystemen. Das ist nicht, weil die Steyrer von der Stadt hinaus fahren an die Stadtgrenze und leeren es dort aus, sondern weil die von draußen herein fahren, weil sie nämlich in Garsten und in anderen Gemeinden bezahlen müssen, und laden den Dreck bei uns ab. Also ich weiß das als zuständiger Referent, ich habe da ständig meine Probleme damit.

Privatisierung ist auch angeschnitten worden. Also, das Privatisieren, das wissen wir, da gibt es einen einstimmigen Konsens, werte Kolleginnen und Kollegen, im Landesabfallverband OÖ und der ist nicht sozialdemokratisch dominiert. Da sind wir von 6 Vorstandsmitgliedern zwei rote Mitglieder. Also sind wir da nicht sozialdemokratisch in der Mehrheit. Aber es herrscht dort der einstimmige Konsens, dass gerade in der Abfallwirtschaft eine Privatisierung der größte Unsinn und der größte Blödsinn wäre, weil wir würden mit weniger Qualität wesentlich mehr bezahlen. Das ist nicht automatisch, dass privat alles billiger ist, aber die Erfahrung haben wir eh in anderen Bereichen auch gemacht.

Zuletzt noch zum Wahljahr. Also, da muss ich ehrlich sagen, da bin ich schon ein bisschen berührt wenn man glaubt und wenn man da versucht die Bürger so hinzustellen, dass die nicht über ein Jahr hinausdenken können. Das ist in Wirklichkeit eine Beleidigung der Wählerinnen und Wähler in Steyr. Es ist eine Beleidigung. Was ihr tut ist eine Beleidigung. Ihr sagt nämlich wir machen jetzt, am 13. Dezember 2007 erhöhen wir, weil die sind nämlich eh nicht geistig so weit in der Lage, dass sie es sich bis 2009 nicht merken. Das ist so ein Topfen was da verzapft wird, das halte ich fast nicht aus. Es ist ein Topfen bis dort hinaus. Es ist üblich, und für die Nichtinsider, und seit jahrelanger Praxis, dass gerade im Abfallbereich nicht jährlich die Gebührenerhöhung stattfindet sondern, dass man zwei oder drei Jahre zusammen nimmt und die Gebührenerhöhung stattfindet. Jetzt haben wir halt zufälligerweise 2009, im Oktober oder November werden die Wahlen sein. wir könnten genauso sagen im September oder Oktober 2008 erhöhen wir, weil wenn sie es sich bis 2009 nicht merken, dann merken sie es sich von 2008 auf 2009 eh auch nicht. Das hat mit der Wahl überhaupt nichts zu tun, das wisst ihr genau. Aber das ist halt der Populismus in der Politik und das sollte für die Zuhörer auch ein bisschen dargestellt sein, dass sie wissen wie mit dem umzugehen ist.

Ich bitte trotzdem um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ und Grüne. Wer ist dagegen? 5 ÖVP, FPÖ, Bürgerforum. Stimmenthaltung? 1 ÖVP (GR DI Altmann). Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Mein nächster und letzter Punkt ist ein erfreulicher Antrag. Nach langen, schwierigen Phasen und Verhandlungen mit diversen Interessenten ist es gelungen doch jetzt einen Pächter für den Schlossparkpavillon zu gewinnen. Und zwar glaube ich, wie viele wissen, einen Gastronom der in Steyr gezeitigt hat und immer wieder bewiesen hat, dass er ein ausgezeichneter Gastronom ist, gute Qualität hat und zwar ist das der Herr Wieser vom Passepartout, der mit Jahresende diesen Betrieb einstellen wird. Mit dem ist es gelungen, mit der Passepartout Restaurant & Catering GmbH., einen Mietvertrag abzuschließen. Ich glaube, dass das wirklich ein wesentlicher Schritt ist. Viele haben schon geglaubt, dass das eh nichts mehr wird, was wir mit dem Haus machen. Es wird sicherlich ein guter Betrieb werden. Die Lage ist hervorragend, der Wirt ist bestens geeignet und man kann ihm nur viel Glück wünschen und natürlich auch in diesem Kreise ersuchen, dass er auch unterstützt wird. Gerade die Anfangsphasen sind bei einem Wirt immer nicht ganz einfach. Aber da gibt es Möglichkeiten ihn zu unterstützen wenn man dort hin geht mit diversen Organisationen, Feierlichkeiten. Also, es wird ein tolles Haus. Ich freue mich schon, im März oder April wenn die Eröffnung sein wird, auf dieses Lokal. Ich ersuche um Zustimmung.

6) GHJ2-82/07

Abschluss eines Mietvertrages über den Schlossparkpavillon mit der Passepartout Restaurant & Catering GmbH.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 3. 12. 2007 wird dem Abschluss des in der Anlage beige-

schlossenen Mietvertrages über die Vermietung des Schlossparkpavillons an die Passepartout Restaurant & Catering GmbH., 4400 Steyr, Wehrgrabengasse 18, zugestimmt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr Payrleithner hat sich zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, die Freiheitliche GR-Fraktion macht ja bekanntlich sehr konstruktive Oppositionspolitik und wir stehen auch nicht an einmal zu erwähnen wenn etwas Positives geschieht. Vor allem, wir haben ja jahrelang gefordert, dass dieses Prachtstück auf der Promenade endlich einer vernünftigen Verwendung zugeführt wird, nämlich einer Nutzung in der Gastronomie und als Gasthaus. Offensichtlich ist das jetzt der Fall. Wer das Gasthaus im Wehrgraben kennt weiß, dass dort qualitative Gastronomie geboten wird. Soweit zum Positiven in dieser Angelegenheit. Wir hoffen auch, dass mit 1. Mai, mit Beginn der Gastgarten-saison, das Lokal auch wirklich eröffnet wird.

Was uns allerdings schon interessieren würde, nachdem man jetzt das macht was man jahrelang verabsäumt hat, nämlich eine wirkliche Grundsanierung des Gebäudes, weil an dem sind auch die Vormieter letzten Endes gescheitert, weil die Kellerräumlichkeiten nicht wirklich nutzbar und verwendbar waren, aufgrund der Feuchtigkeit usw. hat man diesen Umstand jetzt beseitigt. Was uns interessieren würde, wo die 225.000 Euro, wenn ich richtig informiert bin, die für den Umbau jetzt ausgegeben wurden, beschlossen worden sind? Im Gemeinderat? Im Stadtsenat? Mir ist jedenfalls nichts bekannt. Herr Liegenschaftsreferent, vielleicht kannst du uns sagen wo du dieses Geld her-

genommen hast. Ich nehme ja nicht an, dass das dein Weihnachtsgeld ist das du dort hineingesteckt hast. Vielleicht kannst du dem hohen Gemeinderat sagen wo das Geld herkommt, wo es beschlossen worden ist. Wir sind ja durchaus dafür, aber wir wollen schon wissen, aufgrund der Budgetsituation, wo dieses Geld herkommt. Dem Pächter wünschen wir natürlich alles Gute. Wir hoffen, dass das jetzt eine längerfristige Investition dort ist und nicht so wie in der Vergangenheit, wo böse Überraschungen immer auf uns zugekommen sind. Aber ich glaube, dafür bürgt der bisherige Betrieb im Wehrgraben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Kurt Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT

KURT APFELHALER:

Eine Frage. Im Amtsbericht steht bei einem Jahresumsatz von 400.000 ist sozusagen eine Nachzahlung zu bezahlen, im Vertrag steht aber 450.000. Könnte ich bitte da Auskunft haben.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Kurt, soweit ich den Vertrag jetzt auswendig im Kopf habe, das war als Beispiel gedacht. Wenn das der Fall wäre, dann ist der Betrag so.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Genau so ist es.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Habe ich das korrekt wiedergegeben?

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ausgezeichnet.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, eines möchte ich schon sagen. Kollege Payrleithner, das ist schon zu einfach dargestellt, dass man sagt jetzt die Vormieter sind an dem gescheitert, weil das Haus nicht saniert war. Also wir erinnern uns ja noch zurück, dass wir schon mehrmals, und gerade das letzte Mal wie wir an Kühberger & Haas vermietet haben, dass wir dort auch dementsprechend Geld in die Hand genommen haben. Wenn ich es richtig im Kopf habe waren das zwischen 4 und 5 Millionen Schilling und dann haben wir das Dach noch separat gehabt. Also, wir haben dort schon Geld in die Hand genommen. Es war das Konzept des Gastronomen nicht das richtige Konzept und wegen dem ist das gescheitert. Es war so ein bisschen aufgebaut auf Schickimicki und da ist in Steyr nicht das Publikum in diesem Ausmaß vorhanden. Es gibt zwar einige die auf dem Parkett gehen, aber es ist zu wenig, dass ein Wirt davon leben kann. Die fahren halt nach Linz und gehen in solchen Gastrobetrieben ihrem Vergnügen nach. Es war das Konzept schlecht. Natürlich, hinten nach kann man das leichter sagen, aber das war nicht unsere Aufgabe. Wir haben auch nicht verhindert, dass jahrelang dort kein Wirt war und weil wir nicht wollen haben. Ich habe da eh oft darüber berichtet, wenn ihr mich gefragt habt. Wir haben uns bemüht, aber es ist halt nicht so einfach in Steyr auch einen Gastronomen zu finden. Einige haben wir schon gehabt, denen hätten wir es geben können, aber da hätten wir mit Kühberger & Haas auch

weiter machen können, da hätten wir gar nichts geändert. Es ist nicht so einfach, dass sich die scharenweise anstellen und dass sie in Steyr ein Lokal führen. Darum hat sich das so hinausgezögert. Ich bin froh, dass das heute so beschlossen werden kann.

Zu den Investitionen die wir als Stadt dort machen werden. Wir haben bisher Sanierungs- und Instandsetzungsarbeiten durchgeführt die im Rahmen meiner Zuständigkeit durch Verfügung gemacht werden. Wir haben heute auch im Abänderungsantrag und im Budget selbst sind in Summe dann 250.000 Euro vorgesehen. Es werden dann auch in den nächsten Wochen, wo dann Aufträge dementsprechend hinausgehen, Beschlüsse im Stadtse-nat vorgenommen werden. Ich ersuche euch schon um ein bisschen Verständnis, wenn sich dort und da vom zeitlichen her das nicht ganz so ausgeht. Unser Interesse war, und auch dem Pächter sein Interesse war, dass er spätestens mit April den Betrieb dort eröffnen kann und dass halt da der Zeitdruck auch gewesen ist. Aber wir werden natürlich die notwendigen Beschlüsse auch im Gremium nachholen und dort einbringen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke schön.

Ich schlage jetzt vor, dass wir eine kurze Pause machen.

PAUSE VON 10.32 UHR BIS 11.00 UHR

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So, wir setzen unsere Gemeinderats-sitzung fort. Nächster Berichterstatter ist der Herr Vizebürgermeister Ing. Dietmar Spanring.

BE: VIZEBÜRGERMEISTER

ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, in meinem Antrag geht es um die Gewäh-rung einer außerordentlichen Subven-tion zur Sanierung des Pfarrzentrums Münchenholz, das auf ein soziales Zen-trum für die Bewohner von Münchenholz ausgebaut werden soll. Es ist im An-trag die Gesamtsumme zu beschlie-ßen, d. h., einen Grundsatzantrag zur Freigabe der gesamten Finanzmittel in dementsprechenden Raten, beginnend 2007. Ich ersuche um Zustimmung.

7) Fin-165/07

Katholische Kirche Dekanatsamt Steyr; Gewährung einer außeror-dentlichen Subvention zur Sanie-rung des Pfarrzentrums Münchenholz.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 26. No-vember 2007 wird für die Sanierung des Pfarrzentrums Münchenholz der Ka-tholischen Kirche der Betrag von

EURO 51.767,70

(i.W. EURO fünfzigeintausendsieben-hundertsechzigseven/siebzig CENT)

dem Grunde nach freigegeben. Die 1. Rate wurde bereits im Nachtrag für 2007 beschlossen und die 2 weiteren Raten sollen jeweils 2008 und 2009 zur Freigabe gelangen. Die Freigabe der Mittel hat bei der VA-Stelle 1/390000/777000 aus allgemeinen De-ckungsmitteln zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es zu diesem Antrag Fragen?
Roman bitte.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn
Bürgermeister, meine Damen und Her-
ren des Gemeinderates. Abgesehen
davon, dass hingegen des Amtsberich-
tes diese Sanierung bereits seit einiger
Zeit erfolgt ist, sind selbstverständlich
wir von der Freiheitlichen GR-Fraktion
für diese finanzielle Unterstützung.
Und zwar deshalb, weil ja zum einen
die Pfarren im Allgemeinen und die
Pfarre im Münichholz aufgrund dieser
Sanierung im Besonderen dafür Sorge
tragen und gewährleisten, dass viele
Kinder und Jugendliche dort ihre Frei-
zeit verbringen und von der Straße
weg kommen. Obwohl wir, und das sei
auch nicht verschwiegen, nach wie vor
sehr große Probleme in allen Stadttei-
len haben, im Besonderen im Münich-
holz, was das Verhalten von Jugendli-
chen, teilweise sogar Kindern betrifft.
Wenn ich an die Alkoholexzesse denke
die sich dort in diesem Bereich, nach-
dem ich da wohne, abspielen. Aber
nichtsdestotrotz wird, wie gesagt, dafür
Sorge getragen, dass zumindest ein
großer Teil von Kindern und Jugendli-
chen von der Straße weg kommen.
Nur eines, meine sehr geehrten Da-
men und Herren, fällt mir in diesem
Zusammenhang ein. Das ist eine Be-
richterstattung die vor kurzem in den
Zeitungen abgedruckt wurde, unter
anderem mit dem Übertitel „Moschee
statt Haubenlokal im Taborturm“. Es
hat ja da einige Reaktionen, auch von
unserer Seite, dagegen gegeben. Was
ich aber vermisst habe war eine Stel-
lungnahme, ein Protest unseres Herrn
Bürgermeisters. Ich hätte mir eigentlich
erwartet, dass er genauso einen Pro-
test artikuliert als damals geplant war
in der ehemaligen Kaserne in Steyr
Asylanten unterzubringen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Asylwerber.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Oder Asylwerber unterzubringen. Ja,
das ist je nach dem wie man das be-
zeichnet, aber wir meinen selbstver-
ständlich, Herr Bürgermeister, das
Gleiche.
Allerdings, den Münichholzern hat man
das zugemutet. Das möchte ich hier in
diesem Zusammenhang erinnern, weil
einfach das im indirekten Zusammen-
hang steht, weil wie gesagt das für uns
selbstverständlich ist, dass wir diesen
Antrag unterstützen. Aber anderer-
seits, Herr Bürgermeister, ich weiß ja
nicht ob du schon innerlich mit dir
selbst einig bist, dass man dort, anstel-
le des Haubenlokals eine Moschee
errichtet. Es wäre ganz interessant
auch deine Stellungnahme dazu zu
hören. Danke.

*Beifallskundgebung verschiedener
Mandatare*

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Kei-
ne.
Also meine Stellungnahme dazu. Ich
habe mit der Frau Mayr telefoniert,
nachdem es ja diesen großen Wirbel
auch in der Zeitung gegeben hat, wo
ich den ja weit übertrieben und über-
zeichnet gefunden habe, aber die Fam.
Mayr ist der private Besitzer dieses
Hauses und kann selbstverständlich
mit dem Haus tun was sie wollen. Sie
können dieses Haus verkaufen an
wem sie wollen. Wenn dort ein Moslem
das kauft und macht dort ein Bethaus
hinein, dann wird sich die Stadt dage-
gen nicht wehren können. Das ist so
wie jeder andere Hausbesitzer, der
kann sein Haus auch an einen Moslem
verkaufen. Da werden wir uns nicht
wehren können. Eine Umwidmung,

dass das eine Moschee oder Kirche wird, soweit wird es ja nicht kommen, weil gegen diese Widmung würde ich mich aussprechen. Ganz klar. Das ist die Stellungnahme dazu.

VIZEBÜRGERMEISTER
ING. DIETMAR SPANRING:

Aber wir stimmen jetzt schon über das Pfarrheim Münichholz ab. Oder?

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir stimmen jetzt über das Pfarrheim Münichholz ab. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter. nächster Berichterstatter ist Stadtrat Gunter Mayrhofer.

BE: STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, der erste Antrag bezieht sich auf die Neuplanungsgebiete Nr. 3, Verlängerung der Hochwasserabflussbereiche. Dieses Gutachten vom DI Gunz wird jetzt bis Ende des Jahres fertig, muss aber anschließend noch von der Landesregierung genehmigt werden. Hier geht es darum, fußend auf dem Hochwasser 2002 werden die Überschwemmungsgebiete neu überarbeitet und festgelegt, welche Einschränkungen für eine Bebauung in diesen Bereichen notwendig sind. Wir brauchen dafür eine Verlängerung, für dieses Neuplanungsgebiet, auf zwei Jahre. Ich ersuche um Zustimmung.

8) BauGru-28/01
Neuplanungsgebiet Nr. 3, 3. Verlängerung Hochwasserabflussbereiche.

**Antrag
des Ausschusses für Stadtentwicklung
und Stadtplanung**

an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge nachstehende Verordnung betreffend die zeitliche Verhängung eines Neuplanungsgebiets Nr. 3 – 3. Verlängerung Hochwasserabflussbereich beschließen:

Verordnung

des Gemeinderates der Stadt Steyr
vom

Für das im Plan der FA für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 18. Juni 2003 und mit Gemeinderatsbeschluss vom 16. 11. 2006 beschlossene Neuplanungsgebiet „Hochwasserabflussbereich“ der Stadt Steyr wird gemäß § 46 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr die 3. Verlängerung verordnet:

Ziel der Verordnung ist die Hintanhaltung von Bauvorhaben in den vom Hochwasser betroffenen Problemzonen bis zur Erstellung eines neuen Gefahrenzonenplanes der OÖ Landesregierung für die Flüsse Enns, Steyr und den Ramingbach.

Das Neuplanungsgebiet hat die Wirkung, dass Bauplatzbewilligungen, Bewilligungen für die Änderung von Bauplätzen und bebauten Liegenschaften, sowie Baubewilligungen, ausgenommen Abbruchbewilligungen nur ausnahmsweise erteilt werden dürfen, wenn anzunehmen ist, dass die beantragte Bewilligung die Durchführung des künftigen Flächenwidmungsplanes nicht erschwert oder verhindert.

Die Kundmachung der Verordnung erfolgt gemäß § 65 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 1992, LGBl. Nr. 9 idGF., im Amtsblatt der Stadt Steyr. Die Planunterlagen liegen vom Tag der Kundmachung an in der FA für Baurechtsangelegenheiten, sowie in der FA für Stadtplanung und Stadtentwick-

lung des Magistrates der Stadt Steyr durch zwei Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf.

Der Plan liegt auch nach Inkrafttreten während der Amtsstunden zur Einsichtnahme für Jedermann auf.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Im nächsten Punkt geht es um den Bebauungsplan Münchenholz Nord. Ich ersuche um Entschuldigung, dass die Fachabteilung Planung noch nicht in der Lage war in der Kürze das zu visualisieren. Ab der nächsten Gemeinderatssitzung wird es gemacht. Das Gebiet Münchenholz Nord ist, wenn Sie sich betrachten, hier unten ist der Polzeisportverein, die Forelle, hier ist die Enns und dieser Bereich der direkt angrenzt an den Münchenholzerwald. Hier haben wir eine geschlossene Bauweise und diese geschlossene Bauweise, die typisch ist für diesen Zeitraum zwischen 1930 und 1940, soll in der Struktur erhalten werden, natürlich mit der Möglichkeit einen zeitgemäßen Zu- und Umbau zu ermöglichen, allerdings nicht jeweils einzeln bezogen sondern in der Gesamtheit. Dieser Bebauungsplan wurde in den zuständigen Ausschüssen beraten und so als positiv empfunden. Ich ersuche um Zustimmung.

9) BauGru-46/04

Bebauungsplan Nr. 67; Münchenholz Nord – Punzerschule.

**Antrag
des Bauausschusses**

an den Gemeinderat

Der Gemeinderat möge die Erlassung des Bebauungsplanes Nr. 67 - Münchenholz Nord – Punzerschule - entsprechend den Plänen der Fachabteilung für Stadtentwicklung und Stadtplanung vom 22. 5. 2006, in der letzten Fassung vom 8. 10. 2007, und den Ausführungen im Amtsbericht der Fachabteilung für Baurechtsangelegenheiten vom 19. 11. 2007 beschließen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Im nächsten Punkt geht es um die Kanal-Anschlussgebührenordnung ab Jänner 2008, fußt auf einem Landesbeschluss und davon abhängig sind auch die Förderungen, die Förderungsrichtlinien des Landes OÖ für Maßnahmen der Siedlungswasserwirtschaft. Und zwar wird hier eine gewisse Mindestanschlussgebührenordnung vorgeschrieben unter der wir uns nicht bewegen dürfen, ansonsten wir auf diese Förderung verzichten müssen. D. h., die derzeitige Höhe für Kanalneugebiet, wo überhaupt kein Kanal ist, wo einer neu geschaffen werden muss, 18,20 Euro pro m² eine Erhöhung auf 19,30 pro m², für unbebaute Grundstücke 683 auf 732. Ich ersuche um Zustimmung.

10) Gem-Kann-27/97

Kanal-Anschlussgebührenordnung; Änderung zum 1. 1. 2008.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für allgemeine Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 13. 11. 2007 wird die in der Anla-

ge beigeschlossene Verordnung betreffend die Änderung der Kanal-Anschlussgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Die Verordnung tritt am 1. Jänner 2008 in Kraft und ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen. (Beilage)

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? 1 Gegenstimme (GR Mag. Schuster). Stimmhaltungen? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich danke dem Berichterstatter. Nächster Berichterstatter ist Herr StR Walter Oppl.

BE: STADTRAT

WALTER OPPL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei meinem Antrag geht es eigentlich um einen formalrechtlichen Akt aufgrund einer neuen Verordnung der EU-Kommission. Und zwar geht es im Zusammenhang mit unseren Förderungsrichtlinien für nachträgliche Lifteinbauten um die sogenannte De-minimis-Regelung. Nur kurz zur Erläuterung, bei der EU, wenn man Förderungen oder Subventionen gibt, ist das grundsätzlich der Kommission zu melden und die genehmigt das aus bestimmten Wettbewerbsbestimmungen. Und da gibt es eben die De-minimis-Regelung das sind kleine Beträge die man nicht melden muss und frei vergeben kann. Die Bestimmung ist in unseren Richtlinien drinnen und diese Bestimmung, da war jetzt die Grenze 100.000 Euro und die ist jetzt von der Kommission auf 200.000 Euro erhöht worden. Das ändert für uns bei den Förderungssachen für die Lifteinbauten überhaupt nichts. Wie gesagt, das ist ein reiner Formalakt den wir da vollzie-

hen müssen. Ich ersuche um Zustimmung zu meinem Antrag.

11) Präs-683/02

Richtlinie zur Förderung von nachträglichen Lifteinbauten in Wohnhäusern; Neuregelung der „De-minimis“-Beihilfen.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für allgemeine Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 30. 11. 2007 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung betreffend die Änderung der Richtlinie zur Förderung von nachträglichen Personellifteinbauten mit mehrgeschossigen Wohnhäusern der Stadt Steyr genehmigt.

Die Verordnung tritt mit 1. Jänner 2008 in Kraft und ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen. (Beilage)

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke, Herr Stadtrat. Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Gibt es Gegenstimmen? Stimmhaltungen? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter. Nächster Berichterstatter bin ich selbst und ich übergebe meinen Vorsitz an die Kollegin Vzbgm. Mach.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE: BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir kommen zum Dringlichkeitsantrag, eingebracht von ÖVP, Bürgerforum Steyr, Die Grünen Steyr und FPÖ.

Dringlichkeitsantrag gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates für die Stadt Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Stadt Steyr gibt ein externes Rechtsgutachten in Auftrag, durch das abgeklärt werden soll, in welcher Höhe die Forderung der Raika im „Bürgerschaftsfall SK Vorwärts“ berechtigt ist. Zur Erstellung dieses Rechtsgutachtens soll ein Wirtschaftstreuhandler oder ein auf Wirtschaftsrecht spezialisierter Rechtsanwalt beauftragt werden.

Begründung des Antrages:

Das Bürgerforum, die Grünen Steyr, die FPÖ und die ÖVP haben im letzten Prüfungsausschuss für einen Antrag folgenden Inhalts gestimmt:

Prüfung inwieweit die Rechte und Pflichten aus dem Bürgerschaftsvertrag (Anmerkung: Vertragspartner Stadt Steyr und Raika Sierning) sowie der damit in Zusammenhang stehenden Vereinbarung zwischen der Stadt Steyr und SK Vorwärts von allen Seiten auch tatsächlich eingehalten worden sind. Ziel dieser Prüfung wäre unter anderem gewesen, herauszufinden, inwieweit die Forderung der Raika an die Stadt Steyr in Höhe von mindestens 800.000 Euro auch tatsächlich gerechtfertigt ist. Die SPÖ hat bedauerlicherweise diese interne Prüfung im Prüfungsausschuss abgelehnt, wodurch sich die Notwendigkeit dieses Antrages in einer öffentlichen Gemeinderatsitzung ergibt.

Ich bitte um Debatte dieses Dringlichkeitsantrages.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Wer wünscht dazu das Wort? GR Frech.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. In der letzten GR-Sitzung war das Thema ja bereits im Rahmen des Nachtragsvoranschlages, wo wir sehr überrascht waren, dass 800.000 Euro existieren angeblich an Forderung der Raika gegenüber der Stadt Steyr. Es hat damals geheißen es gibt ein Schreiben der Raika wonach die Forderung auch noch viel höher ist als diese 800.000, man sich aber mit den 800.000 seitens der Raika zufrieden gibt, wenn die Zahlung bis zu einem bestimmten Stichtag erfolgt. Die Zahlung ist bis dato meines Wissens nicht erfolgt, der Betrag müsste deshalb inzwischen möglicherweise auch schon höher sein. Wir haben damals in der GR-Sitzung auch versucht herauszufinden, ist diese Forderung jetzt berechtigt oder nicht und die Debatte war dann das letzte Mal. Im Prüfungsausschuss, um Licht ins Dunkel zu bringen, gab es einen Antrag der von allen Fraktionen außer der SPÖ befürwortet worden ist, nämlich auf eine interne Prüfung, inwieweit ist die Forderung der Raika in dieser Höhe von 800.000 oder mehr berechtigt. Es geht nicht mehr darum, war das damals sinnvoll eine Bürgerschaft einzugehen oder nicht, da könnten wir lange darüber diskutieren, sondern jetzt geht es darum Schadensbegrenzung zu machen für den Steyrer Steuerzahler, dass er nicht mehr zahlen muss, letztlich, als unbedingt notwendig. Und um diese Schadensbegrenzung für die Steyrerinnen und Steyrer zu erreichen gab es eben diesen Antrag im internen Prüfungsausschuss, der, wie gesagt, mir unverständlich und auch den anderen Fraktionen unverständlicherweise, niedergestimmt worden ist.

So, es geht aber noch immer um diese Forderung. Wenn Sie Zeitung lesen, dann wissen Sie, die Raika möchte die Angelegenheit bis 31. 12. erledigt ha-

ben, aus diesem Grund auch die Dringlichkeit, ehe baldigst ein Rechtsgutachten in Auftrag zu geben, dass unsere Rechtsposition fest liegt, weil die Raika sicherlich daran interessiert ist möglichst viel Geld von der Stadt zu bekommen, was aus ihrer Sicht her durchaus legitim ist, aber aus unserer Sicht sollten wir schauen eine gute Verhandlungsposition mit der Raika zu haben.

Sie haben eines heute ja schon gemerkt, ein bisschen Licht ins Dunkel ist schon gekommen, aufgrund der Anfragebeantwortung des Herrn Bürgermeisters. Weil es ist schon sehr interessant, dass in der letzten GR-Sitzung man noch von 800.000 Euro ausgegangen ist, man aber heute jedenfalls schon weiß, egal was weitere Gutachten klären werden, dass die Stadt sicherlich weniger zahlen wird, weil die Antwort des Herrn Bürgermeisters auf meine Frage Nr. 1), ob es Rückzahlungen gegeben hat für diesen 9-Millionen-Schilling-Kredit durch die Vorwärts, hat der Herr Bürgermeister wortwörtlich gesagt: „Falsch ist, dass es keine Rückzahlungen gab“. Umkehrschluss: Richtig ist, dass es Rückzahlungen gab. Wer von Ihnen den Bürgerschaftsvertrag gelesen hat, da braucht man kein Jurist sein, da steht klipp und klar drinnen, in einem Satz: „Jeder Schilling, damals waren es noch Schilling, der zurückgezahlt wird an Kredit, vermindert im gleichen Ausmaß die Haftung der Stadt Steyr“. D. h., wir haften längst nicht mehr für 9 Millionen Schilling. Die Frage ist nur, und die war jetzt nicht abzuklären, wie viel wurde von diesem Kredit bereits zurückgezahlt durch die Vorwärts. Aber wir wissen, es ist zurückgezahlt worden. Also, einen Punkt sind wir schon herunter gekommen, hoffentlich, dass der Steuerzahler weniger zahlen wird. Aber zahlreiche Fragen sind offen aus meiner Anfrage. Wenn Sie sich die Fragen ein bisschen gemerkt haben und die Antworten verglichen haben, ja, da ist

nicht sehr viel herausgekommen. Es gibt viele Punkte die noch überhaupt nicht geklärt sind und der Fragen geht's natürlich auch noch mehr. Aus diesem Grund hat jetzt die Opposition einen Antrag formuliert, wo es darum geht ein externes Rechtsgutachten in Auftrag zu geben, das abklären soll, wie viel muss jetzt tatsächlich die Stadt Steyr zahlen. Sind es 500.000 Euro, sind es 400.000 Euro, sind es 300.000 Euro, ist es vielleicht gar nichts? Es ist auch die Frage in dem Raum gestanden mit dem Baurecht. Wir wissen bis heute anscheinend nicht wem gehört das Baurecht. Zeit hätte man lange gehabt. Also es ist auch nicht Ungeduld der Opposition. Wir haben sicher sehr, sehr lange zugeschaut. Aber was sollen wir jetzt noch tun? Die Raika möchte das schnell abgeklärt haben bis Ende des Jahres und wir wissen viele Fragen noch überhaupt nicht. Das externe Rechtsgutachten bedeutet nicht, dass wir Magistratsjuristen misstrauen, sondern es weiß jeder von uns, dass natürlich ein externes Gutachten automatisch auch eine andere Wirkung hat und unsere Position gegenüber der Raika festliegt, weil das wissen Sie selbst auch, was Sie selber sagen vielleicht hat möglicherweise nicht so viel Gewicht wie wenn ein anderer Experte das bestätigt, auch wenn Sie selbst genauso viel wissen. Das ist schlichtweg so. Dieses Expertengutachten ist unbedingt notwendig um diese ganzen offenen Fragen zu klären, die nur einem Ziel dienen, den Schaden für den Steyrer Steuerzahler möglichst gering zu halten und im besten Falle gar nichts zahlen zu müssen bzw. auch abzuklären ob nicht noch andere Personen zur Haftung herangezogen werden können außerhalb der Raika.

Ich würde Sie bitten, geschätzte Damen und Herren der SPÖ, diesem Antrag auch die Zustimmung zu geben und hier mitzugehen, weil ich denke mir es müsste in unser aller Sinn sein

einen Schaden für den Steyrer Steuerzahler möglichst zu begrenzen und hier gemeinsam an die Dinge heranzugehen. Wie gesagt, es geht nicht um Schuldzuweisungen. Es geht wirklich nur darum, möglichst wenig zu zahlen. Wir kommen heute nach diesem Tagesordnungspunkt ja zum Thema Budget und da werden Sie sehen, wie viel Probleme wir haben mit Finanzierungen. Wir schütteln nicht einfach locker aus dem Handgelenk ein paar hunderttausend Euro. D. h., jeder Euro den wir da weniger zahlen, können wir ausgeben für sinnvollere Dinge und da sind wir uns hoffentlich einig. Ich würde mich sehr freuen, sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender der SPÖ und sehr geehrter Herr Bürgermeister, wenn die SPÖ hier über ihren Schatten springen könnte und mitgehen könnte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist der Kollege Payrleithner. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:

Herr Bürgermeister, wertest Präsidium, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ich darf vielleicht einmal für unsere Fraktion festhalten, dass es uns natürlich nicht darum geht, der heutigen Vorwärts in irgendeiner Form Schaden zuzufügen. Ganz im Gegenteil, wir respektieren und anerkennen und es freut uns, dass es idealistische Funktionäre gibt die sich heute für diesen Verein einsetzen und schauen, dass es dort überhaupt noch einen Betrieb gibt. Es ist ja bekanntermaßen so, wenn der Glanz der Bundesliga verfliegen ist, verflüchtigen sich auch oft die Funktionäre, uns so auch geschehen da, und es ist, das sollte man vielleicht auch einmal sagen, ja erfreulich, dass es überhaupt noch jemanden gibt der sich dort für die Jugend, den Nachwuchs und die Vorwärts einsetzt. Das einmal grundsätzlich.

Aber uns geht es natürlich auch darum, und das ist ja auch die Aufgabe der gewählten Mandatare dieses Hauses, dass wir mit dem Steuergeld möglichst sparsam umgehen. Wenn es offene Frage gibt, und die gibt es, und das haben auch die SP-Vertreter, allen voran der Fraktionssprecher im Kontrollausschuss, der Kollege Hackl, bei der letzten Kontrollausschusssitzung ganz klar dargebracht, dass es offene Fragen gibt, das hat er selbst gesagt, und diese offenen Fragen gehören geklärt. Daher heute dieser Antrag hinter dem wir stehen. Ich glaube, es sollte wirklich überprüft werden wie weit wir zahlen müssen. Es sind viele Fragen offen. Eine die bis heute auch nicht diskutiert wurde, es hat im Jahr 2000, im Rahmen des Zwangsausgleiches seitens der Stadt unter Inanspruchnahme eines Rechtsanwaltes den Versuch gegeben eine gütige Vereinbarung, einen Ausgleich mit den Banken herzustellen. Es ist uns bis heute nicht ganz klar, warum das dann eingestellt worden ist. Das ist auch eine der offenen Fragen. Da müssten wir uns heute nicht mit diesem Problem herumschlagen, wenn wir das im Jahr 2000 vielleicht unter finanziell günstigeren Voraussetzungen wie heute, einer Einigung zugeführt hätte. Man hat damals das letzten Endes im Herbst 2000 sausen lassen. Das wäre auch interessant, warum das der Fall war. Der heutige Bürgermeister kann da sicher nichts mehr dafür, er war damals, ich weiß nicht, im Gemeinderat glaube ich. Er ist heute Finanzreferent und das war damals der Bürgermeister Leithenmayr. Aber wir erwarten uns natürlich schon vom Bürgermeister, dass wir hier eine korrekte Vorgehensweise wählen, dass die Fakten auf den Tisch kommen, alles was unklar ist auch den gewählten Mandataren mitgeteilt wird, damit wir dann unsere Entscheidungen treffen können und die können ja nur im Interesse der

Steyrer sein und daher werden wir all diese Aktivitäten auch unterstützen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke, nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR Mayrhofer.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Frühsommer, im Juli, wurde der Stadt mitgeteilt, dass eine Ausfallbürgschaft schlagend wird. Nach 5 Monaten Prüfung, hoffentlich Prüfung, hat der Finanzreferent im Nachtragsvoranschlag 800.000 Euro für die Begleichung dieser Schuld oder dieser Haftung hineingegeben. Auf die Frage im letzten Gemeinderat, ob darüber noch einmal diskutiert wird, hat er gesagt, nein, das wird bezahlt. Als ich ersuchte diesen Punkt von der Tagesordnung zu nehmen, hat es geheißen, und dann, im Kreise aller Fraktionen offen zu legen und zu besprechen, hat es ebenfalls geheißen, nein. Als man dann versuchte im Prüfungsausschuss eine interne Prüfung durch unser Kontrollamt durchführen zu lassen, war die SP wieder der Meinung, nein. Jetzt ersuche ich schon um Verständnis, wenn man sich so beharrlich weigert Transparenz zuzulassen, dann gerät man in den Verdacht, dass irgendetwas nicht stimmt, weil ansonsten hätte man sagen können, setzen wir uns an einem Tisch, da ist der ganze Akt, schaut ihn euch durch, versuchen wir gemeinsam den Schaden zu minimieren. Mittlerweile haben wir gehört sind erste Schritte in diese Richtung gegangen. Wir glauben aber trotzdem, dass wir als gewählte Mandatare ein Anrecht darauf haben, dass wir voll informiert werden und nicht nur bruchstückhaft, sondern voll inhaltlich über das was in diesem Akt geschehen ist.

Dieser Antrag ist im Prinzip eine goldene Brücke. Ein externer Experte ist der Verschwiegenheit verpflichtet. D. h., es gerät nichts, was nicht an die Öffentlichkeit soll an die Öffentlichkeit, aber es gewährleistet, dass sämtliche rechtliche Möglichkeiten getroffen werden diesen Schaden zu minimieren und zwar im vollen rechtlichen Ausmaß. Nicht nach Einschätzung einer Fraktion, sondern das was tatsächlich möglich oder notwendig ist. Darum glauben wir, dass das ein gangbarer Weg ist und ersuchen um Zustimmung zu unserem Antrag. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster zu Wort gemeldet ist Kollege Apfelthaler.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, das hätte die SPÖ billiger haben können. Ich denke es ist uns Gott sei Dank schon einmal gelungen, gegen heftigste Wehr im Kontrollausschuss seitens der SPÖ, dass wir damals die Repräsentationskosten oder die Repräsentationsgebühren kontrollieren haben wollen. Ich denke mir, es ist auch nichts dabei. Überhaupt nichts. Wenn man nichts zu verstecken hat, kann man es durchaus auch überprüfen lassen. Ich glaube, dass es einer so großen Partei, sprich Regierungspartei, wie der SPÖ in Steyr mit dieser Mehrheit durchaus gut anstehen würde auch das einzuhalten was sie ursprünglich nach der Wahl versprochen hat, dass sie mit dieser Mehrheit sehr bewusst und sehr offen auch umgehen wird. Leider, muss ich sagen, und zum Schaden der Stadt aber auch der Politik in dieser Stadt und auch den Umgangsformen die wir hier herinnen pflegen, ist dieser Antrag wiederum

abgelehnt worden. Wie man hört, wird es auch wieder eine sozusagen Ausweichsituation indem dass man es in den Finanz- und Rechtsausschuss hineingibt. Ich denke mir, ich bin schon für Transparenz, aber das ist mir an Transparenz ehrlich gesagt zu wenig, weil das hätte man im Grunde genommen auch schon viel, viel früher machen können wie z. B. im Jahr 2003, wie es um diesen Zwangsausgleich gegangen ist.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
2000!

GEMEINDERAT

KURT APFELHALER:

Entschuldigung, 2000. Was ist uns damals übrig geblieben? Damals ist Vorwärts vor der Tatsache gestanden, dass es halt ab diesem Datum nicht mehr besonders gut weiter geht und die Stadt ist hier eingesprungen. Ich habe halt geglaubt, dass mit diesem Zwangsausgleich damals alles erledigt ist, was ja im Grunde genommen eh auch in der Wirtschaft irgendwie der Fall ist. Es ist uns damals auch versichert worden, dass mit dem alles erledigt ist, dass keine weiteren Schulden mehr kommen. Was interessant war, und es ist bei der letzten GR-Sitzung angesprochen worden, die Causa Staffelmayr. Da hat es damals geheißt, dass es in keinem direkten Zusammenhang steht, nur das Datum und der Zeitpunkt war damals so überraschend ähnlich, dass kurz nach diesem Vergleich, der hier stattgefunden hat, es dann zu dieser Ausfallshaftung gekommen ist. Ich muss herinnen immer wieder fragen, weil es einfach nicht möglich ist hier die notwendige Transparenz zu schaffen. Hat jetzt diese Causa Staffelmayr mit den ursächlichen 800.000 Euro etwas zu tun oder nicht? Es ist ja leider Gottes bis zum heutigen Tage nicht offen ausgesprochen worden. Das hätten wir in einer

Fraktionsobleutekonferenz durchaus reden können. Wir haben schon über viel geheimere Dinge in einer Fraktionsobleutekonferenz gesprochen. Also, bitte, wir wollen Aufklärung haben. Wenn uns diese Aufklärung nicht gewährt wird, dann bitte wundert euch nicht, dass wir auch diesen Weg hier versuchen auch in der Öffentlichkeit, wenn es im Rahmen der Fraktionsobleutekonferenz nicht geht, dass wir diesen Weg wählen. Eines wollen wir nämlich nicht, dass wir nicht über alle Details dieses Falles informiert werden. Das ist unser gutes Recht, wir müssen es letzten Endes auch entscheiden und wir müssen es auch bezahlen, stellvertretend entscheiden für alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Da möchte ich bitte schon gerne alle Fakten, alle Daten auf den Tisch gelegt haben. Wenn es nicht so ist, dann müsst ihr das auch offen sagen, aber dann dürft ihr euch nicht wundern, dass etwas picken bleibt. Ich hoffe, dass nichts an jenen picken bleibt die versuchen hier Klarheit zu erlangen, weil man ja dann schon wieder hört, alle jene die das besonders gerne wissen wollen sind Feinde des Sports oder des Sportvereines Vorwärts. Nein, gerade im Gegenteil.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Vzbgm. Bremm.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen. Grundsätzlich zu dem, Kurt Apfelthaler, 2003, wo die Wahlen geschlagen worden sind und die SP eine Mehrheit erreicht hat, haben wir natürlich auch gesagt, wir wollen mit dieser Mehrheit sorgfältig umgehen. Ich glaube, dass wir das auch tun. Das

kann aber nicht heißen, meine sehr verehrten Kolleginnen, liebe Kollegen, dass wir jetzt sagen wir dürfen keine Mehrheit mehr haben nur weil wir eine Mehrheit haben. So kann es ja nicht gehen. Wir haben natürlich auch eine Meinung. Ob wir eine gleiche Meinung haben, das ist eine andere Sache. Dass man da immer auf dem Klavier spielt und sagt, jetzt haben die die Mehrheit und fahren über alle drüber, also das weisen wir schon zurück. Das einmal grundsätzlich zu dem. Wir fahren überhaupt niemandem drüber, sondern wir haben auch eine Meinung. Das ist halt Demokratie, dass Mehrheiten auch zu entscheiden haben, das ist auch der Auftrag den wir haben. Ob es immer richtig ist oder was, darüber kann man streiten. Wir glauben, dass wir unsere Aufgabe versuchen nach bestem Wissen und Gewissen im Interesse der Stadt Steyr und im Interesse der Bürger vorzunehmen.

Es ist nicht richtig, dass die Raika bis Ende des Jahres das abgeschlossen haben will. Das ist so nicht richtig.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Das sagt sie aber.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
In der Zeitung hat das der Leiter der Rechtsabteilung so mitgeteilt.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Er will es gerne. Da ist sein Wunsch.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Es gibt natürlich zu dem Thema Vorwärts seit 1993, mittlerweile 14 Jahre ist das immer wieder ein Thema gewesen, 1993 war das Baurecht mit der Vorwärts, 1995 war dann die Bürgerschaft der Stadt, 1999 waren finanzielle Schwierigkeiten, 2000 war der

Zwangsausgleich. Es ist ein sehr umfangreiches Thema. Es ist nicht so, dass das immer geheim gehalten worden ist. Nur alleine zum Ausgleich, in der Phase wo halt das alles schlagend geworden ist, im Zuge des Ausgleiches ist da im Gemeinderat auch das so beschlossen worden. Der Zwangsausgleich ist in der Form, den die Stadt dann mit 6 Millionen Schilling damals beglichen hat, ist das hier im Gemeinderat beschlossen worden. Dass der eine oder andere vielleicht nicht hier herinnen gegessen ist, das mag sein. Der hat das Glück der jüngeren Geburt und das ist heute anders zu sehen. Aber viele in diesem Kreise sind damals dabei gegessen. Es ist da alles offen gelegen, es sind die Bedingungen der Stadt zum Zwangsausgleich genau festgelegt worden. Das ist schriftlich und es hat dann Beschlüsse dazu gegeben. Ich möchte da wirklich auch im Namen meiner Fraktion betonen, wir haben größtes Interesse und werden alles auch mit unterstützen und mit dazu tun, dass die Stadt den Schaden minimiert. Das ist nämlich rhetorisch eine nicht richtige Darstellung, weil wenn wir nämlich im Jahr 1995 einen Beschluss gemacht hätten zum Schaden der Stadt, dann hätten wir nämlich gegen den Eid verstoßen. Wir haben nicht zum Schaden der Stadt beschlossen, sondern wir haben damals einen Gemeinderatsbeschluss mit überwiegendster Mehrheit, die ÖVP, die Grünen, ihr glaube ich seid dagegen gewesen.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Ja!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Aber ihr seid natürlich klein gewesen.

Gelächter

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Aber wie man sieht, hat es sich eh als richtig herausgestellt.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ist ja klar, hinten nach ist man immer gescheiter.

Aber man muss sich natürlich mit der FPÖ, die damals 9 Mandate gehabt haben, mit überwiegender Mehrheit ist 1995, weil halt die Euphorie in Steyr da war, die Vorwärts in der Bundesliga gespielt hat, die Finanzen haben nicht gepasst, das Geld war zu wenig, sie haben einen Kredit gebraucht, damit es weiter geht, da war ganz Steyr, das ist übertrieben, nicht ganz Steyr, aber doch viele, viele Fußballanhänger, viele Funktionäre, viele in der Politik die dort auch aufgetreten sind, sind als Sanierer der Vorwärts, ich habe mir heute schon gedacht, ich möchte mir Taferln machen, aber ich habe die Zeit nicht dazu gehabt, so wie es üblich war, die Taferln die damals zu der Vorwärts gegangen sind und gesagt haben - „Wir sind die Retter der Vorwärts, wir werden euch nicht im Stich lassen“.

GEMEINDERAT

GERALD HACKL:

Holub.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ah, der Holub Karl war das.

Zwischenruf: Der Dr. Pfeil auch.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Wir haben da die Beschlüsse gefasst und nicht zum Schaden der Stadt, sondern damit dort der Fußball weiter geht. Wir haben größtes Interesse, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, dass wir die Verpflichtung oder die For-

derung welche die Raika jetzt stellt, dass wir dort schauen dass alles rechtlich wasserdicht ist. Da kann kein Punkt und Beistrich offen sein. Das muss alles klipp und klar da liegen. Es müssen alle Dinge die in dem Zwangsausgleichsverfahren und in der Bürgerschaftsverpflichtung drinnen gestanden sind, das muss alles auf Punkt und Beistrich nachvollziehbar sein. Natürlich ist es unser größtes Interesse die Verpflichtung, wenn es eine geben sollte, dass wir diese so gering wie möglich halten. Ich glaube, da sind wir uns alle politisch darüber einig. Wir möchten, wenn wir was bezahlen müssten, das muss aber erst eruiert werden, das so gering wie möglich halten aber nicht den Schaden zu begrenzen, weil Schaden haben wir keinen gemacht.

Die 800.000 im Voranschlag, das war eine Vorsorge. Wir wissen da alle genau herinnen, dass wir nicht im Nachtragsvoranschlag irgendwo 800.000 Schilling verstecken, unten im Ladl drinnen und dann ...

Zwischenrufe: 800.000 Euro!

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Entschuldigung, Euro, aber Schilling wäre eh schön.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Das ist aber nur dann notwendig, wenn man es 2007 zahlen muss, weil sonst gebe ich es in das Budget 2008.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das hat man zu dem Zeitpunkt ja noch nicht gewusst.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Jeder da herinnen weiß ganz genau, dass es nicht möglich ist, dass man

800.000 Euro da irgendwo im Ladl versteckt und dann Rablbauer gespielt wird und der Bürgermeister mit dem schwarzen Koffer nach Linz hinüber fährt zur Raika und sagt, Herr Scharinger, da haben Sie ihr Geld. Das weiß man ganz genau, dass man da sowieso mit einem Antrag in den Gemeinderat gehen muss und der Gemeinderat hat aufgrund der Wertgrenzen die es gibt zu beschließen. Da ist überhaupt nicht versucht worden irgendwo was zu verstecken oder unter den Teppich zu kehren. Das war rein eine Vorsorge aufgrund von Gesprächen, Verhandlungen, oder wie man das sehen will, die geführt worden sind.

Liebe Michaela, weißt du, Hellseherqualitäten und Hellseherfähigkeiten haben wir nicht. Die Raika hat einmal Forderungen gestellt in einer bestimmten Höhe. Jetzt ist das halt einmal als Vorsorge hinein gegeben worden. Aber das heißt ja noch nicht, dass das schon bezahlt ist. Man hat halt einmal eine Vorsorge getroffen. Dass da noch Verhandlungen und Gespräche stattfinden müssen, das war ganz klar. Du weißt ganz genau, dass im Nachtragsvoranschlag das Geld nicht gleich ausbezahlt wird, dass da ein Amtsbericht vorgelegt werden muss und dass der Betrag im Gemeinderat beschlossen werden muss.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Das habe ich extra in der letzten GR-Sitzung gefragt und das ist verneint worden.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Das ist so, 800.000 Euro haben wir noch nie unter der Bettdecke bezahlen können, weil das gibt es nicht. Wir kennen genau die Wertgrenzen.

Grundsätzlich sind wir uns politisch über die Fraktionen hinaus einig, dass das alles genau überprüft wird.

Zum Antrag selbst, warum wir hier eine Zuweisung an den Finanz- und Rechtsausschuss beantragen werden, und ich werde das dann tun, hat jenen Grund. Es ist mit der Raika festgelegt worden, vereinbart worden, ausgemacht worden, dass aufgrund der rechtlichen unterschiedlichen Auffassung, wir haben eine ganz klare rechtliche Position als Stadt, dass aufgrund der ganzen Unterlagen, aufgrund der Beschlüsse, die 2000 gefasst wurden, die Beschlüsse, die 1995 gefasst wurden, vertreten wir ganz klar die rechtliche Position, dass die Raika das Baurecht hat. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt in den weiteren Gesprächen ...

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Warte einmal, sei nicht so ungeduldig, du bist ja eh schon in einem Alter ...

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ich komme eh gleich dahin. Also, eine ganz klare Position, dass das Baurecht bei der Raika ist, das ist die rechtliche Position von der Stadt. Warum ist das so bedeutend? Weil das eine ganz wesentliche Voraussetzung für die nachfolgenden Gespräche ist, weil wenn nämlich die Raika das Baurecht hat, so wie wir das behaupten, dann gibt es keine finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Raika, aber das ist ja noch nicht das „aus“, weil dann ist die Raika dort auch der rechtmäßige Besitzer für diesen Zeitraum, damals haben wir das für 80 Jahre abgeschlossen, ich weiß nicht, wie weit sie jetzt noch runter sind. Kann ich das so sa-

gen, Gerhard Alphasamer, der rechtmäßige Besitzer? Ist die Raika der Besitzer für diesen Zeitraum, kann man das so sagen?

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:

Der bauberechtigte Nichtbesitzer heißt es dann.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Der Bauberechtigte für 80 Jahre. Tut's da nicht Läuse suchen, in Wirklichkeit wissen wir, von was wir reden. Sie können über diese Anlage in einem bestimmten Ausmaß verfügen und sie können zu der Vorwärts sagen, ihr könnt zwar dort droben spielen, aber ihr müsst dafür etwas zahlen, das könnten sie tun. Darum habe ich gesagt, wir haben gegenüber der Raika keine finanziellen Verpflichtungen, aber die Raika kann ihrerseits das machen, darum ist das ein ganz springender Punkt. Wir haben mit der Raika jetzt festgelegt, dass sie bis Jahresende ihre rechtliche Position darstellt. Die kennen wir jetzt noch nicht, das ist die Bringschuld der Raika, dass sie bis Jahresende 2007 ihre Position mit dem Baurecht klar darlegt. Denn wie wir damals die Gespräche geführt haben, haben sie gesagt, nein ihnen gehört es nicht, aber ganz so können sie auch nicht. Aber es gibt klare Dinge dazu, wir sagen, das Baurecht ist bei der Raika, weil da gibt es auch einen Schriftverkehr dazu, es gibt auch einen Gerichtsbeschluss beim Zwangsausgleich udgl. Also, das ist relativ gut untermauert, die Raika prüft das jetzt intern und wird uns bis Jahresende ihre rechtliche Position übermitteln. Dort wird man dann erst sehen, was die Raika dazu sagt, wir wissen das jetzt noch nicht und darum wollen wir diesen Antrag jetzt an den Finanz-, Rechts- u. Wirtschaftsausschuss zuweisen – bis wir die Position der Raika kennen - und dann im Finanz-, Rechts-

und Wirtschaftsausschuss die weiteren Schritte festlegen. Das kann man heute nicht sagen, ob man einen externen Fachmann dazu braucht, oder ob man den nicht braucht, weil wir die Raika Position nicht kennen. Wir garantieren aber als SP-Fraktion, weil die Befürchtungen sind da, wenn wir das an den Finanz-, Rechts- u. Wirtschaftsausschuss zuweisen, dass wir dann mit unserer Mehrheit drüberfahren und das nicht machen, das wäre ja kurzfristig betrachtet.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Aber nicht das erste Mal!

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:

Das mag schon sein, aber wir sind ja intelligente Leute, wir machen nicht immer wieder den selben Fehler, sondern einen neuen. Wir machen immer wieder neue Fehler Kurt. Außerdem stimmt das nicht so, wir sind ja dann zu einer Meinung gekommen. Also, wir wollen dass das alles Punkt für Beistrich nachvollziehbar ist und dass dann die dementsprechenden Beschlüsse gefasst werden. Es war auch die Überlegung, ob man das nicht dem Stadtsenat zuweist, habe da aber selber auch gesagt, seitens meiner Fraktion – Stadtsenat möchte ich nicht zuweisen, im Stadtsenat sitzen nur 2 Fraktionen, die ÖVP und die SPÖ, es sollte da aber wirklich jede Fraktion mit dabei sein und das auch mitdiskutieren können, auch die dementsprechende Einsichtnahme und Information haben und damit also Zuweisung an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss, denn dort sitzen alle Fraktionen drinnen. Wir werden da nicht irgendwo drüberfahren, sondern das gehört mit der Raika lückenlos aufgliedert, aufgelistet, ausdiskutiert und auch intern bei uns und dann sind dort

die notwendigen Schritte zu setzen. Wir sperren uns nicht dagegen, dass wir auch einen externen Fachmann damit beauftragen, wenn wir zu der Auffassung kommen, dass wir mit der Raika zu keinem Ende kommen, nur ist jetzt der Zeitpunkt, wo wir die Position der Raika noch nicht kennen, etwas zu früh.

GEMEINDERÄTIN
DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-
LECHNER:

Bevor ich in Verhandlung gehe, hole ich eine Meinung ein.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Haben wir ja eh!

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Nicht immer hineinschreien.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:
Wir haben ja eine Meinung!

GEMEINDERÄTIN
DR. BIRGITTA BRAUNSBERGER-
LECHNER:
Eine Rechtsmeinung!

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Die haben wir!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Wir haben eine Rechtsmeinung dazu, das habe ich ja versucht, ausdrücklich zu betonen. Es gibt eine ganz klare Rechtsmeinung seitens der Stadt. Natürlich kannst du sagen, das weiß ich eh bei den Juristen, das habe ich eh zur Genüge in meinem Privatberuf erlebt, 2 Juristen – 3 Meinungen, das kenne ich schon. Wir haben eine klare Position, wir haben eine klare Rechts-

meinung dazu und wenn es notwendig ist, wenn die Position der Raika nicht unseren Vorstellungen entspricht, wenn das ein Rechtsstreit ist, dann werden wir auch externe Experten mit hineinnehmen. Am Ende muss für uns das Thema Vorwärts-alt lückenlos nachvollziehbar sein und man muss sagen, jawohl, das war die Verpflichtung oder das war nicht die Verpflichtung, das muss am Ende da herauskommen.

Daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, dass wir diesen Antrag dem Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss zuweisen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Aufgrund dieses Antrages hat jede Fraktion noch eine Wortmeldung.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich hoffe, dass wenigstens bei dieser Angelegenheit die Politik auf ihre Rechtsberater, auch auf die internen horcht, weil als das Baurecht vergeben wurde, hat es von der Fachabteilung geheißen: „Zusammenfassend ist daher festzustellen, dass die vorgelegte Urkunde für die Stadt von erheblichem Nachteil ist und daher nicht die Zustimmung finden sollte.“ Der Verfasser ist heute hier anwesend.

Unverständlicher Zwischenruf

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Selbstverständlich, darf ich es dir zeigen. Und zwar ist das ein Schreiben vom Geschäftsbereich für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 19. Oktober 1994. Auf dieses Baurecht und auf diese Ausfallsbürgschaft bezieht sich ja heute unsere ganze Diskussion und dem liegt schon etwas zugrunde, wo ich jetzt, aufgrund deiner

Stellungnahme wieder den Eindruck gefunden habe, das soll schon wieder ausgespart werden. In dem Vertrag hat es nämlich geheißen – oder fangen wir anders an. Es ist fast unvorstellbar, dass ein Verein solche Schulden überhaupt anhäufen konnte. Das hat ganz offensichtlich der Vorstand zu verantworten...

GEMEINDERAT

GERALD HACKL:

Innsbruck, St. Pölten, Wels, Graz!

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

... und dass man diesen Vorstand nicht aus der Verantwortung lassen wollte, das war die Meinung unserer Vorgänger und darum ist in dieser Vereinbarung auch drinnen gewesen: „Zudem haften die Vorstandsmitglieder des Vereines für einen finanziellen Nachteil der Stadt aus einer Verletzung der Vereinbarung auch über den Betrag von 3 Mio. Schilling hinaus. Um sicher zu stellen, dass nicht jeder Kredit, für den die Vorstandsmitglieder persönlich bürgen, rasch abbezahlt wird und die Stadt zur Rückzahlung des von ihr besicherten Kredites in Anspruch genommen wird, ist in der Vereinbarung vorgesehen, dass die Vorstandsmitglieder insgesamt mit 3 Mio. mithaften. Und zwar solange, bis der von der Stadt besicherte Kredit auf 6 Mio. getilgt wird.“ Dann ist man aber schon noch weiter gegangen und hat gesagt, wir möchten eigentlich gar nicht zahlen. Das war nämlich damals die Absicht, die Stadt hat gesagt, wir zahlen nur, wenn alles schief geht, aber wir wollen nicht. Um für den Fall, dass der Kredit nicht ordnungsgemäß abgestattet wird, nicht in eine Zahlungsverpflichtung bei der Auflösung des Baurechtes zu kommen, ist zusätzlich der mit dem SK Vorwärts Steyr abgeschlossene Baurechtsvertrag in der Form abzuändern, dass die im Rahmen des Baurechts angeführten Bau-

werke bei Beendigung des Baurechts unentgeltlich in das Eigentum der Stadt übergehen. Das heißt, wir waren damals schon der vollen Meinung, vor uns haftet der Vorstand und natürlich auch der Verein und erst dann haben wir zu bezahlen. Und wenn ich jetzt das höre, dass sich alles eigentlich nur auf die Vereinbarung mit der Raika bezieht, das ist mir zu wenig. Ich möchte auch überprüft haben, sind auch andere Bürgen Mithafter in der Verpflichtung, ja oder nein? Und nur dann, wenn das geprüft wird, und auch extern geprüft wird, haben wir die Gewähr, dass das auch passiert. Wir haben natürlich auch diesen Vorstand, der damals gehaftet hat, der ist ja bekannt, und wenn man sich dieses Naheverhältnis anschaut, dann muss man schon sehr vorsichtig sein. Am 19. Jänner 1995 ist uns das übermittelt worden, da steht drinnen: „Derzeit ist folgender Vereinsvorstand gewählt: Dr. Bernhard Aschauer, Nationalrat Ing. Kurt Gartlehner, Ing. Hermann Reichl, Alois Radlspäck, Reinhard Rieder, Ernst Hasenleithner, Franz Ludwig, StR Dipl.-Kfm. Helmut Zagler und Leo Dittrich.“ Das heißt, nur mit einer Verweisung an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss, wo das Mehrheitsverhältnis 1:7 steht, werden wir nicht das Auslangen finden. Ich kann mir durchaus vorstellen, dass man es auch an den Finanz-, Rechts- u. Wirtschaftsausschuss verweist, aber mit der Auflage, dass es von einem Externen geprüft werden muss. Weil ich glaube, nur dann haben wir auch eine bessere Position, eine bessere rechtliche Position, wenn das nicht nur die Meinung vom Gegner ist, wenn nicht nur unser Rechtsvertreter dieser Meinung ist, sondern ein renommierter Wirtschaftstreuhänder auch unsere Meinung vertritt – da gibt es in Linz einige sehr gute Kanzleien, die darauf spezialisiert sind. Das heißt, ich ersuche bei dem Abänderungsantrag das noch hinzu zu nehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Jede Fraktion hat eine Wortmeldung.
Kollege Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Nur zur Untermauerung unserer Argumente für diesen Antrag. Es ist gar nicht so abwegig, auch im Jahr 2000 hat die Stadt einen externen Anwalt beauftragt und warum soll man das nicht heute auch machen. Man hat dann nur, aus für uns nicht ganz nachvollziehbaren Gründen, die Beauftragung dieses Anwaltes beendet; und weil du heute das Baurecht angesprochen hast, wir hätten nämlich in dieser Vereinbarung wahrscheinlich nicht nur das Problem finanzieller Natur vom Tisch, sondern die Stadt hätte dann ab dem Jahr 2000 auch das Baurecht wieder zurückbekommen. Es ist dann im Stadtsenat zu einer Entscheidung gekommen, und das ist auch hinterfragungswürdig, das nicht zu machen. Das ist ein ganz wesentlicher Punkt, der zumindest uns auch interessiert, warum man das nicht gemacht hat. Aber auch im Jahr 2000 hat die Gemeinde einen externen Anwalt beauftragt und nicht nur die internen Juristen, also so abwegig ist das nicht.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein, ist es eh für uns auch nicht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
2 Anwälte haben wir gehabt und einen Wirtschaftstreuhand. Michaela bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Der Herr Vizebgm. Bremm sagt, 2 Juristen – 2 Meinungen, oder 3 Meinungen; so weit müssen wir gar nicht gehen, ein

Bürgermeister, ein Vizebürgermeister – 2 oder 3 Meinungen.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
2 Meinungen!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Auf meine Frage zu Beginn der Sitzung, wer hat das Baurecht, sagt der Herr Bürgermeister, das weiß man nicht. Jetzt, ein paar Minuten später ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das sind doch Wortklaubereien!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ein paar Minuten später sagt der Kollege Bremm, wir wissen ganz genau, die Stadt hat das Baurecht.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist unsere Position, wir sagen, das ist unsere Position.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Du hast aber bei der Anfrage nicht gesagt, das ist unsere Position.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich habe gesagt, das ist noch nicht klar, weil die Gegenseite sagt, nein haben wir nicht.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Das wissen wir bis heute nicht.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
So ein Blödsinn, das sind doch Wortklaubereien.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Nein, aber es zeigt eines, dass man sich nicht so klar ist, wie es jetzt aussieht, dass es diese so klare Rechtsmeinung nicht wirklich gibt und dass es genau deshalb wichtig ist, ein Rechtsgutachten einzuholen. Und ich kann absolut nicht nachvollziehen, einen Weg zu gehen, wo man sagt, jetzt warten wir, was die Rechtsposition der Raika ist und dann schauen wir weiter. Na ja, was wird denn die Rechtsposition der Raika klarerweise sein? Dass sie versuchen, möglichst viel von dieser Forderung geltend zu machen und wir müssen schauen, eine abgesicherte Gegenposition zu vertreten und nicht zuzuwarten, jetzt schauen wir mal was passiert. Das hätte man ja schon lange tun können und ich finde es jetzt, meine Damen und Herren, das muss ich ehrlich sagen, grob fahrlässig, nicht jetzt wenigstens zu reagieren, denn wir wissen die Forderung der Raika bereits seit Juli und da hätte man schon reagieren müssen. Da hätte es nicht der Opposition bedurft, das in die Wege zu leiten, aber anscheinend verfolgt man einen Weg, man glaubt, man kann eine Grippe heilen, indem man das Fieberthermometer versteckt und indem man alles zur Seite gibt, was einem nicht passt, ja das wird nicht funktionieren. Sie heilen keine Grippe, indem sie das Fieberthermometer verstecken, indem sie uns Akten der Einsichtnahme entziehen, indem sie einfach wieder etwas in Ausschüssen zwischen parken. Ich weiß ja aus Erfahrung, dass immer dann, wenn man nicht mehr wirklich weiter weiß, man nicht Position beziehen will, weil dagegen stimmen will man ja auch nicht. Wenn man wirklich findet, dass dieses Rechtsgutachten nicht nötig ist, dann stimmen sie bitte dagegen. Aber diese Sache, ja wir stellen einen Antrag auf Zuweisung in den Ausschuss, da weiß jeder von uns, der lange genug da ist, dass wird dann zwischen geparkt, da kommt dann

wieder nichts dabei heraus, im Ausschuss wird man dann wieder auf etwas vertröstet und vertröstet worden sind wir leider schon sehr oft. Leider auch, ich will nicht sagen angelogen, denn das würde Absicht unterstellen, falsch informiert oder mit irgendwelchen Argumenten hingehalten worden. Da brauchen sie sich nur die ganzen Gemeinderatsprotokolle anschauen, die Diskussionen zu den einzelnen Bürgerschaftsakten die es gegeben hat, ob das jetzt in den 90 Jahren war oder 2000. Von daher, wie gesagt, macht es keinen Sinn abzuwarten, ganz im Gegenteil, es ist nicht fünf vor zwölf, es ist fünf nach zwölf. Der Kollege Bremm sagt, es geht um die Frage des Baurechts. Das ist aber nur ein ganz kleines Segment.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Nein, das ist ein ganz wichtiges!

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Ja, das ist ein wichtiges, aber es ist nur ein Detail. Es gibt weitere offene Fragen, der Kollege Mayrhofer hat es angesprochen, bezüglich der Haftung von Vorstandsmitgliedern, es geht auch um den Statusbericht, man hat auch keinen Statusbericht mehr nach dem Zwangsausgleich angefordert, weil man anscheinend der Meinung war, das ist jetzt ein neuer Verein. Laut Auskunft der Vereinspolizei ist es aber doch der alte Verein usw. Das heißt, es gibt eine Reihe von offenen Fragen, die sich nicht nur auf das Baurecht beziehen. Das ist auch völlig klar, denn sonst hätte man auch meine Anfrage beantworten können. Herr Kollege Bremm, in der Politik ist es, glaube ich, auch nicht anders als in der Mathematik, alles was nicht ganz richtig ist, ist falsch. Und in diesem Fall ist es einfach falsch, eine Zuweisung an den Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss vorzunehmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Eines möchte ich jetzt schon sagen, für das haben wir ja Ausschüsse, dass man das auch bearbeitet und bespricht. Also ganz so ist das auch nicht, Michaela, wie du das sagst. Dann brauchen wir eh keine Ausschüsse, wenn das alles falsch ist. Kurt bitte.

GEMEINDERAT
KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Im Zusammenhang mit Vorwärts von einem Ausschuss zu reden, ist natürlich schon ein bisschen sinnig. Mir ist es auch heute wieder aufgefallen, erstens habe ich keine Antwort auf meine Staffelmayrfrage bekommen, zweitens, was das Baurecht betrifft und die unter Umständen zu bezahlende Pacht, die da Vorwärts zu bezahlen hätte, vielleicht, weil ich kann mir nicht vorstellen, dass Vorwärts da eine Pacht bezahlt, denn die müssen frisch wieder wir bezahlen. Ich denke mir, das was den Vorstand anbelangt, war für mich wieder neu, ich habe geglaubt, dass dieser Vorstand umfangreicher war. Ist nicht unser Thema, aber über diese 3 Mio. haben wir überhaupt noch nicht gesprochen, aber auf der anderen Seite ist es sehr wohl ...

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:

Aber sicher ist das unser Thema!

GEMEINDERAT
KURT APFELHALER:

Ausreden lassen; man sagt natürlich, das ist nicht unser Thema, aber wir wissen alle, denn wir sind alle schon lange genug in der Politik, dass das sehr wohl unser Thema ist, weil da natürlich Funktionäre der SPÖ drinnen sitzen und dann ist es natürlich auch unser Thema. Vor allen Dingen dann ist es unser Thema, wenn man nicht erschöpfend Antwort bekommt, wie

man in diesem Fall strategisch vorgeht. Also, Nebelbomben schmeißen, ist auf die Dauer nicht befriedigend und ich habe es auch heute wieder gehört, der Fall Vorwärts ist eine Hydra, wenn man einen Kopf abschlägt, dann wächst ein nächster nach und wir kommen nicht zum Ende, wenn nicht der Wille, der allgemeine Wille da ist, hier wirklich einmal erschöpfend über dieses Thema zu reden und Klarheit zu schaffen, weil sonst sitzen wir beim nächsten Gemeinderat mit genau dem gleichen Thema auch wieder stundenlang beisammen und es ist unbefriedigend für alle Gemeinderäte, da nehme ich die SPÖ jetzt nicht aus, eine Sache zu bearbeiten, die in den Köpfen von unter Umständen nur 2 oder 3 Leuten passiert und der Rest hat entweder die Hand zu heben oder aufzuschreien, dass das eine Sauerei ist, was da passiert. Aber, wir werden uns nicht einig werden, wenn die SPÖ hier nicht alle Karten auf den Tisch legt, weil ich denke mir, von der Dimension wächst das immer mehr und mehr, statt dass es klarer wird, was man letzten Endes wirklich auch politisch und von Seiten der Stadtfinanzen auch zu tun hat. Wir werden nicht zu einem Ende kommen, wenn die SPÖ nicht bereit ist, wir werden auch nicht zu einem Ende kommen, wenn die SPÖ oder der Herr Vizebgm. Bremm sagt, tun wir es halt in den Finanz- und Rechtsausschuss, gut dann ist er halt dort, aber ob dort erschöpfend Antwort darüber gegeben werden kann, ist auch die Frage. Ich habe bis heute noch keine strategische Planung auf dem Tisch, was man in dieser Causa wirklich zu tun gedenkt, ich habe nur Wortmeldungen und den lapidaren Hinweis im Nachtragsvorschlag, dass wir 800.000,-- zahlen. Erstens sehe ich überhaupt nicht ein, dass die Raika jetzt so quasi bestimmt, was zu tun ist, da möchte ich bitte schon vorher wissen, wie die Lage ist, oder wie das seitens der Stadt betrachtet wird und ich möchte auch nicht bis

zum Sankt Nimmerleinstag warten, ganz ehrlich gesagt, da fühle ich mich und meine Fraktion verantwortungsvoll und ich glaube dass ich auch bei vielen hier herinnen an ihr Verantwortungsgefühl appellieren kann und ich glaube auch, dass das auch wahrgenommen wird. Weil wir heute wieder zu dieser Geschichte sitzen und weil es seinerzeit schon geheißen hat, die Geschichte ist erledigt und jetzt 7 Jahre später holt sie uns wieder ein und ist noch immer nicht erledigt, dann ersuche ich bitte um mehr Transparenz.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Kollege Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ob das jetzt 7 Jahre gedauert hat oder nicht, es ist bis jetzt kein einziger Euro geflossen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Doch, 6 Mio. Schilling!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ich rede nicht vom Zwangsausgleich.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Trotzdem ist es bezahlt worden.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Der Zwangsausgleich war ein Schritt, der ist im Gemeinderat beschlossen worden, den hat ja nicht die SP-Fraktion beschlossen. Ansonsten ist vom Jahr 2000 bis heute kein einziger Euro irgendwohin geflossen. Dass das Thema für die Raika offen war, das war uns bewusst, wenn man sich den damaligen Zwangsausgleich angeschaut hat und noch in Erinnerung hat, dann war das klar.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Nicht nur uns, auch dem Verein musste das klar sein.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Dem war es nicht klar.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Ja aber bitte, das kann ja nicht so sein, wir sind ja nur Ausfallsbürge.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Es hat uns bewusst sein müssen. Wir sind jetzt nicht der Vereinsvorstand von der Vorwärts, sondern wir sind der Gemeinderat und das hat uns bewusst sein müssen.

STADTRAT
GUNTER MAYRHOFER:
Der Hauser war aber auch schon im Gemeinderat, 2001!

STADTRAT
WILHELM HAUSER:
Außerdem war das 2000!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Gunter, du hast es ja eh selber gesagt, die Vorwärts liegt uns am Herzen und kein Mensch in diesem Kreise, nehme ich an, will die Vorwärts über die Klinge springen lassen, also wir auf keinen Fall und darum ist es auch unser Thema. Darum können wir nicht sagen, das ist uns egal was da ist, das geht nur die Vorwärts etwas an. Es ist schon weit über dieses Ausmaß hinaus ein Thema für uns, aber es ist kein einziger Euro geflossen und wir haben nichts verabsäumt oder versäumt, wir sind nur 7 Jahre keine Verpflichtungen eingegangen, wir haben keinen Groschen Geld gebraucht. Wenn du mir jetzt 9 Mio. Schilling leihst und ich brauche dir 7 Jahre dafür nichts bezah-

len, dann sage ich auch, lieber Gunter, danke dir dafür.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Die letzten 3 Jahre können Zinsen haftbar gemacht werden.

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Das wisst ihr ja noch gar nicht, ihr interpretiert irgendetwas hinein, was ihr überhaupt nicht wisst. Wir wissen es alle nicht, das ist ja der offene Punkt, was ich versucht habe zu erklären. Ich tue es jetzt ein letztes Mal. Das ist der springende Punkt – Baurecht. Wenn nämlich die Raika, so wie unsere Rechtsauffassung ist und das geprüft mit allen Juristen des Hauses, und tut jetzt nicht so, wie wenn das nichts wert wäre; ich habe gesagt 2 Juristen – 3 Meinungen, Michaela, weil du sagst, der Bürgermeister und Vizebürgermeister, dann ist das umgekehrt, da gibt es zwei Personen und eine Meinung.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Was habe ich gesagt? Ich habe gesagt, eine Bürgschaft kann fällig werden.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Noch einmal zum Baurecht, das ist der springendste Punkt überhaupt, das ist die Grundvoraussetzung für weitere Verhandlungen. Irgendwie komme ich mir vor, wie wenn das eine Faschings-sitzung wäre, weil wenn wir einmal irgendetwas an den Finanz- u. Rechtsausschuss, an einen anderen Ausschuss vorbei machen, was auch schon passiert ist, wir sind ja keine

Unschuldengel, das will ich ja gar nicht behaupten, dann schreit gerade ihr, und gerade du Michaela und auch die Grünen, ihr schreit am Meisten und sagt, so eine Sauerei, wieso ist das nicht in dem Ausschuss gewesen. Jetzt geben wir das in den Ausschuss, mit der Garantie, und das wird ja da protokolliert, das könnt ihr da nachlesen, dass dort überhaupt nicht versucht wird, nur irgendetwas im Unklaren zu lassen; wir haben alle, und das ist ja auch unsere Verpflichtung ...

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Kriegen wir volle Akteneinsicht?

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Wenn das Thema ...

Unverständlicher Zwischenruf von GR MMag. Michaela Frech

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Lass es mich zuerst formulieren, wir diskutieren ...

Unverständlicher Zwischenruf

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ihr seid alle so misstrauisch, das ist ein Wahnsinn, ich bekomme ja fast Depressionen hier dabei. Wenn wir das Thema Vorwärts auf der Tagesordnung haben, dann ist natürlich im Finanz- und Rechtsausschuss volle Akteneinsicht und wir wollen da auch nichts verheimlichen. Es ist nicht ganz in Ordnung, wie ihr tut, weil die ÖVP, die Freiheitlichen, die „Greanen“ und auch ...

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Bitte oftmals um Entschuldigung, aber
mich hat meine ...

*Unverständliche Diskussion verschie-
dener Mandatare*

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
... aber mich hat meine ländliche Ver-
gangenheit wieder eingeholt, ich bin in
Dambach aufgewachsen und da hat
man nicht gesagt, es grünt so grün,
sondern man hat gesagt es ist so
schön „grean“.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Bitte um Verzeihung, die Grünen natür-
lich und die Michaela Frech, es waren
ja alle Unterlagen einsichtig, es gibt ja
keine neuen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Das stimmt nicht!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ab dem Zeitpunkt Zwangsausgleich
gibt es keine neuen Akten, es waren
alle einsichtig, nur vergessen haben
wir es ein bisschen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Zur Berichtigung:

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Jetzt hör mal zu!

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Nein, ich darf eine Berichtigung sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Berichtigen kannst du mich gar nicht,
du kannst eine andere Meinung haben.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Kollege Bremm, das stimmt nicht, dass
es eine Akteneinsicht gab. Ich habe es
bereits im letzten Gemeinderat gesagt,
der Akt Vorwärts, den habt ihr in Teil-
akten unterteilt und man hat damals
die Berechtigung nicht gegeben, den
gesamten Akt Vorwärts zu sehen.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das ist ja klar, weil es ein Nachtrags-
voranschlag war.

*Unverständliche Diskussion verschie-
dener Mandatare*

MD-STV. PRÄSIDIARDIREKTOR
DR. GERHARD ALPHASAMER:
Ohne den Redner zu unterbrechen, ist
eine Berichtigung erlaubt!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Ist das zulässig?

MD-STV. PRÄSIDIARDIREKTOR
DR. GERHARD ALPHASAMER:
Ja, ohne den Redner zu unterbrechen.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Also, dann musst du es leise machen,
ich habe eine etwas zarte Stimme. Ihr
könnt davon ausgehen, das ist auch
mit dem Magistratsdirektor, und ich
nehme auch an, Gerhard Alphasamer,
du vertrittst die selbe Auffassung dazu,
wenn wir das Thema, Tagesordnungs-
punkt Vorwärts im Finanz-, Rechts-
und Wirtschaftsausschuss drauf ha-
ben, dass somit auch Einsichtnahme in
die Akten gewährleistet ist. So steht es
in der Geschäftsordnung.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
In alle Akten?

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Die, welche die Vorwärts betreffen, alle anderen nicht. Wir haben da wirklich nichts zu verstecken und wir lassen uns auch wirklich nicht das Mäntelchen von euch umhängen, wir wollen da irgendetwas drehen. Entschuldigung, aber wir haben da doch überhaupt kein Naheverhältnis zu der Raika, wo gehört denn die hin. Gott sei Dank ist es nicht die BAWAG, weil dann hättest du gesagt, wir wollen der BAWAG auch noch ein Geld zuschieben. Ich bin froh, dass es die Raika ist.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Die hätte es notwendiger als die Raika.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Die hätte es notwendiger, da könnte man noch ein Aug zudrücken. Also, wir wollen da nichts verstecken, wir wollen klare Verhältnisse, wir wollen eine Transparenz, wie man das so schön modern sagt, damit das dann auch wirklich lückenlos ist. Und wenn es möglich ist, dann wollen wir gar nichts zahlen, das wäre unser Ziel und unser Wunsch, aber es muss abgeklärt werden. Eines möchte ich auch nicht, dass es so dargestellt wird, wir wollen einen externen Fachmann verhindern. Wir wollten gar nichts verhindern, aber bis Jahresende wird die Raika ihre rechtliche Position darlegen, dann werden wir sehen, was die Raika dazu sagt und dann wollen wir den Finanz- und Rechtsausschuss – und nicht den, den wir irgendwann einmal festgelegt haben im Terminkalender 2008, sondern dann wird der Bürgermeister einen außergewöhnlichen ...

STADTRAT
WALTER OPPL:
Da gibt es eh im Jänner gleich einen.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Gibt es eh gleich im Jänner? Ich habe den Terminkalender nicht auswendig im Kopf, und dann wird das dort behandelt und dann gibt es gar nichts zum unter den Tisch zu kehren. Denn wenn wir im Finanz- und Rechtsausschuss etwas hinunterstimmen, gebt ihr es eh gleich wieder in die Zeitung, seien wir doch nicht so blauäugig. In Wirklichkeit, das was du gesagt hast, Kurt Apfelthaler, das glaube ich dir überhaupt nicht.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Du glaubst eh nie etwas!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Doch, aber das glaube ich dir nicht, dass du sagst, wir wollen das so schnell wie möglich abgeschlossen haben. Das wollt ihr nämlich gar nicht, denn ihr wollt das immer wieder auf der Tagesordnung haben, denn ihr wollt uns als Sozialdemokraten hier herinnen ja „hunzen“, das ist nämlich die böse Absicht.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Das ist nur meine Meinung. Also, ich ersuche doch, dass wir zu diesem Schritt kommen, dass wir das an den Finanz- und Rechtsausschuss zuweisen und dort wirklich die notwendigen Entscheidungen treffen und uns bemühen, dass für den Verein oder für die Stadt Steyr so wenig wie möglich an Verbindlichkeiten anfallen werden. Das Ziel sollte sein, dass wir gar nichts haben, aber das muss man dann erst sehen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:

Nur eine Bitte, Herr Kollege Bremm, die Frage vom Kollegen Apfelthaler ist noch immer offen, gibt es einen Zusammenhang oder ist es ganz klar auszuschließen, dass es einen Zusammenhang mit ...

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Pro Fraktion nur eine Wortmeldung, liebe Frau Kollegin, jetzt gehen wir auch einmal nach dem Statut.

Es steht der Antrag zur Geschäftsordnung, Zuweisung zum Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschuss. Wer dafür stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ. Wer ist dagegen? ÖVP, Grüne, FPÖ, Bürgerforum. Stimmenthaltungen? Keine, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

PAUSE VON 12.15 UHR BIS 13.35 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zum Haupttagesordnungspunkt, zum Budget. Ich ersuche den Herrn Bürgermeister und Finanzreferenten um seine Budgetrede.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Stadtsenates und des Gemeinderates, verehrte Gäste, geschätzte Vertreter der Medien. Am Anfang der heutigen Rede möchte ich ein Zitat des deutschen Philosophen Emanuel Kant stellen: „Sparsamkeit in allen Dingen ist die vernünftige Handlung eines rechtsdenkenden Menschen.“ Ich glau-

be, dass dieser Spruch, der immerhin von einem der größten Denker der Menschheitsgeschichte stammt, sicherlich noch heute seine Gültigkeit hat. Wir haben deshalb, um mit Kant zu sprechen, versucht als rechtsdenkende Menschen vernünftig zu handeln und ein Budget erstellt, in dem der Schwerpunkt auf sparsame Gedanken liegt, indem aber auch alle wichtigen Vorhaben im Sinne der Steyrer Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt sind. Die beiden größten Projekte des heurigen Jahres sind Hochwasserschutzmaßnahmen und der Umbau des Reithoffergebäudes zu einem modernen, ökologisch optimal durchgeplanten Verwaltungszentrum. Voll in Planung sind auch die Vorbereitungsarbeiten für das Altenheim Ennsleite und Resthof.

Nicht einfach ist die finanzielle Situation in Steyr, vor allem die explodierenden Kosten im Sozialbereich belasten das Budget enorm. Hier kommen schwierige Aufgaben und große Herausforderungen auf die Stadt zu.

Es war deshalb keine leichte Aufgabe, das Zahlenwerk für 2008 zusammen zu stellen und ich bedanke mich zu aller erst bei allen, die daran mitgearbeitet haben, speziell bei Herrn Finanzdirektor Mag. Helmut Lemmerer und seinem Team. Ich bin überzeugt, dass wir einen ausgewogenen und ökonomisch effizienten Haushaltsplan erarbeitet haben und damit auf dem richtigen Weg sind. Bevor wir uns mit dem kommenden Jahr beschäftigen, möchte ich noch kurz einen Blick auf das zu Ende gehende Jahr 2007 werfen und dabei die wichtigsten Projekte noch einmal kurz skizzieren. Wir haben den Haushalt des heurigen Jahres im Griff. Ein Blick auf den Nachtragsvorschlag zeigt folgende Situation: Die Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen Haushaltes erhöhen sich von 96,26 Mio. Euro auf 98,11 Mio. Euro. Der ursprünglich veranschlagte Abgang vom ordentlichen Haushalt ist

von 4,77 Mio. Euro auf 2,45 Mio. Euro reduziert worden und ich bin überzeugt, dass er beim Rechnungsabschluss noch weiter herunter kommt, sodass wir in die Nähe einer schwarzen Null kommen werden. Im außerordentlichen Haushalt sind die Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von 19,92 Mio. Euro vorgesehen, die Erhöhung beträgt jeweils 9,17 Mio. Euro. Die Erhöhung des außerordentlichen Haushaltes ist hauptsächlich entstanden, weil geplante Projekte verschoben und andere Vorhaben als vorgesehen durchgeführt worden sind. Zu den wichtigsten Themen unserer Stadt zählt wie schon erwähnt der Hochwasserschutz. Wir haben bereits vor 2 Jahren ein Hochwasserschutzvorhaben begonnen, das man ohne weiteres als Jahrhundertprojekt bezeichnen kann. Ich glaube, dass in dieser Sache in Steyr bis jetzt hervorragend gearbeitet worden ist. Wir haben den Planungs- und Bauzeitplan in vollem Umfang einhalten können. Hier nur ein kurzer Überblick über die Hochwasserprojekte: Unter anderem ist in der Unterhimmler Au ein Entlastungsgerinne als Geschiebefang für die Steyr geplant. Für dieses Vorhaben ist die Universität für Bodenkultur in Wien beauftragt worden, Modellversuche durchzuführen. Die umfangreichen Untersuchungen und Arbeiten am Modell konnten Ende Februar 2007 abgeschlossen werden. Im Juni 2007 hat man um die entsprechende behördliche Genehmigung angesucht. Bei der wasserrechtlichen Verhandlung am 22. Oktober haben Ökologen, Biologen und Fischereisachverständige gefordert, dass bei Niederwasser größere Wassermengen als bisher geplant sowohl in der Steyr als auch in dem Geschiebefang vorhanden sein müssen. Es waren daher weitere Versuche und Berechnungen an der Universität für Bodenkultur notwendig. Lösungsvorschläge gibt es bereits. Wir müssen aber auch mit einer Verzögerung von 1 bis 2 Monaten

rechnen, Baubeginn wäre demnach Frühjahr 2008, die Bauzeit wird 6 bis 8 Monaten dauern. Das entspricht weiterhin unserem Bauzeitplan. Durch den neuen Geschiebefang wird künftig im Stadtgebiet die Schotterablagerung in der Steyr und in der Enns nachhaltig reduziert. Die Bauarbeiten für das neue Ausleitungsbauwerk, das neue Ausleitungsgerinne, des Gleinker Teiches konnte im Juni 2007 abgeschlossen werden. Diese Maßnahme soll in Zukunft ein Überborden des Gleinker Teiches und Überschwemmungen im Bereich Klosterstraße bis zu einem hundertjährigen Hochwasserereignis verhindern. Eine weitere hochwasserschutzrelevante Baumaßnahme, die geringe Ertüchtigung und der Neubau der Zufahrtsbrücke im Bereich Mayrhofweg wurde im Herbst 2007 mit dem Gewässerbezirk Linz durchgeführt. Die Gerinneaufweitung und die zwei erforderlichen Brückenneubauten im Stefan-Fadinger-Ring sind behördlich genehmigt und sollen im nächsten Jahr umgesetzt werden. Wir arbeiten mit Hochdruck und wir haben bisher 1,73 Mio. Euro für den Hochwasserschutz der Steyrerinnen und Steyrer verbaut, die Gesamtkosten werden bei etwa 14 Mio. Euro liegen.

Nun ein paar Sätze zum weiteren Großprojekt des Jahres, dem Umbau des Reithoffergebäudes. Auf 7.500 m² Nutzfläche werden unter anderem eine Musikschule, Büros des Magistrates und eine Ausstellungsfläche entstehen. In etwa 1 ½ Jahren wird das Projekt abgeschlossen sein. Kernstück des Hauses ist eine moderne, energiesparende Umwelt- und Haustechnik. Im Reithofferhaus werden unter anderem Wärmepumpen, Photovoltaikanlagen und Lichtmanagement verwendet. Dieses Lichtmanagement sorgt automatisch für optimale Licht- und Schattenverhältnisse und hilft so beim Energiesparen. Aus der ehemaligen Gummiwarenfabrik wird nun ein Ökomusterhaus. Gummiwarenfabrik deshalb, weil

ja die Firma Semperit daraus entstanden ist. Die Gesamtkosten für den Umbau betragen 12,99 Mio. Euro, davon abziehen muss man die Förderung des Landes Oberösterreich, die man bereits fix zugesagt bekommen hat. Auf der Habenseite scheinen auch Beträge auf, die wir beim Verkauf der alten Musikschule und des Amtshauses Redtenbachergasse einnehmen. Gespart werden kann auch bei den Mietkosten, die die Stadt jetzt noch für die Magistratsabteilungen in nichtstädtischen Häusern ausgeben muss. Voraussichtlich im Frühjahr 2009 wird das Projekt abgeschlossen sein.

Die Situation auf dem Steyrer Arbeitsmarkt hat sich heuer gut entwickelt, alle Trends weisen in eine positive Richtung. Die Novemberzahlen für 2007 weisen eine Arbeitslosenquote von 4,1 % aus, im Vergleichszeitraum des Jahres 2006 lag die Quote noch bei 4,5%. Sehr erfreulich ist, dass die Zahl der jungen Leute, die eine Lehrstelle suchen, ebenfalls gesunken ist, und zwar um 7,7 % gegenüber dem Vorjahr. Auch die Zahl der Firmenneugründungen lässt auf ein positives Wirtschaftsklima schließen. Bis 30. September 2007 hat die Wirtschaftskammer 88 Neugründungen und 19 Übernahmen registriert, das ist ein sehr guter Wert.

Sehr gut ist auch der Trend im Wirtschaftspark Stadtgut. Vor knapp 10 Jahren ist die Idee entstanden, im Norden der Stadt einen Wirtschafts- und Dienstleistungspark zu schaffen, heute sind 37 Unternehmen mit rund 680 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Stadtgutareal angesiedelt. Mit dem Neubau der Firma FWI werden etwa weitere 60 hochwertige Arbeitsplätze im Stadtgut entstehen. Gestern haben wir zu diesem Thema ja eine Pressekonferenz gegeben und es ist in Aussicht gestellt worden, dass zusätzliche 60, also in Summe dann 120 Mitarbeiter in diesem Bereich zu erwarten sind. Nach der dritten abgeschlossenen

Ausbaustufe stehen im Wirtschafts- und Dienstleistungspark Stadtgut nun insgesamt 30 Hektar Grund für innovative Unternehmen bereit. Die hochwertige Infrastruktur und die maßgeschneiderten Angebote für Unternehmen haben zu einem Bauboom geführt, der heute noch anhält. Der Wirtschaftspark Stadtgut passt sehr gut in das ökonomische Konzept der Stadt Steyr und wertet die gesamte Wirtschaftsregion Steyr auf. Bewährt hat sich im Wirtschaftspark Stadtgut auch die Partnerschaft zur Stadt Steyr mit privaten Investoren. Dieses erfolgreiche Modell könnte in Zukunft auch in anderen Bereichen der Kommunalpolitik angewendet werden.

Auch im Tourismus haben sich Einsatz und Engagement aller Beteiligten gelohnt. Die Tendenz ist steigend, kommuniziert bis zum Oktober 2007 gab es im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 10,6 % bei den Nächtigungen.

Aber nun zum Budget für das Jahr 2008. Die Eckdaten sind ja bekannt, ich möchte nur kurz einige Zahlen anführen.

Für den ordentlichen Haushalt werden wir 102,14 Mio. Euro bereitstellen und für den außerordentlichen Haushalt sind 11,35 Mio. Euro vorgesehen, die Gesamtsumme 113,49 Mio. Euro. Die Vergleichszahlen aus dem Voranschlag des Jahres 2007 – ordentlicher Haushalt 96,27 Mio. Euro, außerordentlicher Haushalt 10,75 Mio. Euro, Gesamt 107,02 Mio. Euro.

Ich habe schon eingangs erwähnt, dass die Erstellung des Zahlenwerkes für 2008 nicht einfach war. Ein Problem stellen die nahezu explodierenden Kosten im Sozialbereich dar. Die Zahl der Sozialhilfebezieher wird immer größer, im Jahr 2002 registrierten die zuständigen Magistratsmitarbeiter 65 Sozialhilfebezieher pro Monat, im heurigen Jahr sind es bereits 243. Dementsprechend entwickeln sich auch die Kosten von 297.700,-- Euro im Jahr

2002 auf 1,3 Mio. Euro im Jahr 2007. Also die zwei Zahlen muss man sich vor Augen führen. Einer der Hauptgründe für den Anstieg für Sozialhilfebezieher, sowie Menschen mit niedrigem Bildungsniveau, es wird immer schwieriger einen Arbeitsplatz zu finden. Auch den Bewohnern von Alten- und Pflegeheimen muss immer mehr Sozialhilfe gezahlt werden. Die Stadt hat deshalb das Projekt YES gestartet. YES steht für „Steyr erfolgreich steuern“. Ziel dieser Aktion ist es, Modelle zu erarbeiten, die dem starken Kostenanstieg entgegenwirken und die auch von der Stadt beeinflusst werden können. Mit spezieller Präventionsarbeit will man verhindern, dass immer mehr Familien in den Sog nach unten geraten. Ein großes Problem ist auch die immer weiter zu unseren Ungunsten auseinanderklaffende Schere bei den Landestransfers. Ich möchte ihnen diese Entwicklung anhand einiger Zahlen verdeutlichen. Im Jahr 2003 haben wir bei den Landestransfers 7,48 Mio. Euro eingenommen und 14,36 Mio. Euro ausgegeben, das bedeutete ein Minus von 6,88 Mio. Euro. Dieses Minus wächst und wächst. Im Rechnungsjahr 2006 auf 9,86 Mio. Euro, im Voranschlag 2007 auf 12,1 Mio. Euro und im Voranschlag 2008 auf 12,97 Mio. Euro. Also die Differenz von Einnahmen und Ausgaben bei den Landestransfers entwickelt sich äußerst negativ. Betrachtet man die Entwicklung der Ertragsanteile des Bundes, sieht man eine für die Stadt Steyr ebenfalls ungünstige Tendenz. Im Jahr 2002 bedeckte dieser Betrag noch 38,17 % der Einnahmen im ordentlichen Haushalt, im Voranschlag für 2008 ist eine Deckungsquote von nur 36,53 % ausgewiesen. Also von 38,17 % auf 36,53 % ist diese Quote gefallen, auch wenn die absoluten Zahlen gestiegen sind. Also auch in diesem Bereich müssen wir ein deutliches Gefälle zur Kenntnis nehmen.

Ich möchte auch noch ein paar Sätze zu den Personalkosten sagen. Wir haben schon beim Rechnungsabschluss für das Jahr 2006 eine sehr gute Quote von 26,03 % Anteil am ordentlichen Budget erzielt. Im Voranschlag 2008 haben wir diesen Betrag noch weiter senken können und zwar auf 25,58 %, das sind 26,13 Mio. Euro. Ich möchte in diesem Zusammenhang aber auch darauf hinweisen, dass der Magistrat als Arbeitgeber zu den wichtigsten Wirtschaftsmotoren der Stadt zählt und als Serviceeinrichtung auch für die hohe Lebensqualität für die Steyrerinnen und Steyrer sorgt. Maßvolles Sparen im Personalbereich ist sicherlich richtig, wir dürfen dabei aber auch nicht vergessen, dass man bei einer reduzierten Belegschaft auch Leistungen wie Müllabfuhr, Straßendienst, Straßenbau oder Busverkehr radikal zurücknehmen müsste, was sicherlich nicht im Sinne der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Steyr ist.

Meine Damen und Herren, grundsätzlich ist das Budget immer eine Vorschau, erst der Rechnungsabschluss zeigt den tatsächlichen Ablauf des Finanzjahres und ich bin überzeugt, dass wir, wie in den vergangenen Jahren, auch 2008 das Ergebnis im Verlaufe des Jahres verbessern werden. Natürlich haben wir auch für das kommende Jahr vorsichtig budgetiert, immer mit einem genauen Blick auf die Kostenstruktur. Das umfangreiche Zahlenwerk für das kommende Jahr ist der finanzielle Leitfaden, der auch nach bestem Wissen und Gewissen erstellt wurde und in dem, davon bin ich überzeugt, kein Projekt, kein Vorhaben enthalten ist, das nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ist. Deshalb darf ich sie ersuchen, diesem Budgetvoranschlag mit möglichst breiter Mehrheit zuzustimmen, wobei ich gleich dazusagen möchte, wir haben einen Abänderungsantrag der SPÖ dazu und ich bitte um Debatte

bzw. Zustimmung zu diesem Abänderungsantrag.

12) Fin-100/07

Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2008

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2008 wird

im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von

EURO 102.141.600,--

und im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von

EURO 11.354.700

ausgeglichen – im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind – festgestellt.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die in den Sammelnachweisen angeführten Ausgaben erklärt.

Weiters wird genehmigt:

a) Die dem Voranschlag beigeschlossenen „Allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages“.

b) Die „Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2008 – 2010“ mit Einnahmen bzw. Ausgaben im ordentlichen Haushalt in der Höhe von EURO 97.256.900,-- bzw. EURO 102.141.600,-- im Jahr 2008, EURO 99.199.149,-- bzw. EURO 103.936.921,-- im Jahr 2009 und EURO 101.558.967,-- bzw. EURO 106.395.853,-- im Jahr 2010 sowie Vorhaben im mittelfristigen Investitionsplan in der Höhe von EURO 11.354.700,-- im Jahr 2008, EURO

10.971.300,-- im Jahr 2009 und EURO 12.945.900,-- im Jahr 2010.

c) Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke Steyr mit Aufwendungen und Erträgen in Höhe von insgesamt EURO 16.611.800,--, der Investitionsplan der Stadtwerke Steyr mit Erfordernissen und deren Bedeckung in Höhe von EURO 2.421.900,--, der Wirtschaftsplan des Alten- und Pflegeheimes Tabor mit Aufwendungen und Erträgen in Höhe von insgesamt EURO 5.154.689,--, der Wirtschaftsplan des Alten- und Pflegeheimes Münichholz mit Aufwendungen und Erträgen in Höhe von insgesamt EURO 4.667.500,--, der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben:

Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für
land- und forstwirtschaftliche Betriebe

500 v. H.

Grundsteuer B für
andere Grundstücke

500 v. H.

ABÄNDERUNGSANTRAG

Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2008

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat Fin-100/07, Mag.Le/ha, beschlossen in der Sitzung des Stadtsenates vom 08.11.2007, wird wie folgt abgeändert:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 2008 wird

im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben anstelle von EURO 102.141.600,-- mit

EURO 102.709.400,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen

sowie im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben anstelle von EURO 11.354.700,-- mit

EURO 11.306.300,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen

festgestellt.

Bezüglich der in der Beilage angeführten zusätzlichen Mittel wird festgelegt, dass sie nur für die angeführten Zwecke zur Verfügung stehen und daher Kreditübertragungen für andere Vorhaben auf keinen Fall möglich sind.

Weiters werden sämtliche andere sich aus den oben angeführten Änderungen ergebenden Abänderungen des Voranschlages für das Rechnungsjahr 2008 genehmigt.

Sämtliche anderen Teile des ursprünglich vorgelegten Voranschlages für das Rechnungsjahr 2008 bleiben unverändert.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
GR Altmann bitte.

GEMEINDERAT
DI CHRISTIAN ALTMANN:
Sehr geehrter Herr Finanzreferent und Bürgermeister Forstenlechner, sehr geehrtes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeindera-

tes, verehrte Vertreter der öffentlichen Medien. Es geht jetzt um den Abänderungsantrag für das Budget 2008 und um die Budgetdebatte und ich möchte auf das Budget näher eingehen, weil mir der Abänderungsantrag ja erst jetzt zugegangen ist und mir auch die Zeit ein bisschen gefehlt hat, mich hier etwas genauer einzulesen, aber ich darf jetzt auf das Budget zu sprechen kommen. Für mich gehört schon Mut dazu, sich als Finanzreferent hier heute hinzustellen und von einem ökonomischen und ausgeglichenen Budget zu sprechen. Da muss man sich schon die Frage stellen, ob denn hier von den gleichen Zahlen gesprochen wurde, denn das Zahlenwerk, das mir und ihnen allen vorliegt, spricht für mich eine gänzlich andere Sprache. Diejenigen, die letztes Jahr meinen Ausführungen zum Budget aufmerksam gelauscht haben, werden sich vielleicht noch erinnern, dass wir als ÖVP, sowie alle anderen Parteien, mit Ausnahme der SPÖ, vor der Entwicklung des Steyrer Stadtbudgets gewarnt haben. Was es geholfen hat, hat uns ja die letzte Sitzung zum Nachtragsvoranschlag für das Jahr 2007 schon deutlich vor Augen geführt. Mit einer nahezu Verdoppelung des außerordentlichen Haushaltes hat sich das Zahlenwerk, über das wir letztes Jahr um diese Zeit debattiert haben, komplett verändert. Aber diese Budgetschönfärberei ist ja bei uns in Steyr nichts Neues, sondern hat – wie man durch Erfahrung aus den letzten Jahren mit Sicherheit sagen kann – durchaus System. Da werden beispielsweise die Kosten im Bereich Soziales und Jugendwohlfahrt nicht mit den bereits absehbaren Kosten budgetiert, sondern bewusst extrem niedrig angesetzt, was vom Herrn Bürgermeister auch immer als „vorsichtiges budgetieren“ bezeichnet wird. Auch diese Verschleierung musste so quasi bei der letzten Gemeinderatssitzung durch den alleinigen Beschluss der SPÖ beim Nachtragsvoranschlag korrigiert

werden. Auf das Thema Vorwärts und den 800.000,- Euro Schadensfall komme ich jetzt gar nicht erst zu sprechen, das würde sicherlich noch Gegenstand der einen oder anderen Debatte hier im Hause sein. Da wir nun wissen, dass wir mit der Betrachtung des einzelnen Budgetjahres leider keine, oder nur wenig aussagekräftige Schlüsse ziehen können, habe ich mir auch heuer wieder die Mühe gemacht, ihnen einige Kennzahlen auszurechnen, die ich ihnen im Anschluss dann präsentieren möchte. Vielleicht zu den Quellen, die Kennzahlen umfassen den Vergleich der Rechnungsabschlüsse 2001 bis 2006, den Nachtragsvoranschlag 2007 und den Voranschlag für 2008 und ich möchte diese Kennzahlen auch aus diesem Grund verwenden, um ihnen unmissverständlich diesen Negativtrend, von dem die Opposition schon seit einigen Jahren spricht, des Steyrer Haushaltes vor Augen zu führen, da der Blick auf einzelne Budget- und Rechnungsposten den Blick auf das Ganze trüben und wir uns in einer Detaildiskussion verstricken würden.

Der Städtebund empfiehlt für eine ausgeglichene Budgeterstellung die Anwendung einer Reihe von Kennzahlen und hat auch einen sogenannten Quicktest bzw. Schnelltest entwickelt, mit dessen Hilfe eine rasche Überprüfung der Stadtfinanzen möglich wird. Die erste Kennzahl, die vom Städtebund empfohlen wird, ist die Quote öffentliches Sparen, die ich ihnen da zeigen darf. Diese Kennzahl spiegelt das Verhältnis zwischen dem öffentlichen Sparen und den laufenden Ausgaben wieder. Es zeigt an, in welchem Ausmaß die laufenden Einnahmen höher sind als die laufenden Ausgaben. Je höher dieser Wert ist, desto mehr Mittel stehen für die Finanzierung der Ausgaben und Vermögensgebarung, d. h. für Neuinvestitionen und die damit verbundenen Folgelasten, zur Verfügung. Liegt der Wert bei Null, ist dies

ein ernsthaftes Zeichen für Überforderung des Haushaltes. Mit den laufenden Einnahmen können de facto nur mehr laufende Ausgaben gedeckt werden und der Städtebund empfiehlt ja ganz klar, einen Konsolidierungskurs einzuleiten und bei einem negativen Wert ist die Finanzsituation sehr ernst. Der Städtebund sagt dazu, Sanierungsmaßnahmen sind unverzüglich einzuleiten. Sehr geehrter Herr Finanzreferent, meine sehr geehrten Kollegen von der SPÖ, was sagen wir nun zu dieser Entwicklung, die in den letzten 2 Jahren, oder eigentlich nach dem allgemeinen Trend sehr stark nach unten fällt und im Vor- und Nachtragsvoranschlag 2007 und Voranschlag 2008 deutlich ins Negative geht? Wir sind hier von der Quote öffentliches Sparen von 12 % auf unter 5 % im Jahr 2006 gefallen und seit diesem Jahr und im nächsten Jahr geht dieser Wert ins Negative. Laut Städtebund sind wir unverzüglich aufgerufen Sanierungsmaßnahmen einzuleiten, da – und hier darf ich wieder zitieren – ein klares Zeichen der Überforderung des Haushaltes vorliegt. Jetzt werden sie mir sicherlich entgegen, dass eine einzige Kennzahl mit Sicherheit noch nicht aussagekräftig ist und da haben sie natürlich völlig Recht. Betrachten wir daher die Eigenfinanzierungsquote der Stadt Steyr. Diese Kennzahl zeigt an, in welchem Ausmaß die Ausgaben der laufenden Gebarung sowie der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen durch laufende Einnahmen aus diesen beiden Kategorien gedeckt werden. Ein kontinuierlicher Rückgang zeigt, dass der Eigenfinanzierungsspielraum nachhaltig geringer wird und der Differenzwert zu Hundert nur durch eine Nettoneuverschuldung und/oder durch Rücklagenauflösung zu finanzieren ist. In Steyr haben wir von einem Wert rund um 100, das spricht für einen halbwegs ausgeglichen Haushalt, jedoch schon ohne großen Spielraum, deutlich auf 95 % abgebaut. Laut dem

Städtebund reicht dieser Wert im österreichweiten Vergleich gerade noch für die Note Genügend. Addiert man die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben seit dem Jahr 2001 so stellt man fest, dass wir in Steyr in den letzten 7 Jahren um rund 9 Mio. mehr Geld ausgegeben als eingenommen haben. Zieht man die mittelfristige Finanzplanung vom Mag. Lemmerer mit in Betracht, dann wird sich die Differenz bis ins Jahr 2010 auf 22 Mio. Euro erhöhen. Das ist eine unfassbare Summe von mehr als 300 Mio. Schilling. Eine wirklich interessante Kennzahl ist für mich die Verschuldensdauer, diese Kennzahl zeigt an, wie lange auf Basis des durchschnittlich öffentlichen Sparens die Rückzahlung der bestehenden schuldähnlichen Verpflichtungen, das sind Darlehen, Barwerte aus Leasingverpflichtungen sowie schlagend werdende Haftungen, wie z. B. aus der Causa Vorwärts, wie lange die dauern. Sie ist laut dem Städtebund ein zentraler Indikator für das Ausmaß der Verschuldung, Werte unter 3 Jahre sind ausgezeichnet, über 25 Jahre sind katastrophal. In Steyr hat sich die Verschuldensquote von 4 Jahren im Jahr 2001 auf fast 20 Jahre mit dem Rechnungsabschluss im Jahre 2006 erhöht. Mit dem Voranschlag 2008 steigert sich die Verschuldensdauer auf knapp 27 Jahre und bewegt sich laut Städtebund im Vergleich mit anderen Städten im Bereich nicht genügend. Geht man von den 39.399 Steyrerinnen und Steyrern laut der letzten Volkszählung im Jahr 2001 aus, dann hat sich die Pro-Kopfverschuldung von 872,- Euro auf 1.612,- Euro pro Steyrerin und Steyrer verdoppelt. Das heißt, die in den Medien von der SPÖ als immer ausgewogene beschriebene Finanzpolitik hat den Steyrerinnen und Steyrern in den letzten 8 Jahren um jährlich im Schnitt 100,- Euro mehr Schulden eingebracht. Die nächste Kennzahl und deren Entwicklung hat für mich auch eine

sehr symbolträchtige und auch entscheidende Wirkung für die Zukunft. Die Quote freie Finanzspitze zeigt den Überschuss der fortdauernden Gebahrung an und damit in welcher Höhe eine Manövriermasse für neue Projekte besteht und deren Projekte gibt es ja in Steyr genug und nicht wenige. Wir benötigen in Steyr ein neues Alten- und Pflegeheim am Tabor und auf der Ennsleite, wir brauchen eine Resthofschule, das Heimathaus gehört saniert, ein Konzept zum Thema Stadtplatz im Aufbruch, ein Verkehrskonzept und auch ein Kulturentwicklungsplan liegen in der Schublade und warten auf die Umsetzung. Darüber hinaus brauchen wir eine Parkgarage und auch eine Westspange zur Verkehrsentlastung. Alles Projekte, die irgendwie in den nächsten Jahren finanziert werden müssen. Hatten wir im Jahr 2004 und 2005 noch eine freie Finanzspitze von immerhin 5 Mio. bzw. 3 Mio. Euro, so ist die freie Spitze in den Folgejahren nicht mehr vorhanden. Im Gegenteil, der Trend geht unaufhörlich ins Negative. Dies bedeutet, dass kein finanzieller Spielraum für teilweise wichtige Projekte mehr vorhanden ist und stattdessen, der Herr Bürgermeister hat es gerade angesprochen, leisten wir uns einen Amtstempel im Reithoffergelände um 13 Mio. Euro. Ja, jetzt werden sie mir entgegen, dass sie in den letzten Jahren ja durchaus einen Sparkurs gefahren sind und dann ziehen sie immer das Beispiel von den Personaleinsparungen aus dem Hut. Die Kennzahl der Personalaufwandsquote, die mittels dem Schnelltest vom Städtebund aber herauskommt, zeigt für mich ein deutlich anderes Bild. Von 2001 auf 2008 sind die Personalkosten im Magistrat von 21 Mio. auf 28 Mio. Euro geklettert, eine Steigerung von knapp 20 %. Mussten im Jahr 2001 26 % der laufenden Einnahmen für die Personalkosten aufgewendet werden, so sind es im nächsten Jahr bereits knapp 29 %. In Summe schlägt sich diese

Finanzpolitik auch im Schuldenstand der Stadt Steyr nieder. Im Jahr 2001 betrug der Schuldenstand 30 Mio. Euro. In den letzten 8 Jahren haben Sie, Herr Bürgermeister und die SP-Mehrheit es geschafft, diesen Schuldenberg mehr als zu verdoppeln und auf 63 Mio. Euro anzuhäufen. Gleichzeitig sind die Rücklagen in den letzten Jahren ausgeräumt worden und werden 2008 bzw. 2009 endgültig aufgebraucht sein. Ich könnte ihnen noch eine Reihe von weiteren Kennzahlen bringen, die der Städtebund so für die Budgeterstellung empfiehlt, etwa Verwaltungs- und Betriebsaufwandsquote, Vermögensgebarung, Finanztransaktionen, Zinsaufwand für Schulden und viele andere mehr, von mir aus den gesamten Kennzahlenkatalog, den der Städtebund empfiehlt, aber alle Kennzahlen und alle Trends weisen eine Richtung und können aus meiner Sicht auch nicht missinterpretiert werden, aber das werden wir ja hier in der Debatte noch hören. Aus meiner Sicht, läuft die Stadt auf ein finanzielles Desaster zu, für das sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPÖ, in den letzten Jahren durch ihre alleinige Zustimmung, gegen der Stimmen der Opposition, auch die alleinige Verantwortung tragen müssen. Ich kann mir auch vorstellen, warum sie diese Entwicklung mit einem Schulterzucken abtun, sie sind der Meinung, dass das Budget und die finanzielle Situation den Steyrerinnen und Steyrern auch nicht kümmert, dass es ihnen auch egal ist, wenn der Schuldenberg weiter wächst, während wir die Rücklagen, die finanziellen Reserven der Stadt Steyr sukzessive und im nächsten bzw. übernächsten Jahr definitiv aufgebraucht haben werden. Das mag vielleicht schon sein, aber ich bin mir nicht sicher, wie die Steyrer Bürger in den nächsten Jahren reagieren, wenn wichtige und notwendige Projekte für die Stadt aufgrund der von ihnen verschuldeten Finanzmisere nicht umge-

setzt werden können. Ich denke nicht, dass es dann den Steyrerinnen und Steyrern egal sein wird, wenn es kein Altenheim am Tabor oder auf der Ennsleite gibt, oder das nur verspätet gebaut werden kann, wenn das Heimathaus nicht saniert werden kann, wenn es keine rechtzeitige Westspange gibt, wenn es keine Parkgarage gibt, keine Resthofschule, keinen Kulturentwicklungsplan, kein Verkehrskonzept, keinen Stadtplatz im Aufbruch usw. Mir als Gemeinderat ist diese Situation jedenfalls nicht egal, ich kann hier nicht – im Gegensatz zum Herrn Bürgermeister – von einem ökonomischen, ausgeglichenen, guten Budget reden. Und weil die Entwicklung und die Fakten für mich klar sind und mir die Zukunft unserer Stadt nicht gleichgültig ist, werde ich und auch meine Fraktion unsere Zustimmung zum Voranschlag 2008 nicht geben. Danke für die Aufmerksamkeit.

Beifallskundgebung

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Kollege Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:
Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Nach dem ausführlichen Bericht unseres Kollegen Altmann darf ich vorausschicken, dass unser Fraktionsobmann und Experte in Zahlen dann nach mir ausführlich zum Budget, Voranschlag 2008 Stellung nehmen wird. Nachdem aber der Herr Bürgermeister in seinen Ausführungen eingangs ein ganz wichtiges Projekt sehr ausführlich behandelt hat, nämlich den Hochwasserschutz in Steyr, und mir das immer ein großes Anliegen war, erlauben sie mir ein paar Bemerkungen zu diesem Thema. Es ist nicht 3 Jahre, 3 Jahre gibt es jetzt die Studie, das Jahrhunderthochwasser ist 5 ½ Jahre her und als wir heuer im Som-

mer den schleppenden Fortschritt bei den Hochwasserschutzmaßnahmen kritisiert haben, war der Herr Bürgermeister „not a'mused“, wie es so schön heißt, war sehr sauer auf uns und Wochen darauf hat sich dann herausgestellt, dass unsere Befürchtungen durchaus zu Recht sind, weil wenn man sich den Zeitplan, der in der Grundstudie festgehalten ist, jetzt anschaut und wie er umgesetzt wird, ist sehr wohl wieder eine Verzögerung drinnen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Wo ist eine Verzögerung?

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:
Also haben wir mit unseren Sorgen durchaus Recht gehabt. Der Baubeginn jetzt im Winter verzögert sich schon wieder auf das Frühjahr hinaus.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ja, 2 Monate, aber wir halten die Fertigstellung ein.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:
Darf ich das jetzt zu Ende sagen? Du hast ja dann Gelegenheit, auf alle heute vorgebrachten Budgetreden einzugehen, von dem wirst du ja auch sicher Gebrauch machen. Nachdem das ein sehr wichtiges Anliegen ist, möchte ich schon mit Nachdruck einfordern, dass diese 14 Mio., wenn ich richtig zugehört habe ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nein!

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:
Ich nehme an, dass das der Gesamtrahmen mit den Landeszuschüssen ist, dass wir über diese 14 Mio. in einem

Jahr wieder debattieren, weil wir sie übertragen und weiterschreiben müssen, sondern dass die jetzt wirklich umgesetzt werden, weil die Maßnahmen, die am Ramingbach gesetzt worden sind, sind natürlich gut zu heißen und wir sind das den Menschen dort vergönnt, allerdings warten wir sehnlichst auf die Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen in der Stadt und solange das Entlastungsgerinne zwecks Schotterentnahme in der Unterhimmeler Au nicht gestattet wird, nützen uns alle Maßnahmen wenig bis gar nichts, bzw. finden die Maßnahmen ja gar nicht statt. Irgendwie habe ich so ein bisschen den Eindruck, weil es gerade aktuell ist, die B 309 und das Hochwasser, von der Abwicklung her ist eine gewisse Ähnlichkeit, weil dass es Verfahrensabwicklungen gibt, dass es Gutachten gibt, dass es Genehmigungen wasserrechtlicher Natur, ökologischer Natur usw. gibt, dass die notwendig sind, das müssten doch die Beamten und die zuständigen Herrschaften am Land, aber auch bei uns im Haus, durchaus wissen, es kann doch nicht jetzt auf einmal der Grund sein, dass das immer wieder hinausgeschoben wird, dass man ökonomische und wasserrechtliche Genehmigungen braucht, das hat man zum Zeitpunkt der Erstellung der Grundstudie auch schon gewusst. Darum verstehe ich das nicht ganz. Du hast dich doch selber in einer Zeitung als „der Bürgermeister, der in die Geschichte eingehen wird als Besieger des Hochwassers“ bezeichnet – Grüß Gott Siegfried Forstenlechner – also ich weiß nicht, wie das dann mit der Realität vereinbar ist, Tatsache ist, dass wir wirklich darauf pochen, dass das jetzt umgesetzt wird und erwarten uns von dir, dass du dein ganzes Gewicht – in jeder Hinsicht – in dieser Sache einsetzt, damit wir nicht wieder in einem Jahr darüber diskutieren müssen, warum es dann 6 ½ Jahre her ist und wenig bis gar nichts geschehen ist. Ich

möchte jetzt nicht dir alleine die Schuld zuschieben, das sicherlich nicht, aber man kann ja auch dort Druck machen, man hat es ja auch bei der B 309 gesehen, dass letzten Endes, wenn man Druck macht, offensichtlich etwas weiter geht, auch wenn jetzt schon wieder der große Keil drinnen ist. Wir erwarten doch auch in dieser sehr wichtigen Angelegenheit, dass endlich etwas umgesetzt wird.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Herr GR Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. Ich bin zwar jetzt nicht in der Lage, so wie unser Kollege Altmann vorhin, damit meine ich natürlich den gesamten Gemeinderat, er ist ja nicht bei uns in der Fraktion, statistisches Zahlenmaterial und Grafiken zu präsentieren, ich möchte aber dennoch aus meiner Sicht, und vor allen Dingen aus Sicht der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion einiges zum Voranschlag 2008, den vorhin der Herr Bürgermeister und Finanzreferent eingebracht hat, aussagen. Betrachtet man die Entwicklung der Einnahmen beim ordentlichen Haushalt ab 2005, so ist eine Steigerung von etwa 12 % feststellbar. Das ist zum Einen das Ergebnis von ständigen Gebühren- und Tarifierhebungen, das habe ich heute bereits mehrmals zum Ausdruck gebracht, zum Anderen aber vor allen Dingen auf die gute Wirtschaftslage und die damit verbundenen höheren Steuereinnahmen zurückzuführen. Diese positive wirtschaftliche Entwicklung zeigt sich auch bei den höher werdenden Ertragsanteilen und Transferzahlungen, die der Stadt ja bekanntlich zu Gute kommen und zahlenmäßig ja auch nachweisbar sind. Obwohl bei den

Landestransferzahlungen, das wurde heute bereits vom Herrn Bürgermeister erwähnt, noch immer eine Lücke von etwa 13 Mio. Euro zu Ungunsten der Stadt vorhanden ist, haben sich die Einnahmen beim ordentlichen Haushalt seit 2005 jährlich im Schnitt um etwa 10,6 Mio. Euro erhöht. Außerdem werden die Einnahmen, nicht nur 2007 sondern vor allen Dingen 2008 höher als geplant ausfallen, weil ja nach Drucklegung des Voranschlages, den wir ja bereits vor einiger Zeit erhalten haben, weitere Tarif- und Gebührenanhebungen, so wie heute, gegen unsere Stimmen, beschlossen wurden. Das wird sich natürlich beim Budget auf der Einnahmenseite besonders bemerkbar machen. Aber auch bei den derzeitigen, laut Budgetvorlage ausgewiesenen Zahlen könnte man davon ausgehen, dass hier ein Überschuss erwirtschaftet wird und dass man eben entsprechende Rücklagen bilden könnte. Das ist jedoch weit gefehlt, weil sich nämlich zum Vergleich zu den Einnahmen die Ausgaben ebenfalls sehr massiv erhöhen und im Steigflug befinden. Das kann man mit Fug und Recht behaupten. Es steigen z. B. die Ausgaben im Sozialbereich massiv an, aber auch die Personalkosten sowie die Zinsen beim Schuldendienst, um jetzt nur einige Beispiele zu nennen. Dazu kommt natürlich auch die heute bereits stundenlang diskutierte Haftung Vorwärts, in der derzeitigen Höhe von 800.000,-- Euro, damals 9 Mio. Schilling, und deswegen haben wir in der vergangenen Gemeinderatssitzung bereits darauf hingewiesen, dass aus unserer Sicht, bevor man das ausbezahlt, ein Rechtsgutachten einzuholen wäre, ob es tatsächlich so ist, und gerechtfertigt ist, dass die Stadt als Alleinhafter herangezogen wird. Ich möchte mich da nicht weiter verbreiten, wir haben ja wie gesagt bereits ausreichend diskutiert und werden auch noch die Lage vorfinden, weiter diskutieren zu müssen und zwar was den Bau-

rechtsvertrag betrifft. Zur Abdeckung des ordentlichen Haushaltes fehlen rund 4,9 Mio. Euro laut Vorlage, aber ich komme dann noch zu diesem Änderungsantrag, den an sich die SPÖ heute bei sich selbst eingebracht hat, der Herr Fraktionsvorsitzende wird ja noch etwas dazu sagen, aber der Herr Bürgermeister hat ja schon darauf hingewiesen. Der Schuldenstand, meine sehr geehrten Damen und Herren, der Stadt, ohne der ausgegliederten Betriebe, erhöht sich auf 63.261.000,-- Euro und der Gesamtschuldenstand steigt auf 78.097.000,-- Euro. Also das ist wirklich eine sehr deutliche Steigerung und Erhöhung des Schuldenberges, beinahe ein Jahresbudget, der Kollege Apfelthaler sagt das richtig, den man der nachfolgenden Generation hinterlässt, meine Damen und Herren. Ich wage zu behaupten, dass das sicher keine verantwortungsvolle Budgetpolitik ist. Die Rücklagen sinken hingegen von 10,7 Mio. Euro im Jahre 2007 auf 898.000,-- Euro im Jahre 2008 und jetzt hat man das offensichtlich mit dem Nachtragsvoranschlag um 48.000,-- Euro verbessert, weil man den ao.H. in dieser Größenordnung weniger belastet. Bei dieser dramatischen Budgetentwicklung müssten eigentlich alle Alarmglocken läuten und die Notbremse bei den Ausgaben gezogen werden. Irgendwie erinnert mich das Budget von heute und das Budget der vergangenen Jahre an ein schlingendes Schiff auf hoher See bei Windstärke 12. Auf der Kommandobrücke steht der Herr Bürgermeister und Finanzreferent David Forstenlechner, nicht Siegfried Forstenlechner, das ist nur im Zusammenhang mit dem Hochwasser so zum Ausdruck gebracht worden, auf der Kommandobrücke, wie gesagt, steht der Herr Finanzreferent, das Wasser steht ihm bereits bis zum Hals, er setzt aber kein Notsignal, sondern sagt noch immer Schiff ahoi, das ist wirklich sehr eigenartig. Beim außerordentlichen Haushalt wird

so wie in den vergangenen Jahren sehr – was die Größenordnung betrifft – massiv getrickst. Man setzt den ao. H. sehr bewusst niedriger an, erhöht diesen im Laufe des nächsten Jahres durch die bekannten Übertragungsbeschlüsse, obwohl man bereits jetzt weiß, dass verschiedene Vorhaben, die budgetär vorgesehen waren, aus bestimmten Gründen teilweise nicht, oder überhaupt nicht umgesetzt wurden. Dennoch ist zur Abdeckung dieses ao. H. mit einer ursprünglichen Gesamtsumme von 11,3 Mio. Euro eine neuerliche Darlehensaufnahme von 7.084.000,-- Euro erforderlich. Diese Zahlen beweisen sehr eindringlich und sehr deutlich den immer enger werdenden finanziellen Spielraum, obwohl größere Vorhaben bereits außerbudgetär über die GWG abgewickelt werden. Ich erinnere sie an den Umbau des Reithoffergebäudes, oder die Errichtung von weiteren notwendigen Alten- und Pflegeheimen, die über die GWG finanziert werden. Trotzdem werden aber auch diese Projekte durch die Rückzahlungen und die laufenden Betriebskosten den Stadthaushalt in Zukunft weiter massiv belasten, das ist selbstverständlich und auch klar nachvollziehbar. Besonders bedenklich ist aber auch die Tatsache, dass trotz der guten Wirtschaftslage, die ich vorhin angesprochen habe, und der damit in Verbindung stehenden hohen Steuereinnahmen, die Finanzlage der Stadt dramatisch schlechter wird. Nicht auszudenken, meine Damen und Herren des Gemeinderates, was passiert, wenn die Wirtschaft nicht mehr so gut floriert. Was machen wir denn dann? Das alte Sprichwort, spare in der Zeit, dann hast du in der Not, dürfte offensichtlich die Mehrheitsfraktion und den Finanzminister der Stadt noch nicht erreicht haben. Aber auch die Stadtwerke, und wir diskutieren sehr oft darüber, Herr Kollege Hauser, entwickeln sich immer mehr in Richtung Betriebskostenzuschussbedarf von Seiten

der Stadt oder, das habe ich auch schon gesagt, aber Leistungseinschränkung. Diese Entscheidung wird über kurz oder lang, vor allen Dingen die Mehrheit in diesem Gemeinderats-sitzungssaal, zu treffen haben. War es bis 2004 noch möglich, Gesamtbetrieblich gesehen, Gewinn zu erzielen von einigen Hunderttausend Euro, so steigt seither der Verlust von Jahr zu Jahr, trotz ständiger Tarif- und Gebührenanhebungen, weiter an. Diese ständige Mehrbelastung unserer Bevölkerung ist einerseits bei der Wasserbezugsgebühr, die ich ja bei der letzten Sitzung auch angesprochen habe, wegen der Gewinne, die in diesem Bereich der Stadtwerke erwirtschaftet werden, völlig ungerechtfertigt und andererseits werden auch höhere Tarife die massiven Probleme beim Betriebsverbund Gas und Verkehr auch nicht lösen können. Nicht nur, aber vor allen Dingen deswegen – vorhin habe ich es bereits angesprochen – wegen der schlechter werdenden Ertrags-situation beim Gaswerk und damit im Betriebsverbund, ausgelöst durch die Liberalisierung am Gasmarkt, ist die Schaffung eines weiteren Standbeines im Bioenergiebereich bei den Stadtwerken längst überfällig. Zumindest ein Angebot, das wissen wir alle, gibt es, nämlich von einer Firma, die unter Beteiligung der Stadt bzw. der Stadtwerke ein Biomassekraftwerk errichten und betreiben würde, das liegt ja seit einiger Zeit vor, aber die Entscheidung der Stadt, der Verantwortungsträger dieser Stadt lässt noch immer auf sich warten. Um aber wieder auf den Stadthaushalt zurückzukommen, möchte ich darauf hinweisen, dass wir in Anbetracht der äußerst kritischen Finanzlage, die sich aus den Zahlen ja eindeutig ergibt, wir keinerlei Forderungen vonseiten der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion gesetzt haben, oder verlangt haben, die das Budget noch weiter belasten würden. Im Gegenteil, wir haben so, wie in den vergangenen

Jahren, Einsparungsmaßnahmen verlangt. Beispielsweise durch eine 20 %ige Kreditsperre bei den Subventionen, natürlich inkludiert auch die bekannte Fraktionsfinanzierung, oder aber auch den Verkauf von städtischen Liegenschaften, wie beispielsweise den Wirtschaftshof weiter voranzutreiben. Diesbezüglich hat es ja bereits vor einiger Zeit ein sehr gutes Angebot gegeben, das hat man erstaunlicherweise ausgeschlagen und seither kämpft man wirklich bereits seit Jahren, aus bekannten Gründen, um eine entsprechende Verwertung dieses vorhin angesprochenen Areals, des ehemaligen Wirtschaftshofes. Vor allem ist es aber höchst an der Zeit, alle Ausgabenpositionen kritisch zu hinterfragen, um eben zu Einsparungen zu gelangen. Man kann nicht immer nur die Tarife anheben um die Einnahmen zu erhöhen und auf der anderen Seite explodieren die Ausgaben. So kann es sicherlich nicht weitergehen, dass man die Bürger immer mehr belastet, um zu Einnahmen zu kommen. Was aber macht die Mehrheitsfraktion? Man erhöht unmittelbar vor dieser Budget-sitzung Tarife und Gebühren, aber nicht etwa um das Budget zu sanieren, oder Rücklagen zu bilden, nein im Gegenteil, man stellt an sich selbst einen Abänderungsantrag, der liegt ja allen vor, der weitere Ausgabenerhöhungen vorsieht. Ich möchte jetzt keinesfalls die Arbeit des Fraktionsvorsitzenden der SPÖ übernehmen und ihnen den Abänderungsantrag im Detail zur Kenntnis bringen, aber Tatsache ist, dass folgende Veränderungen vorgesehen sind: Beim ordentlichen Haushalt soll eine Ausweitung von 567.800,-- Euro vorgenommen werden, das bedeutet, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass sich der Abgang im ordentlichen Haushalt von diesen vorhin angesprochenen 4.884.700,-- Euro auf 5.141.200,-- Euro erhöht. Das ist das Ergebnis aus diesem Abänderungsantrag. Andererseits möchte man beim

außerordentlichen Haushalt um 48.400,-- Euro einsparen, ich habe es vorhin bereits erwähnt, in der Form, dass man die Rücklagenentnahme reduziert. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir werden selbstverständlich vonseiten der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion auch im kommenden Jahr budgetwirksame Anträge mit unterstützen, ich denke da beispielsweise daran, dass es für uns selbstverständlich ist, dass wir Vorsorge für die Pflege unserer älteren Mitbürger treffen, dass wir Geld für die Feuerwehr, für das Rote Kreuz und ähnliche Hilfsorganisationen zur Verfügung stellen. In der Gesamtheit können wir aber aus den vorhin von mir erwähnten nicht vorhandenen Einsparungswillen diesen Gesamtantrag nicht unterstützen und werden daher gegen diesen Voranschlag 2008 bei der Abstimmung votieren.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Ich sehe das überhaupt nicht so dramatisch, wie meine Vorredner das Szenario jetzt gezeichnet haben. Überhaupt nicht, weil die Einleitungsworte des Herrn Bürgermeister lassen mich sehr wohl hoffen. Der Herr Bürgermeister hat auf Kant verwiesen und wenn er auf Kant verweist, dann habe ich Hoffnung. Weil Kant ja unter anderem seine Kritik der praktischen Vernunft geschrieben hat und wenn man diese Kritik der praktischen Vernunft hernimmt, die Kurzfassung dazu ist – und das kennt jeder von ihnen – „handle so, dass dein eigenes Handeln Gesetz werden kann, Maxime für alle ist.“ Da geht es auch ein bisschen um Moral, moralisches Gesetz und da gehe ich davon aus,

auch wenn es nicht im Budget ist, dass der Herr Bürgermeister und seine Fraktion selbstverständlich, beispielsweise 10.000,-- Euro, die für die Standorterweiterung, und nicht wie es fälschlicherweise im Amtsbericht steht, für den Standortwechsel, der Drehscheibe Kind am Resthof, aufgebracht werden, weil das ist ja für uns alle eine moralische Verpflichtung, dass wir flexible Kinderbetreuung in einem dermaßen großen Stadtteil wie dem Resthof auch fördern. Da geht es nur um 10.000,-- Euro, die derzeit im Voranschlag nicht drinnen sind. Aber wie gesagt, es lässt hoffen, der Herr Bürgermeister hat Kant zitiert und ich gehe davon aus, dass er sich seiner moralischen Verantwortung bewusst ist. Das gilt natürlich nicht nur für die Drehscheibe Kind, da gibt es eine Reihe von anderen Bereichen. Wenn sie sich die Kulturförderung anschauen, wir haben viele Kulturvereine, deren Ansuchen zwar jedes Jahr positiv genehmigt werden, allerdings in einer Höhe wie schon vor 3, 4 oder 5 Jahren und genau in diesem Haus höre ich eigentlich ständig, die Kosten steigen, die Personalkosten steigen, die Energiekosten steigen, das gilt aber nicht nur für uns, das gilt für die Kulturschaffenden draußen genauso. Die müssen aber mit den gleichen Budgets, mit den gleichen Subventionen wie vor Jahren auskommen. Das kann sich nicht ausgeben, das müsste jedem einleuchten, Kritik der praktischen Vernunft. Der Herr Bürgermeister hat Kant zitiert, Kritik der reinen Vernunft, hat er auch noch geschrieben. Da geht es so um die Sache, alles was objektiv ist – und so ein Voranschlag ist ja objektiv, sind ja Zahlen – hat auch eine subjektive Komponente, ist von den eigenen Empfindsamkeiten, Eindrücken geprägt. Da wäre die Bitte Herr Bürgermeister, oder der Wunsch, den Sie selbst ja irgendwie äußern indem Sie Kant zitieren, vielleicht doch auch das Subjektive manchmal etwas hereinzu-

holen, sprich die Meinung der Opposition einfließen zu lassen, das wäre auch eine große Bitte für das nächste Jahr, im Sinne politischer Kultur, sich die Meinung zumindest anzuhören, man kann letztlich ja ganz anderer sein, Vorschläge zumindest auch zu prüfen, aber zumindest diesen Weg zu gehen und nicht gleich zu sagen, wir sind die Mehrheit, stimmen wir ab. Ja, und nicht nur die Opposition mit einzu beziehen, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger da draußen. Da fällt mir nur so schnell als Stichwort ein, Stadtplatz im Aufbruch, da gab es irrsinnig viel an Bürgerbeteiligung, was ist daraus geworden? Jetzt gibt es Grünmarkt in Bewegung, ich hoffe der Grünmarkt bleibt in Bewegung, aber er wird auch finanzielle Mittel benötigen. Sind die im Voranschlag vorgesehen? Aber ich gehe davon aus, wenn sie nicht vorgesehen sind, sie werden kommen, der Herr Bürgermeister hat Kant zitiert. Das letzte, was der Kant noch geschrieben hat, oder eines der letzten, das von ihm noch so bekannt ist, ist die Kritik der Urteilskraft.

GEMEINDERAT

GERALD HACKL:

Der Kant war aber nicht Sparkassendirektor!

Gelächter

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Nein das war er nicht, aber er war jemand, der sehr weitblickend war. Lieber Gerry Hackl, ich habe Kant nicht ins Spiel gebracht, der Herr Bürgermeister hat mit Kant eröffnet und ich mache eben mit Kant weiter. Aber es passt irgendwo, die Parallele. Wie gesagt, die Kritik der Urteilskraft, da geht es um Ästhetik, um das Schöne und Gute. Da denke ich mir ja, das Schöne und Gute, Herr Bürgermeister, jetzt habe ich wirklich Hoffnung, dass das Museum der Stadt Steyr tatsächlich

aufblühen wird, dass man hier investieren wird, dass wir für den Tourismus noch mehr tun, dass wir eine Aufstiegshilfe auf den Tabor einmal verwirklichen, dass wir den Kulturentwicklungsplan umsetzen, und nicht nur umsetzen, sondern auch die finanziellen Mittel, die dazu nötig sind, auf die Füße stellen. Dass wir unsere Straßen so sanieren, dass sie wirklich für Gäste herzeigbar sind, unsere Brücken so sanieren, wie es notwendig ist, damit wir keine Folgekosten haben und dass wir z. B. ein bisschen mehr Licht in die Stadt hereinbringen und es einmal doch schaffen, unsere Ennskraftmeile zu beleuchten. Nur eines ist schon ganz interessant, kleiner Nachtrag noch, aber das ist nur ganz kurz, der Kollege Altmann hat es angesprochen, vieles von dem, was bereits in einem Stadtentwicklungskonzept steht, wird gar nicht realisiert und ist auch in den nächsten Jahren nicht vorgesehen. Ob das jetzt ein Steg über die Enns ist, die Aufstiegshilfe auf den Tabor, die Volksschule Resthof, werden wir sehen, ob es dazu kommt. Es gab sogar schon einmal die Geschichte im Amtsblatt, Anrufsammeltaxi wird kommen, ist schon verkündet worden, gab es dann aber aus Kostengründen nie usw. Wenn es das alles aber nicht gibt, alles objektiv nachvollziehbar, dann frage ich mich eines, wie kann es sein, und da brauche ich diesen Voranschlag nicht bis ins letzte Detail studiert haben, wie kann es sein, dass man obwohl man im außerordentlichen Haushalt diese Ausgaben alle nicht hat, weil wir Dutzende Konzepte in den Schubladen liegen haben, die uns viel Geld gekostet haben, die aber nie realisiert worden sind, dass unsere Schuldenlast immer mehr steigt, dass unsere Rücklagen immer weniger werden und das in einer Situation, wo wir uns leider nicht mehr auf das böse Land und den bösen Bund ausreden können, weil wir aus diesen Ertragsanteilen profitieren. Wir profitieren von der boomenden

Konjunktur, weil wir natürlich im Rahmen des Finanzausgleiches auch wieder mehr von diesen Steuereinnahmen bekommen. Das heißt, jetzt müssten wir eigentlich Rücklagen bilden können, nur interessanterweise schaffen wir das nicht. Das, was für mich das Erschütterndste war an diesem Voranschlag, sind nicht die einzelnen Positionen, sondern etwas, was fast untergeht, wenn man es sich nicht wirklich ein bisschen ausrechnet. Das finden sie auf der Seite 11 im Voranschlag und Punkt 6, mittelfristige Finanzplanung für das Jahr 2008 bis 2010. So relativ lapidar ein paar Zahlen versteckt, und sie brauchen dann nur eines machen und da trifft sie der Schock, obwohl das alles nicht realisiert wird, was die Opposition hier fordert, und nicht nur die Opposition, was die Bürger fordern und was x Arbeitsgruppen gefordert haben, was x Experten gefordert haben und was sogar im Gemeinderat beschlossen worden ist, wie ein Stadtentwicklungskonzept. Im Jahr 2008, das sage nicht ich, das sagt der Finanzreferent bzw. der Finanzchef von der Beamtenseite her, im Jahr 2008 werden wir eine Differenz haben zwischen Einnahmen und Ausgaben von 4.884.700,-- Euro. Eine Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben heißt, ich muss irgendwie diese Differenz begleichen. Das kann ich nur durch Rücklagenentnahmen, wenn ich keine Rücklagen mehr habe, geht das auch nicht, dann kann es nur eines sein, Darlehensaufnahmen und damit steigende Zinslast und damit sinkender Finanzspielraum. Für das Jahr 2009 wird eine Differenz von 4.737.772,-- Euro prognostiziert und im Jahr 2010 eine Differenz von 4.836.886,-- Euro. In Summe sind das 14,5 Mio. Euro Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben in 3 Jahren und da ist nichts von dem realisiert, was ich zuerst aufgezählt habe, was längst beschlossen ist, was Forderungen der Bürger sind, was Notwendigkeiten sind, da ist gar nichts

davon drinnen. Jetzt, weil unser lieber Herr Fraktionsvorsitzender der SPÖ Bremm immer sagt, mit Schilling tut er sich leichter, komme ich auch dem gerne nach, das sind ungefähr 200 Mio. Schilling. 200 Mio. Schilling Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben in 3 Jahren. Mehr brauche ich zu der Finanzentwicklung in dieser Stadt wohl nicht zu sagen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Ich habe gar nicht gewusst, dass wir heute Philosophiestunde haben, ich habe auch nicht gewusst, dass sich die Michaela Frech in dieser Beziehung schon vorbereitet hat, aber natürlich liegt es ein bisschen auf der Hand, wenn man Kant zitiert, dass man das auch zitiert.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Spontanität fehlt, flexibel und spontan, das muss man hier herinnen sein.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Und das Prinzip Hoffnung.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Die Hoffnung stirbt zuletzt!

Und geschieht!

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Genau, da wollen wir ja auch etwas beitragen, der Beitrag von den „Grea-
nen“ kommt jetzt.

Gelächter

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Ich glaube, dass das Budget unter einem anderen Sprichwort gestanden ist, das da lautet von Kant: „Es könnte sein, dass die Menschheit reicher wird, indem sie ärmer wird und gewinnt, indem sie verliert.“ Also, wenn wir uns die Prognosen, die ja der Kollege Altmann zuerst vortrefflich aus den Unterlagen des Prüfungsausschusses zitiert hat, anschauen, die sind ja nicht sehr gut. Das liegt uns irgendwie auf der Brust und ich glaube, dass es auch kein Trost ist, dass man durchaus auch mit Recht behaupten kann, das trifft auf sehr viele Städte, sehr viele Kommunen zu und es ist schon interessant, weil du heute diese Landestransfers angesprochen hast, Herr Bürgermeister, dass wir da immer steigendere Kosten haben und es irgendwie auseinander klafft, was ja immerhin bedeutet, dass die Wirtschaft bei uns sehr gut funktioniert, nur wie soll da die Stadt finanziell mithalten, wenn man sich dann da herinnen Diskussionen gibt, dass man deswegen einer Gebührenerhöhung nicht zustimmt, weil da irgendwie ein Trick dahinter vermutet wurde, damit man im Wahljahr 2009 vielleicht ein bisschen besser dasteht, oder dass es die Bevölkerung nicht so belastet. Also, gut geht es uns nicht dabei, das ist irgendwie ganz klar. Heute ist es ganz kurz einmal angesprochen worden, ich bin ja immer froh, wenn ich Vorredner habe, dann erspare ich mir viel, der Kollege Eichhübl ist da ja Meister in tagelanger Vorbereitung.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ich kann wegen der Finanzen ja immer so schlecht schlafen.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Das glaube ich eh, Baldrian wirkt auch, wenn man keinen Kater hat. Ich glau-

be, eines muss uns bewusst sein, wir machen immer äußerst dramatische Budgetsitzungen, die dann um 9.00 Uhr anfangen und irgendwann in der Nacht enden, im schlimmsten Fall, was aber wirklich interessant ist, das sind die Rechnungsabschlüsse, die fast so belanglos dahinplätschern, wo die eine oder andere Wortmeldung dann zu hören ist. Das ist aber, das sage ich jetzt einmal so für alle jene, die vielleicht in Budgets nicht so eingelese sind, der wesentlichere Teil. Das, was wir heute, da, wo ein Teil des Gemeinderates heute sozusagen seinen budgetären Willen festlegt, ist ja eine Zahl X und über die kann man trefflich streiten, ob man die jetzt haben will oder nicht. De facto ist aber wichtig, geben wir jetzt das Geld aus oder nicht, das ist es. Über das streiten wir hier herinnen nicht, da könnten wir beim Rechnungsabschluss trefflich darüber streiten, ...

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Haben wir aber eh schon gemacht.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Sicher, haben wir auch schon gemacht. Aber wenn ein Jahr vorbei ist, dann können wir uns „zersprageln“, geben wir es aus oder geben wir es nicht aus. Meistens geben wir es eh nicht aus, weil wir im Hinblick auf den Rechnungsabschluss auch ein halbwegs hübsches Budget haben wollen, wo wir dann immerhin sagen können, ja die Stadt hat eh so vorausblickend ihr Budget gebastelt, obwohl der Rechnungsabschluss in den letzten Jahren auch nicht so besonders hübsch war.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

So schlecht waren sie nicht!

GEMEINDERAT

KURT APFELHALER:

Na ja, ich hätte mir schon die eine oder andere vergrößerte Einnahme gewünscht. Warum ist das so? Wir können da jetzt streiten und sagen, wir wollen dort und da ein Geld, in Wahrheit liegt es dann ja gar nicht mehr in unserer Hand, ob es ausgegeben wird oder nicht. Das ist ja das, was mich als Gemeinderat und auch sie als Gemeinderätin im Laufe des Jahres stören müsste, wenn wir dann darauf kommen, dass bestimmte Beträge, die wir des langen und breiten diskutiert haben, am Jahresende für die Budgeterstellung gar nicht ausgegeben werden. Ich bin ja nicht im Club 2 und ich möchte jetzt auch nicht den Herrn Altmann kopieren, aber das ist die Liste aller jener Vorhaben, die wir von Jahr zu Jahr schieben, das sind 256 Vorhaben, Übertragungen, wo wir – angefangen im Jahr 2002 – gesagt haben, das wollen wir tun, und das ist der Rest davon. Im Grunde genommen ist das, was wir beschließen und das was wir letzten Endes durchführen in einem Verhältnis von 40 zu 60 %. 40 % führen wir durch, 60 % schieben wir in das nächste Jahr und da frage ich sie, ob ihnen denn das Recht ist, wenn sie sich hier herinnen Stunden um Stunden in der Diskussion die Argumente um die Ohren hauen, wenn dann letzten Endes ganz wer anderes darüber bestimmt, ob das was sie wollen durchgeführt wird oder nicht. Das stört mich und ich frage sie, ob sie das nicht auch stört? Die Mehrheit muss es ja wollen, das was wir festschreiben, wenn davon nur ein Bruchteil umgesetzt wird, dann ist das äußerst unbefriedigend. Was mir immer noch nicht klar ist, dass ja alles, was wir sozusagen von den Jahren mitnehmen, dass sich das natürlich an den bestimmten Voranschlagsstellen anhäuft und eigentlich das, was wir da so hineinschreiben, nicht so wirklich die wahre Wahrheit ist, weil im Grunde genom-

men müssten wir zu den Budgetposten in einem bestimmten Bereich, z. B. Tiefbau mit unseren Straßen usw., da müssten wir ja eigentlich dazurechnen, was wir an Übertragungen dort haben wollen. Also, wir beschließen im Grunde genommen eine Zahl, oder die vielen Zahlen im Budget, die in Wahrheit aber nicht der Realität entsprechen, weil hinten 256 andere Vorhaben noch stehen, die wir da hineinbasteln wollen. Ich habe jetzt ehrlich gesagt auch nicht die goldene Idee, wir könnten jetzt hergehen, alles auf null streichen und alles erledigen, wenn es möglich ist, manche Dinge sind einfach noch nicht möglich, weil das Land jetzt noch dazu zahlen muss usw., aber es gibt sehr viele Dinge hier in den Übertragungen, die könnten wir schon durchführen, wenn wir es politisch auch wollten und wir haben es ursprünglich auch einmal wollen. Damit dem Herrn Bürgermeister nicht weiterhin fad ist, würde ich gerne vielleicht noch darauf hinweisen, was unser ursprünglicher Vorschlag für das Budget gewesen wäre. Es ist natürlich sehr schwierig, in dieser finanziellen Situation so quasi Mehrausgaben zu verlangen, das ist glaube ich nicht recht fair, auf der anderen Seite rennen wir schon seit Jahren Dingen nach – und da sind wir wieder bei diesen Übertragungen – die einfach nicht umgesetzt werden, oder die nicht in den Maßen umgesetzt werden, wie wir uns das vorstellen, obwohl wir aus unserer Sicht heraus glauben, dass es einfach auch dringend notwendig wäre, aus den verschiedensten Gründen. Das Museumskonzept findet sich ja interessanterweise wieder hier im Abänderungsantrag, wir können eh einmal kurz darüber reden, Herr Vizebürgermeister, was da drinnen steht. Natürlich ist mit den 50.000,-- bzw. mit dem Hinweis auf die Übertragungen, da sind noch 27.000,-- drinnen, also im Grunde genommen fast 80.000,-- Euro, die wir hier freigeben, nicht die Umsetzung des Konzeptes inkludiert. Ich

weiß bis zum heutigen Tage nicht, was diese Zahl bedeuten soll. Freue mich natürlich eh, dass das in die richtige Richtung geht, glaube aber nicht, dass wir mit diesen Zahlen ein Museumskonzept umsetzen können. Ich bin gespannt auf die Antwort des Herrn Vizebürgermeisters, was mit dem passieren soll. Ich glaube, dass wir bei den Heimhelferinnen den Schritt in die richtige Richtung tun, nachdem wir da ja ein ziemliches Manko gehabt haben, das kann ich durchaus auch unterstreichen, sowie auch einige andere Punkte, die im Abänderungsantrag drinnen sind. Was mir natürlich dann wieder aufgefallen ist – und da sind wir genau wieder bei dem Problem, das ich zuerst angesprochen habe – dass im außerordentlichen Haushalt bei der Straßensanierung natürlich wieder ein Teil weggestrichen worden ist. Warum weiß ich nicht, da sind wir genau wieder bei dem Punkt, dass wir einfach Notwendigkeiten haben, ...

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Kommt dann in den Nachtrag hinein!

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Eines möchte ich bitte nicht, dass wir hier herinnen in unserer Verantwortung so quasi Schattenboxen in irgendwelchen potemkinschen Dörfern, ich denke mir, das soll uns bewusst sein, dass es schon eine Beschlussvergangenheit gibt, in dem schon Projekte in der Höhe von 10 Mio. drinnen sind, die wir eigentlich schon seit Jahren vor uns herschieben, wo wir uns selber konterkarieren damit, weil wir dann ja immer wieder neue Budgets beschließen, die ja dann in Wahrheit eigentlich ganz anders ausschauen müssten, wenn wir alle übertragenen Beschlüsse sozusagen miteinbeziehen. Ich sehe mich also nicht in der Lage, und ich glaube auch die Fraktion, aus den verschiedensten Gründen diesem Budget bei-

zutreten und wir werden es aus diesem Grund auch ablehnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Danke schön.

GEMEINDERAT
KURT APFELTHALER:
Eines möchte ich noch, Herr Bürgermeister, nachdem du als Finanzreferent uns ein wunderbares Geschenk in Form einer städtischen Uhr gegeben hast, möchte ich dir auch gerne etwas schenken und zwar ist das von der Petra-Kelly-Stiftung, eine Betrachtung, die Grundlagenhintergründe und Handlungsmöglichkeiten. Wenn man unser Budget einmal „gendern“ würde, dann würde ich dir das bitte ans Herz legen und zwar betrifft das eine Einführung in die geschlechtergerechte Analyse des Kommunalhaushaltes.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Herr Vizebürgermeister Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Werte Kolleginnen, liebe Kollegen, werte Gäste. Die Budgetdebatte ist eigentlich immer etwas Spannendes, Eigenartiges, aber wenn man in diesem Haus lange dabei ist, 16, 17 Jahre, dann ist es nichts mehr Ungewöhnliches, für Neue mag das vielleicht schon eine Besonderheit sein, aber es wiederholt sich eigentlich Jahr für Jahr. Ein gewisses Ritual das notwendig ist, anscheinend brauchen wir das um dann doch zu einem Budget zu kommen. Ich möchte schon auch unsererseits, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, feststellen, dass wir die finanzielle Situation in der Stadt nie rosarot gemalt haben. Wir haben bei

jeder Diskussion im Gemeinderat, ob das Budget, außerhalb vom Budget, Nachtragsvoranschlag, Rechnungsabschluss, was halt irgendwelche größere Ausgaben waren, auf die angespannte Situation hingewiesen. Wir haben nie gesagt, dass alles eitel Wonne und in bester Ordnung ist, wir können tun was wir wollen, der Geldsack wird eigentlich nie leer, diese Position haben wir nie vertreten, wir haben auch immer auf die immer schwieriger werdende finanzielle Situation, auf das immer schwieriger werdende Bezahlen von diversen Projekten aufmerksam gemacht. Die Ursache, dass es so ist, ich glaube, ich kann das ganz salopp sagen, wir befinden uns in bester Gesellschaft – beste möchte ich unter Führungszeichen stellen – von vielen Gemeinden und Städten in Österreich. Oberösterreich sowieso, wir kennen hier die dramatischen Zahlen von den Gemeinden, die nicht sozialdemokratisch regiert sind, die seit vielen Jahren Abgangsgemeinden sind, also das heißt, dass sie Einnahmen und Ausgaben im o. H. nicht mehr ausgleichen können und hier das Land eintreten und finanzieren muss. Die Ursachen, wie ich schon gesagt habe, sind sehr unterschiedlich, was aber feststellbar ist – und das ist eine Entwicklung unserer Gesellschaft und liegt nicht vordergründig im Einflussbereich der Kommune, der Gemeinde oder des Gemeinderates, Stadtsenates oder des Bürgermeisters, das sind die dramatischen Steigerungen – wie es der Herr Bürgermeister in seiner Budgetrede auch angeführt hat – bei den Sozialkosten. Das wissen wir, wir debattieren im Jahr ja mindestens 3, 4 oder 5 Mal über Kreditüberschreitungen in diesem Bereich und die Lösung des Problems habe ich noch nicht gehört. Wir reden nur alle davon, dass man etwas tun muss, man muss schauen wie man das in den Griff bekommt, aber ein Patentrezept gibt es dazu nicht. Nur eines ist klar, dass wir uns an dieser Verant-

wortung nicht vorbeidrücken können, wir haben einfach das zu bezahlen und es verschärft natürlich noch die Situation in dem Bereich, wenn solche Berichte, wo Kinder misshandelt, wo drastische Familienverhältnisse sind, wo letzten Endes dabei Kinder sterben, dadurch wird das ganze Thema natürlich noch verschärft. Es ist für uns wahrscheinlich noch gar nicht abschätzbar, wie viel sozial angeschlagene Haushalte und Familien es nach wie vor gibt, das sind ungefähre Schätzzahlen, aber es ist eine beängstigende Anzahl. Da ist zu befürchten, dass diese Kosten nicht in den Griff zu bekommen sind, sondern dass die Kosten noch steigen werden, diese Befürchtung ist vorhanden und hat sich zumindest in den letzten Jahren auch bestätigt. Ich gebe ihnen schon Recht, hier wäre die hohe Politik gefordert, aber nicht in der Gemeinde sondern weit darüber hinaus, nicht nur österreichweit, weil das ist ja nicht nur ein Österreich spezifisches Problem, das ist ja europaweit ein zunehmendes Problem, auch über den großen Teich hinweg. Das ist ein Problem, das uns berührt, das uns betreten macht, das uns betrifft. Jugendwohlfahrt ist ja eh erwähnt worden, ich möchte die Zahlen gar nicht mehr erwähnen, was hier gestiegen ist. Es ist auch angesprochen und erläutert worden, wenn man das auch versucht zu relativieren – und das ist ohne Schuldzuweisung, sondern das ist eine reine Feststellung, Zahlen sind objektiv, ist von der Michaela Frech gesagt worden, und sie stehen auch drinnen, es ist nachweisbar, ohne es zu beschönigen, dass halt die Transferzahlungen vom Land zur Stadt und von der Stadt zum Land, dass die Schere dramatisch auseinandergeht. 10, 11 Jahre, diese Mehrzahlung, die die Stadt an das Land leistet, wenn wir dieses Geld hätten, dann hätten wir eine ausgezeichnete finanzielle Situation. Jetzt mache ich es mir nicht so einfach, dass das Land Oberöster-

reich in der Lage wäre, uns das Geld sofort zu geben, auch dort gibt es finanzielle Probleme, das wissen wir, also diese Schere geht dramatisch auseinander. Und wenn wir so in das zu Ende gehende Jahr blicken, oder auch darüber hinaus ein paar Jahre zurück, dann möchte ich gerne von der Opposition hören, wo wir uns eventuell einen Luxus geleistet hätten und wir das Geld verjuxt und verbraucht hätten, wo man sagt, auf das hätten wir leicht verzichten können.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Sporthallenplanung fällt mir gerade ein!

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Sporthallenplanung?

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ja, Sporthallenplanung hat uns viel Geld gekostet.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Lieber Kollege Eichhübl, siehe doch das Große, wir reden doch von anderen Beträgen und nicht das, was du aus der Portokasse bezahlst. Die Sporthallenplanung, die jetzt in das Jahr 2000 oder 2001 zurückgeht, ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

2002!

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Da war doch die Planung schon weit fortgeschritten, Herr Bürgermeister, 2003 haben wir sie ja schon eröffnet. Das geht ja zurück Ende der 90iger Jahre, das ist schon nicht mehr wahr. Ich möchte nur an die Projekte der letzten Vergangenheit, oder bei denen wir gerade dabei sind sie umzusetzen, erinnern, ob hier ein unverzichtbares

Projekt dabei war. Die Sanierung der Schulen, was wir auch hier gemeinsam beschlossen haben, ob jetzt wir alleine als SPÖ, oder mehrheitlich, der Gemeinderat hat letztendlich beschlossen, zusätzlich 600.000,-- oder 700.000,-- Euro ins Budget zu schreiben und das geht jetzt schon etliche Jahre so dahin. Ich habe noch keinen einzigen gehört, der gesagt hat, das brauchen wir nicht machen, wir haben alle festgestellt, dass es dringend notwendig ist. Die Gebäude, die im Eigentum der Stadt sind, da haben wir auch oft genug in der Vergangenheit die Kritik gehört, wir lassen die Gebäude verkommen, wir investieren und sanieren dort zuwenig. Jetzt machen wir das, aber das kostet natürlich Geld. Resthofschule, da sind wir uns über die Parteigrenzen hinweg einig, dass sie errichtet wird, sie kostet halt nur 4,8 Mio. Schilling.

Zwischenruf: Euro!

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Euro, Schilling wären schöner. Pflegeheim Münchenholz, das wir mittlerweile auch im o. H. verspüren, was wir auch planen, man redet davon, dass wir in relativ kurzer Zeit 2 Pflegeheime errichten sollen, eines auf der Ennsleite und eines am Tabor und da gibt es auch noch andere Rufe, wo es heißt, das vierte brauchen wir auch schon.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Kindergärten, wir stellen alle den Anspruch, jedes Kind muss einen Betreuungsplatz haben, selbstverständlich, das kostet aber Geld, es hat keiner gesagt, auf das verzichten wir. Öffentlicher Verkehr, die Debatten kenne ich

aus dem Verwaltungsausschuss, es fahren immer noch viel zu wenige Autobusse, weil wir haben immer noch irgendwo weiße Flecken, wo man mit dem Autobus hinfahren kann. Jawohl, überhaupt nichts einzuwenden, aber wer bezahlt es? Sanierung Stadtbad, das sind alles Projekte der Vergangenheit, der Gegenwart und ein paar, die in die nächsten paar Jahre hineinreichen und das kostet alles Geld und keiner hat gesagt, wir brauchen dieses oder jenes nicht. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wenn die Personalkosten angeschnitten werden, dann gehört fairerweise auch dazugesagt, dass wir da auch wissen, dass es rechtliche Ansprüche gibt, das sind die Biennalsprünge, das sind die Verhandlungen im Kollektivvertrag, die jährlich stattfinden. Es ist uns aber, mit nicht immer leichter Anstrengung, gelungen, dass sich das Verhältnis der Personalkosten zum o. H. gleich verhält, dass die absoluten Zahlen steigen, „na net“, aber es ist ja auch der o. H. in absoluten Zahlen gestiegen, also im Verhältnis haben wir das im Griff gehabt. Wir haben aber auch zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir in der Vergangenheit Einnahmenverluste, auch was unsere stadteigenen Bereiche betrifft, hinnehmen mussten, für die wir aber nichts dafür konnten, das haben wir in keinsten Weise beeinflusst. Die Mülldeponie, wenn wir uns erinnern, die war immer so quasi ein warmer Regen, der jährlich hereingekommen ist, wir hatten doch Erträge mit der Mülldeponie so rund um 15 bis 20 Mio. Schilling. Aufgrund der gesetzlichen Regelung ist das nicht mehr möglich gewesen, diese Einnahmen sind weg und da möchte ich gar nicht reden vom Gas, da haben wir eh zur Genüge darüber diskutiert. Wenn man dann so schaut, wie unser Verhalten dann ist, dann hört man eigentlich relativ wenig, was man nicht braucht, sondern was man noch alles braucht, die Forderungen immer mehr auszugeben sind ständig da, e-

gal in welcher Sitzung, wir möchten immer mehr und mehr und beim Budget sagen wir, wir haben viel zu viel ausgegeben. Es wäre gut, wenn uns das unter dem Jahr auch bewusst wäre und wir die Forderungen kurz halten würden. Wir stellen immer fast einstimmig fest, das brauchen wir für eine positive Entwicklung der Stadt, auch bei Kulturveranstaltungen, das ist natürlich tourismusfördernd, da geben wir mehr Geld aus, das mag ja alles seine Berechtigung haben, es muss uns nur bewusst sein und man kann hinten nach nicht immer kritisieren, auch im Tourismusbereich oder auch Stadtmarketing, wo wir jetzt im Budget auch wieder ein bisschen mehr Geld vorsehen. Heimatmuseum, ist eh zuerst gerade angeführt worden, natürlich haben wir den Anspruch auf das Heimatmuseum mit einer Investitionssumme von 1,7 oder 1,8 Mio. Euro über den Plan, den es da von der Spur Wien gibt. Das ist doch unser Anspruch, den wir haben, aber man muss auch sagen, wie wir das zahlen. Oder der Kulturentwicklungsplan ist auch angesprochen worden, natürlich liegt uns das auch am Herzen, aber wir tragen hier auch die politische Verantwortung, wenn man so etwas beschließt, dass es auch finanzierbar ist, die Verantwortung haben wir zu dem Thema auch, aber die Debatte darüber haben wir eh in der letzten Zeit schon geführt. Die Parkplätze sind auch angesprochen worden, selbstverständlich haben wir zu wenig Parkplätze, diese subjektive Beurteilung ist bei uns allen drinnen, objektiv schaut die Welt ja oft ein bisschen anders aus. Ja, aber wer soll denn die Tiefgarage bauen, wenn es die Privaten nicht tun, weil es zuwenig Geschäft ist, dann soll die Stadt das machen. Wir reden hier aber von Kosten, die sich in Millionenbeträgen bewegen und dann sagen wir wieder bei der Budgetdebatte, was ihr wieder für Schulden gemacht habt. Ich stelle nur die Frage, auf welches dieser Projekte,

die ich jetzt ein bisschen angeführt habe, könnten wir verzichten.

Ich möchte auch noch ein paar Bemerkungen zu meinen Vorrednern anbringen. Herr Kollege Altmann, es war natürlich fachlich ganz ausgezeichnet, fundiert, mit Kennzahlen versehen, einer der in der Wirtschaft ist, arbeitet immer mit Kennzahlen, ist ja logisch und auch notwendig, es ist aber in der Wirtschaft auch leichter, denn dort schafft man es einfach an, da gibt es keine rundherum die das beeinflussen, da braucht man keine Beschlüsse, da gibt halt der Eigentümer die Linie vor und das ist so durchzusetzen.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Die Kennzahlen waren eh alle vom Städtebund und ich glaube ...

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Nein lieber Kollege, ich komme ja eh noch zum Städtebund. Wenn man natürlich mit Kennzahlen von einer Einrichtung, von einer Interessenvertretung spricht und diese anführt – natürlich mache ich das als Opposition so, denn ihr stimmt ja heute nicht mit beim Budget, wir haben uns aber bemüht. Wir haben uns sehr bemüht, wir haben uns mit allem bemüht, aber es war halt nicht möglich, weil wir sind halt aus diversen Gründen nicht zusammengekommen, aber man kann uns das nicht anhängen, dass wir uns nicht bemüht hätten, wir haben uns diesmal vielleicht mehr bemüht als das vergangene Jahr. Das will ich ja eingestehen, aber es war nicht möglich. Aber zum Städtebund, zu den Kennzahlen, wissen sie, da muss man den Schluss auch dazu sagen. Was sagt denn der Städtebund? Der Städtebund zeigt diese Zahlen auf, zeigt die Problematik bei den Budgets auf, wo Budgets explodieren, wo man Probleme hat, er weist aber sehr wesentlich und vehement

darauf hin, dass die Städte und die Kommunen mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet gehören. Der Städtebund hat sehr intensive Verhandlungen bei den Finanzausgleichsverhandlungen geführt, es ist halt für die Kommunen nicht mehr als 50 Mio. für ganz Österreich herausgekommen. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein, ich komme eh dann wieder auf eine Zahl zurück, wo sich das sofort wieder anders darstellt. Also, das muss man dann schon zu Ende führen, dass er das kritisch aufführt, ist unsere Interessensvertretung und sie vertreten das auch gegenüber dem Bund, aber er hat auch gesagt, wenn die Städte und Gemeinden in der Zukunft ihre Aufgaben so wahrnehmen wollen und können, dann müssen sie mit mehr finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Das ist nämlich der springende Punkt und nicht die Kennzahlen alleine so dargestellt.

Rücklagen, Schulden und Amtstempel sind natürlich klassische Schlagwörter, die man gut anbringen kann. Ist natürlich klar, zu was hat man denn Rücklagen? Rücklagen, dass wir nur ein Sparverein wären, sind eh weit entfernt davon, aber zu dem sind sie nicht da, sondern es wäre schön und gut, wenn man in wirtschaftlich guten Zeiten Rücklagen schaffen könnte, so nach dem Motto, spare in der Zeit, dann hast du in der Not, das hat eh einer hier gesagt. Leider Gottes ist halt das Sparen in der jetzigen Zeit nicht möglich und wenn schon Rücklagen hier sind, dann sind diese auch so einzusetzen, dass es wirtschaftlich, politisch, gesellschaftspolitisch sinnvoll ist. Die Schulden werden von euch ja auch immer nur von der einen Seite betrachtet, wie viele Schulden nehmen wir denn auf. Was wir Tilgung haben, von dem reden wir ja nicht, weil das gehört hier nicht dazu. Natürlich sind sie gestiegen, aber man kann ja nicht sagen, ihr habt jetzt Schulden gemacht, wie wenn einer ins Spielcasino geht und

hat die Marie verjuxt, sondern wir haben ja mit dem, was wir an Krediten aufgenommen haben, Investitionen getätigt, die ja einen Mehrwert in der Stadt erbracht haben, egal für wen. Es ist ja nicht irgendwie ein Spielgeld gewesen, sondern wir haben die Straßen hergerichtet, wir haben Gebäude errichtet, oder wir haben die Wirtschaft damit subventioniert, also da ist ja etwas geschehen damit und wir haben in Wirklichkeit damit ja einen Gegenwert. In Betrieben wird auch so gerechnet, da sagt man nicht, wie viel Schulden hast du damit gemacht, sondern was habe ich dann im Anlagevermögen. Das gibt es halt in unserem Haushalt nicht, was habe ich an Anlagevermögen erhöht, so müsste man die Gegenrechnung zu den Schulden machen.

Sie sind ein sehr intelligenter Bursch, das meine ich jetzt nicht polemisch oder zynisch, sondern ich schätze Sie wirklich so ein, aber man muss doch auch Vorschläge verlangen können, wenn man sagt, es ist eh alles schlecht und es bricht eh alles zusammen, das höre ich zwar schon seit 16 Jahren und wir sind noch immer nicht zusammengebrochen, stehen immer noch flott da und es geht uns noch nicht so schlecht wie vielleicht anderen, Vorschläge, auf was verzichten wir denn. Es ist nämlich von keiner einzigen Fraktion heute da ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, der Roman. Da muss ich dem Roman Recht geben.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Entschuldigung Roman.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Nicht zuviel, du hast mich eh heute schon so viel gelobt.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ich vergesse ihn nicht, ich habe es eh da stehen.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Aber lob mich nicht zuviel.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Vorschläge, auf was man verzichten kann, das gehört nämlich dazu. Ich weiß schon, das tut man nicht gerne, und ob das die Aufgabe der Opposition ist, das kann man so und so sehen. Aber natürlich möchte ich das schon relativieren, wenn man nur kritisiert was alles schlecht ist, dann muss man auch bereit sein und sagen, was wir nicht machen. Den Mayrhofer Gunter habe ich eh im Vorfeld schon quiet-schen gehört, weil wir nur bei den Straßen läppische 200.000,-- Euro heruntergestrichen haben, weil wir gesagt haben, wir müssen ein Budget erstellen und wir müssen schauen, wo das Geld zum Herkriegern ist, da hat er schon geglaubt, das Straßennetz in Steyr bricht zusammen. Ich habe dich jetzt ein bisschen überzeichnet, aber so ähnlich ist das. Keiner will irgendwo einen Millimeter hergeben, keiner will nur irgendwo einen Cent aus seinem Bereich hergeben.

Payrleithner Hans, zum Hochwasser, wird eh der Bürgermeister auch noch etwas sagen, aber da herstellen und sagen, ja, die Stadt und der Bürgermeister hat zuwenig getan, das ist nicht unbedingt eine faire Vorgangsweise, würde der Erich Haider sagen. Das ist nicht fair, weil die Stadt hat ...

Zwischenruf: Wer ist das?

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Wer das ist? Ist eh klar, der liegt euch jetzt ein bisschen im Magen.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Die 91.000 Stimmen, die gehen natürlich ein bisschen in die Füße, das verstehe ich schon.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Ich möchte mich da jetzt nicht auf diese Schiene begeben, weil da könnten wir stundenlang darüber diskutieren, wie viel Stimmen etwas wert sind. Also, beim Hochwasser haben wir in Wirklichkeit unsere Aufgabe gemacht, dass es Einsprüche gibt und somit Verzögerungen gibt, das liegt nicht in unserer Zuständigkeit. Der Bürgermeister hat sich da wirklich engagiert und es hat viele Gespräche und Verhandlungen gegeben, aber es läuft halt für uns da nicht so zufriedenstellend, wie wir uns das gewünscht hätten.

Der Roman hat da eh auch auf die steigenden Einnahmen, Rücklagen Bezug genommen. Da muss ich dich loben, nein loben nicht, aber Stellung dazu nehmen. Der Roman Eichhübl ist der einzige bei den Budgetverhandlungen, der bei der Tür hereinkommt und sagt, ich verlange nichts, weil wir eh nichts haben. Das machst du schon seit Jahren, damit rechtfertigst du auch deine Nichtzustimmung beim Budget, aber okay, das ist legitim. Aber deine Vorschläge zu Einsparungen sind auch nur Klackse, da hältst du dich ja auch sehr zurück. Er redet von 20 %iger Kreditsperre bei unseren Vereinen, die alle ehrenamtlich arbeiten, die eh auch oft nicht wissen, wie sie mit dem Geld zusammenkommen sollen.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Nicht nur für die Vereine!

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Natürlich weiß ich, dass du der Michaela Frech auch immer nur das Geld wegnehmen möchtest, was wir da an Parteienförderung zahlen, weil bei uns selber meinen wir es ja eh nicht so, wir meinen es nur bei der Michaela Frech. Habe dich immer verteidigt, aber das ist auch nicht ganz fair. Das ist halt ein Punkt, wo wir politisch keine Einigung haben, wir sind da nicht bereit, bei Vereinen, die gemeinwirtschaftlich arbeiten, die ehrenamtlich arbeiten, dass man da als erstes bei den Schrauben dreht, wo wir dann vielleicht von Beträgen von 20.000,-- bis 40.000,-- Euro reden, weil mehr ist das nicht.

Unverständlicher Zwischenruf

Mag. Erwin Schuster verlässt um 15.00 Uhr die Sitzung

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Dann lassen wir halt einmal auf der Straße ein Schlagloch nur ausbessern und es ist nicht so schön, bevor wir bei jenen sparen, die ehrenamtlich, unentgeltlich viele Stunden ihrer Freizeit in den Dienst der gesamten Gesellschaft stellen.

GEMEINDERAT

ROMAN EICHHÜBL:

Museum Arbeitswelt fällt mir auch gerade ein.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Na gut, das ist dein politisches Thema. Museum Arbeitswelt, da war gerade wieder eine Veranstaltung drunten, alle sagen, was das für ein super Haus ist und wenn wir hier herinnen sitzen, würden wir immer Kindesweglegung machen, wie wenn das eh nichts wäre. In Wirklichkeit ist das eine tolle Einrichtung und das kostet halt auch Geld.

Zum Verkauf vom Wirtschaftshof; dieses Thema haben wir hier schon oft behandelt, habe es bis ins Detail erläutert. Gegen eines verwehre ich mich aber schon, lieber Roman, dass wir ein ausgezeichnetes Angebot gehabt hätten, weil wenn wir für diese Fläche, wo der Wirtschaftshof draufsteht, einen Preis von 12,-- Euro bekommen hätten, einer Toplage in Steyr, wenn das ein tolles Angebot sein soll, dann muss ich dir sagen, geh einmal zu deinem ehemaligen Kollegen ...

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Stieglitz!

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Nein, zum Fürweger, der kann dich da beraten, was der Marktpreis in dieser Lage ist. Also, das war kein Topangebot und darum haben wir den Vorschlag unterbreitet, wie wir in dieser Frage umgehen, wir wollen ihn eh nicht behalten, wir wollen ihn eh verkaufen, aber wir haben überhaupt keine Veranlassung, einer Bank ein Weihnachtsgeschenk zu machen. Da wehre ich mich bis zum Letzten dabei.

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Jetzt möchte ich noch zum Abänderungsantrag, den du auch erwähnt hast, etwas sagen. Schaut euch den Abänderungsantrag an, was da drinnen ist, wir sind da überhaupt nicht übermütig geworden, in keinster Weise. Da sind nur ein paar Klackse drinnen. Wenn man da redet, wir haben mehr Ausgaben von 65.800,-- Euro drinnen, dann kann ich nur dazu sagen, was denn für Ausgaben. Da sind ja nur 128.000,-- Euro, das sind unsere Heimhelferinnen, da haben wir alle miteinander gesagt, das ist dringend

notwendig, das ist richtig und wichtig, das brauchen wir, dann haben wir fürs Paraplü 5.500,-- Euro drinnen, ein Servicevertrag für die Röntgengeräte ist noch drinnen und dann haben wir noch einen Betrag drinnen, über den wir uns über alle Parteigrenzen hinweg einig sind, dass wir 10.000,-- Euro für den Energienutzplan vorgesehen haben. Das sind die einzigen Punkte, die wir hier drinnen haben, alle anderen großen Brocken, die dann die Differenz zu den 567.800,-- Euro sind, sind aufgrund des Voranschlagelasses des Landes Oberösterreich.

GEMEINDERAT
ROMAN EICHHÜBL:
Wieso sind die nicht gleich hineingekommen?

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Weil die erst jetzt, nachdem der Voranschlag vorbereitet worden ist, vor ca. 14 Tagen gekommen sind und darum ist es jetzt im Nachtragsvoranschlag drinnen, das ist der große Brocken. Das war nicht aus Jux und Tollerei, sondern der große Brocken ist aufgrund Landesgesetzgebung notwendig gewesen.
Michaela Frech, du bist natürlich auch vor lauter Forderungen, was wir nicht alles noch machen sollten ...

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Das sind nicht meine Forderungen.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Eh nicht, aber wenn wir das Geld nicht haben, wird man auch wenn man eine Mittelfristplanung hat, die auch notwendig ist, vorgeschrieben ist und die man auch braucht, aber man wird sagen müssen, was ist wichtig, was ist dringend und was ist nicht so dringend, was kann ich zurückstellen. Und dazu werden wir auch gezwungen sein, das

wird nicht alles realisierbar sein, ob im Museum alles auf einmal realisierbar ist, ob die Aufstiegshilfe realisierbar ist, oder die Straßen, also das geht alles nicht so in dem Tempo, wie wir uns das wünschen, wir würden das auch gerne in einem anderen Tempo machen. Ja Kurt, wenn du immer die Übertragungen anschneidest, du weißt es ganz genau, dass die Übertragungen überhaupt nicht budgetwirksam sind, das ist eine reine Darstellung, die steht halt dann in den Kosten drinnen, aber wir haben diese Übertragungen jedes Jahr, also das ist ein Geld, das wir nicht ausgeben.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Ja leider!

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Nicht leider, Gott sei Dank haben wir es nicht ausgegeben, sonst würde die Bilanz noch ein bisschen anders ausschauen, wenn wir das alles ausgegeben hätten.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Kurt Apfelthaler

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, du musst ja rechnen, dass das eh jedes Jahr so ist.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Ja, aber wenn man was beschließt und dann tun wir es nicht, ...

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, aber du musst dir die Gründe anschauen.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Das hat ja alles seine Gründe, das wird ja immer in den Ausschüssen dement-

sprechend erläutert. Ich glaube, dass man in Summe zusammenfassend sagen kann, dass das Budget 2008 sicher alle wesentlichen wichtigen Dinge beinhaltet, dass die finanzielle Situation eine große Herausforderung ist, große Anstrengungen notwendig sind, um das Ziel zu erreichen, das der Bürgermeister formuliert hat, am Ende 2008 oder beim Rechnungsabschluss dann im Frühjahr 2009 wieder eine schwarze Null erreichen zu können. Ich ersuche auch alle und lade vielleicht auch alle noch einmal ein, das ist aber eine rein rhetorische Einlage, weil man weiß, Budgetverhandlungen finden im Vorfeld statt, wir werden natürlich als SP-Fraktion die Verantwortung übernehmen und dieses Budget auch beschließen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Kollege Payrleithner zum zweiten Mal.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Bürgermeister. Ein paar Bemerkungen zu den langen Ausführungen des Herrn Fraktionsobmannes. Also, von einem Sparverein, lieber Kollege Bremm, kann glaube ich bei diesem Budget und bei dieser Finanzsituation ohnedies keine Rede sein. In einem Punkt gebe ich dir durchaus Recht, es werden natürlich Werte in dieser Stadt geschaffen, die den Schulden gegenüber stehen, das ist schon klar, das ist auch durchaus etwas Positives, aber wenn jetzt darüber diskutiert wird, weil du dem Kollegen Mayrhofer offensichtlich vorwirfst, dass er immer wieder Forderungen im Straßenbau stellt, da haben wir erst vor kurzem darüber diskutiert, wir würden uns wünschen – und darüber haben wir auch ausführlich im Kontrollausschuss debattiert – dass wir diese vorhandenen und beschlossenen Mittel, die im Budget drinnen sind, für die

Straßensanierungen auch umsetzt und nicht jedes Jahr gewaltige Beträge ins nächste Jahr überträgt und diese Mittel gar nicht ausgeschöpft werden und auf der anderen Seite sich die Bürger in ganz Steyr zu Recht beschweren, dass die Straßen in einem schlechten Zustand sind, dann liegt das entweder an mangelnder Koordination, oder an der Durchführung, oder an der Organisation im Rathaus. Bitte Kollege Apfelthaler, darüber haben wir ja im Kontrollausschuss gesprochen.

GEMEINDERAT
GERALD HACKL:

Aber Beschwerden über schlechte Straßen haben wir mit Sicherheit.

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:

Ja, du wohnst da unten bei uns, da sind sie in einem guten Zustand, aber du musst ein bisschen in Steyr herumfahren ...

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:

Weil der Finanzausgleich auch angeschnitten worden ist, ...

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:

Der Herr Payrleithner ist am Wort!

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:

Ich bin gleich fertig, aber wenn ihr so viel redet, dann dauert es etwas länger.

Unverständliche Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Hallo, Grüne!

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Was ist mit den Grünen los?

GEMEINDERAT
HANS PAYRLEITHNER:

Die Schuld bei anderen zu suchen, ist auch eine relative Angelegenheit, weil der Finanzausgleich, kann ich mich gut erinnern, heuer zum ersten Mal seit Jahren von der SPÖ hoch bejubelt wurde, wie toll und klasse der Finanzausgleich sei. Die Zeitungsberichte zeigen, wie zufrieden die Länder mit dem Finanzausgleich waren und jetzt auf einmal sind wieder die anderen Schuld, dass die Finanzsituation der Stadt Steyr, der Kommunen und der Gemeinden so schlecht sind. Also, das ist keine Erfindung von mir, sondern nachzulesen in den Medien, ihr braucht nur über das Internet einsteigen. Vielleicht noch einen grundsätzlichen Satz zur heutigen Budgetbeschlüßung, lieber Herr Bürgermeister. Es sollte doch der SP-Fraktion auch zu denken geben, dass jetzt zum fünften Mal in Folge mit Mehrheitsbeschluss das Budget alleine beschlossen wird. Da kann man darüber philosophieren, aber ich bin ja auch schon länger in der Gemeinde und ich kann mich sehr wohl auch an Zeiten erinnern, wo man durchaus mit Verhandlungen und Einbeziehung der Opposition, auch andere Fraktionen dazu bewegen konnte, dem Budget der Stadt Steyr zuzustimmen. Jetzt liegt es entweder daran, dass man sich gar nicht mehr bemüht, denn nur an der Opposition, dass alle anderen auf einmal so böse sind und dem nicht mehr zustimmen, das alleine kann es ja bitte nicht sein. Ich glaube schon, dass es an der mangelnden Bereitschaft, ob das jetzt nur deine Person betrifft, darüber kann man vielleicht noch zusätzlich diskutieren, aber

das ist ein Faktum und dein Vorgänger hat das z. B. schon immer sehr gut verstanden, dass er zumindest eine Fraktion dafür gewinnen konnte, dem zuzustimmen. Das ist eine Tatsache und seit 5 Jahren interessiert das keinen mehr, offensichtlich dich auch nicht mehr. Ich finde das demokratiepolitisch auch nicht ganz super, natürlich könnt ihr das beschließen, recht viel zum Herzeigen wirst du im Wahljahr eh nicht haben, weil wenn ich mir die finanzielle Situation anschau, große Projekte, wie es früher im Wahljahr gang und gebe war, um zu zeigen, was wir alles geschaffen haben, wirst du 2009 wahrscheinlich eh nicht auf die Füße bringen, wahrscheinlich nicht einmal den Hochwasserschutz. Das nur zu dem Thema, aber man hätte sich da schon – und ich bin überzeugt, dass das auch durchaus die Kollegen der anderen Fraktionen so sehen – mehr bemühen können, dass man die anderen mit einbezieht und sagt, Freunde machen wir ein ordentliches Budget, vielleicht stimmt uns der eine oder andere auch zu. Ihr werdet das wahrscheinlich nicht zugeben, aber mancher von euch wird sich vielleicht denken, der hat ja gar nicht so unrecht. Ich darf jetzt die Budgetdebatte benutzen, um jetzt noch eine Bemerkung anderer Art anzubringen, die jetzt nicht unmittelbar etwas mit dem Zahlenwerk zu tun hat, sondern nachdem das die letzte Sitzung im heurigen Jahr ist, die Budgetsitzung ist und der Kollege Aichmayr ja bekanntlich aufhört und heute noch anwesend ist, möchte ich mich im Namen unserer Fraktion bei ihm für die faire Behandlung bedanken. Ich stehe nicht an zu sagen, dass wir bei ihm eine neutrale Behandlung gehabt haben und wünschen ihm für seinen weiteren Berufsweg viel Erfolg und alles Gute. Den Nachfolger Schwingshackl, glaube ich, nomen est omen, ich hoffe, es wird nicht so schlimm kommen ...

Gelächter

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

... würde ich bitten, dass er sich bei seinem Vorgänger ein Beispiel nimmt und mit uns, soweit das auch möglich ist im Rathaus, auch gut zusammenarbeitet und uns auch entsprechend behandelt – im Namen aller Nicht-SP-Fraktionen.

Beifallskundgebung

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Frau GR Frech zum zweiten Mal.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste. Der Kollege Bremm hat mich persönlich auch angesprochen, bzw. die gesamte Opposition, was hätten wir denn nicht gemacht und auf was hätten wir denn verzichtet usw. Ich denke mir, Herr Kollege Bremm, es ist nicht nur wichtig in der Politik die richtigen Dinge zu tun, sondern auch die Dinge richtig zu tun und ich denke mir, da unterscheiden wir uns. Die richtigen Dinge zu tun, da sind wir uns meistens einig, aber sie richtig zu tun. Beispiele dafür: Die Sporthalle bzw. Stadthalle ist heute schon gefallen, bis heute, 4 Jahre danach, gibt es keine Endabrechnung, wir wissen bis heute nicht, was uns die Sporthalle in Summe gekostet hat. Es gibt keine wirklichen Pläne usw. Wenn ich mir das Schlossparkpavillon anschau, ich finde es ja gut, dass der jetzt saniert wird, aber ich kann mich erinnern, dass dort erst vor wenigen Jahren aufgegeben worden ist, der Kanal gemacht worden ist usw. Hat man da jetzt zweimal arbeiten müssen, hat man da beim ersten Mal nicht ordentlich gearbeitet, was auch immer. Ich habe heute schon die ganzen Schubladenkon-

zepte erwähnt, alleine das Geld, das wir für Konzepte ausgegeben haben, ...

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Die verlangt eh ihr!

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Nein, das ist gar nicht wahr.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Du willst für jeden „Schmarrn“ ein Konzept.

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Kollege Bremm, wir machen eines bzw. Sie machen eines, die Opposition fordert ein Konzept. Was passiert dann? Es wird ein Konzept in Auftrag gegeben, allerdings ist das dann so lange in der Schublade und wird nicht realisiert, obwohl wir es gerne realisiert hätten, bis wir wieder ein neues Konzept brauchen. Ich denke beispielsweise nur an die ganzen Umplanungen, die wir im Bereich Resthof gehabt haben. Wir haben irrsinnig viel Geld ausgegeben für Dinge, wo ich mir denke, da wäre es gescheiter gewesen, etwas Handfestes zu machen. Es sind Dinge nicht umgesetzt worden, verschoben worden usw. Oder wir haben etwas beim Fenster hinausgeschmissen, nur ein Beispiel, das liegt mir heute noch im Magen, dieser komische Film „Wir bleiben zusammen“ für den wir aus dem Stand 1 Mio. Schilling hatten.

VIZEBÜRGERMEISTER

GERHARD BREMM:

Schön war er!

GEMEINDERÄTIN

MMAG. MICHAELA FRECH:

Schön war's? Na toll, 1 Mio. Schilling. Kollege Bremm, ich finde das ehrlich gesagt nicht mehr lustig, das war nicht

tourismusfördernd und mit dieser 1 Mio. Schilling könnte die Drehscheibe Kind 5 oder 6 Jahre im Resthof ihre Tätigkeit machen. Für diesen einen „Kinkerlitzchenfilm“, wo die Leute nicht einmal mitbekommen haben, dass Steyr gefilmt worden ist. Worauf ich bei meiner zweiten Wortmeldung vor allem noch einmal zurückkommen möchte, ist die mittelfristige Finanzplanung. Weil sie beschließen, liebe Damen und Herren, hier und heute, mit diesem Voranschlag 2008 auch die mittelfristige Finanzplanung 2008 bis 2010. Das ist nämlich inzwischen im Statut so fixiert, dass wir mit diesem Voranschlag parallel die mittelfristige Finanzplanung bis 2010 beschließen und dann sollte ihnen bewusst sein, was sie da beschließen. Nämlich Steuererhöhungen die geplant sind bis 2010 in Höhe von rund 2 Mio. Euro oder 28 Mio. Schilling. Gebührensteigerungen von 2,3 Mio. Euro oder rund 32 Mio. Schilling, das sind für Steuern und Gebühren in Summe 60 Mio. Schilling mehr im Jahr 2010. Das muss man sich einmal vorstellen, das ist nicht wenig. Was unsere Zinsen anbelangt, die wir für Finanzschulden zahlen, im Jahr 2010 sind das € 2.100.000,-- nur Zinsen in einem Jahr. Wenn sie das runterbrechen, zahlen wir pro Tag an Zinsen im Jahr 2010, nehmen wir einmal die Tage wo der Magistrat keinen Dienstbetrieb hat weg, ungefähr 10.000,-- Euro. Das heißt, das was wir für die Drehscheibe Kind für ein Jahr ausgeben sollten, um ein Jahr flexible Kinderbetreuung am Resthof zu haben, zahlen wir an einem Tag an Zinsen. Das ist das, wo das ganze Geld hineinfließt, in diese ganzen Darlehen und da müssen wir noch hoffen, dass die Zinssätze so bleiben, wie da prognostiziert wurde, weil wenn der Zinssatz nach oben geht, dann werden wir noch mehr zahlen. Wie gesagt, es geht darum, die Dinge auch richtig zu machen und es freut mich, Kollege Bremm, wenn Sie sagen, wir haben

uns sehr bemüht, das ehrt Sie auch sehr. Eine Bemühung erkenne ich auch an und das ist das, was mich sehr freut, was auch eine Forderung in der Ausschusssitzung vom APM war, dass die Heimhelfer bzw. Heimhelferinnen ins Budget hineingekommen sind, weil das auch wieder etwas ist, was uns letztlich Geld spart. Es kostet zwar momentan mehr, aber es erspart uns sicherlich Kosten der stationären Pflege und es ermöglicht auch den Steyrerinnen und Steyrern länger in ihrem Familienverband, in ihrem Haushalt zu bleiben, wenn ich diese Heimhelfer habe. Im Endeffekt ist es sogar eine Einsparung von Kosten, wenn ich etwas ausbebe. Aber diese Nachhaltigkeit ist auch eines, was mir in dieser Stadt sehr fehlt, dieses vernetzte Denken. Und zum Thema Bemühen, Kollege Bremm, es ehrt Sie, dass sich die Fraktion bemüht hat, der Herr Bürgermeister hat sich bemüht, aber Sie kennen wahrscheinlich das, was in einem Dienstzeugnis steht, er hat sich sehr bemüht, dann heißt es eigentlich, er hatte Mühe gute Leistungen zu erbringen. In dem Sinne hoffe ich, haben Sie sich nicht bemüht.

BÜRGERMEISTER
ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön, Frau Lehrer.

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Eines muss ich jetzt einmal sagen, Michaela, weil du immer die Drehscheibe Kind ...

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Ist nur ein Beispiel von vielen!

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Das sagst du jetzt schon zehnmal, du weißt ja noch gar nicht, wie sich das entwickelt und was da los ist.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Doch, ich rede ja mit den Leuten!

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Ich weiß eh, dass du ein Lehrer bist und alles besser weißt, aber trotzdem kannst du auch einmal etwas nicht besser wissen, das muss ich dir jetzt auch einmal sagen.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Das heißt, es gibt die 10.000,-- Euro?

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Da bin ich dir heute nicht Rechenschaft schuldig, aber du kritisierst etwas, obwohl du es nicht weißt.

GEMEINDERÄTIN
MMAG. MICHAELA FRECH:
Im Voranschlag ist es nicht drinnen!

VIZEBÜRGERMEISTERIN
FRIEDERIKE MACH:
Es ist immer das selbe, du hast einen Punkt und den kritisierst du, du bringst ja nichts anderes.
Herr GR Hack bitte.

GEMEINDERAT
ING. WOLFGANG HACK:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Bei dem Budget bleibt mir fast die Sprache weg, ich werde versuchen, dass ich das artikulieren kann. Leider, immer wenn ich etwas sagen will, ist der Herr Mag. Schuster nicht da, er geht mir wirklich ab, na ja es ist schon $\frac{1}{2}$ 4.

VIZEBÜRGERMEISTER
GERHARD BREMM:
Nicht zündeln!

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Der Herr Vizebgm. Bremm hat sich zuerst so schützend vor die Vereine gestellt und hat gesagt, da darf man natürlich nichts machen, da bin ich vollkommen seiner Meinung. Ich bin nur der Meinung, dass z. B. – ich spreche jetzt vom Kulturbereich – ein sehr großes Ungleichgewicht und eine sehr große Ungerechtigkeit herrscht. Wenn ich jetzt das Museum Arbeitswelt hernehme, wenn das ein privater Verein, in Summe 248.000,-- Euro jährlich bekommt, wie es jetzt die letzten Jahre war, und alle anderen kleinen Vereine, wenn man die jetzt zusammenrechnet, die bekommen 229.000,-- Euro, dann ist das meiner Meinung nach eine absolute Ungerechtigkeit. Da stelle ich wirklich bald die Sinnfrage, ob wir uns dieses Museum Arbeitswelt in dieser Form auf Dauer leisten werden können. Es gibt ein paar Vereine, die machen sehr viel, bekommen etwas mehr, das ist sicher das Akku, das ist Röda und Musikfestival, die bekommen so rund um € 30.000,-- bis € 40.000,--, die anderen bekommen € 700,--, € 500,--, € 400,--. Das ist meiner Meinung nach nicht die wirkliche Kulturförderung, einem privaten Verein mehr als die Hälfte dieses Budgets zu geben und die anderen mehr oder weniger absaufen zu lassen. Ich glaube, dieses Konzept ist zu hinterfragen, weil es ist einfach die Frage, ob wir uns das auf Dauer leisten werden können. Wenn die jetzt immer wieder 5 x 67.000,-- Euro für Neuausstellungen extra bekommen, dann sind die € 50.000,-- für das Heimathaus auch relativ wenig. Fachhochschule unten, platzt aus den Nähten, vielleicht wäre es zu überlegen, ein Kongresszentrum ...

Unverständlicher Zwischenruf von Bgm. Ing. David Forstenlechner

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

... das in dieser geplanten Form offensichtlich nicht realisierbar ist, oder nicht realisiert wird, vielleicht könnte man da eine Synergie schaffen und das da rein bringen. Ich stelle es zur Diskussion, aber ich frage wirklich, ob diese Aufteilung der Mittel im Kulturbereich wirklich fair und gerecht ist. Ich glaube, auf Dauer werden wir uns das wahrscheinlich in dieser Form eher nicht leisten können.

Eines ist mir noch unklar, wir haben in 2 Jahren Lohnkostensteigerungen um 171.000,-- Euro im Bereich Kulturamt und Museum. Das sind keine normalen Steigerungen, weil im Museum sind das jetzt 100.000,-- Euro mehr. Wie das funktioniert, sind jetzt mehr Leute dort, die zusammenräumen?

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Jetzt ist der Herr Schuster nicht da.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Darum habe ich ja gesagt, er geht mir ab, ich hätte ihn gerne gefragt, denn 100.000,-- Euro mehr Lohnkosten in 2 Jahren, das ist für das Museum nicht tragbar.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Frag ihn einmal direkt, es wird sicher eine Erklärung geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Damit sind wir am Ende der Rednerliste, Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich möchte schon auf einige Wortmeldungen eingehen, weil das für mich doch sehr interessant war. Und zwar, der Herr Altmann, da muss ich schon sagen, Sie haben wirklich eine gute Analyse gemacht, nach Vorlage

des Städtebundes und ich habe das auch sehr lange sehr realistisch betrachtet und geglaubt, da ist wirklich sehr viel dahinter und man kann an den Kennzahlen sehr gut die Entwicklungen ablesen, nur bei dem Punkt, dass bei uns die Rücklagen ausgeräumt werden, da habe ich natürlich schon an Ihren Zahlen zu zweifeln begonnen. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich habe mich erst gerade noch einmal erkundigt, wie die Rücklagenentwicklung in Steyr in den letzten 5 Jahren war, oder seit ich Finanzreferent bin und da habe ich schon feststellen müssen, dass eigentlich die Rücklagen eher aufgebaut wurden, im Gegensatz zu Ihren Aussagen. Aber ist klar, der Städtebund muss das natürlich auch entsprechend dramatisch darstellen und hat diese Kennzahlen natürlich so gestaltet, dass in Zukunft Forderungen gemacht werden können. Sonst haben Sie noch erwähnt, dass wichtige und notwendige Investitionen in Zukunft nicht mehr gemacht werden können. Da muss ich Ihnen auch ganz klar sagen, dass viele dieser Investitionen, die Sie genannt haben, selbstverständlich schon auf Schiene sind, das ist nicht so, dass wir jetzt diskutieren, ob wir es jetzt machen oder nicht, und wir können es uns auch leisten, da bin ich auch überzeugt, das sind durchwegs Investitionen wie Hochwasserschutz oder Reithoffergebäude, Amtstempel wie Sie gesagt haben. Das ist ja wirklich abenteuerlich, weil wir haben sehr genau vorgerechnet, wo für uns die Vorteile bei diesem Amtshaus sind, weil wir sehr wohl gewissenhaft überlegt haben, wo wir andere Gebäude reparieren sollten, oder wieder neu gestalten sollten und das hätte auch Geld gekostet, wo wir Gebäude verkaufen können und damit auch einen Ertrag erzielen. Wobei man noch ganz klar dazusagen muss, wir haben dieses Reithoffergebäude ja vor 10 Jahren oder länger gekauft, und das haben wir nicht gekauft, damit wir es

dann dort verfallen lassen, sondern wir wollten auch etwas Sinnvolles damit machen. Ich glaube, dass wir jetzt genau die richtige Entscheidung getroffen haben. Zum Herrn GR Payrleithner, weil er gesagt hat, der Zeitplan beim Hochwasserschutz ist komplett über den Haufen geworfen worden, nein es ist verschoben worden. Ich muss da ganz klar dazu sagen, wir werden jetzt 2 oder 3 Monate später mit der Unterhimmeler Au beginnen, aber wir werden den Zeitplan trotzdem einhalten, weil die Arbeiten werden dann halt zügiger gemacht und wir werden zum richtigen Zeitpunkt auch fertig sein. Wo ich eher Angst und Bedenken bei den ganzen Hochwassermaßnahmen habe, das ist die Finanzierung. Weil wenn Sie sich vielleicht einmal angeschaut haben, was beim Ramingbachausbau passiert ist, da war die Finanzierung ja so, dass die Stadt Steyr mit der Finanzierung dieser Hochwasserschutzmaßnahme in Vorlage getreten ist und erst vor wenigen Tagen haben wir wieder eine Rate bekommen und es ist bei weitem noch nicht alles fertig, das muss man auch ganz klar dazu sagen. Ich hoffe sehr, dass hier auch die Unterstützung des Landes und des Bundes gegeben ist, wenn die großen Maßnahmen auf uns zu kommen, dass dann die Gelder auch rechtzeitig eintreffen, weil das kann sehr wohl dazu führen, dass die Stadt wieder in Vorlage treten müsste und das wäre eine größere Belastung für die Stadtfinanzen.

Du hast auch gesagt, Mehrheitsbeschlüsse und warum andere Fraktionen nicht mitbeschließen. Das liegt selbstverständlich an euch, weil die Angebote der Stadt, bzw. meinerseits und des Herrn Fraktionsvorsitzenden Bremm, die sind ja durchaus da gewesen und ich glaube, es war schon lange nicht mehr so knapp, dass z. B. die ÖVP mitgegangen wäre. Wir haben bis gestern Abend noch die Diskussion gehabt, dass eine mögliche Variante

im Raum steht, dass die ÖVP sehr wohl mit uns das heutige Budget beschließt. Es ist, was weiß ich aus welchen Gründen, nicht passiert, das ist halt nun einmal so. Bei den Grünen habe ich das ganz klar vom Herrn Apfelthaler mitbekommen, dass er so hohe Forderungen stellt, wo wir gesagt haben, da können wir nicht mit, das ist halt eine Forderung, die offensichtlich bewusst in die Richtung gegangen ist, na ja, ich stelle so hohe Forderungen, dann gibt es eh keinen gemeinsamen Beschluss. Der Roman Eichhübl, das hat der Gerhard Bremm schon gesagt, ist ja einer der ehrlichsten in dieser Weise, der geht herein und sagt, bei diesem Budget kann ich nur eine Kreditsperre fordern und hat auch ganz klar seine Vorstellungen gegenüber mir und auch gegenüber Gerhard Bremm artikuliert. Aus meiner Sicht ist der Wille der SPÖ dieses Mal ganz stark da gewesen, es hat halt nur nicht funktioniert.

GR Mag. Erwin Schuster kommt um 15.40 Uhr in die Sitzung

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Zum Thema Solutionscenter, weil das auch noch einmal angesprochen worden ist, möchte ich auch ein paar Worte verlieren, weil ich sehr bemüht bin, hier gemeinsam mit den Fachhochschulverantwortlichen einen F und E Bereich in Steyr zu installieren und es hat auch bereits in der Vergangenheit intensive Gespräche zu dem Thema gegeben. Nur man muss ganz klar sagen, wenn sich das Land Oberösterreich vorstellt, die Stadt Steyr baut dieses Gebäude auf Kosten der Stadt Steyr dort hin und in anderen Gemeinden, z. B. in Hagenberg, Wels, Linz werden die Gebäude vom Land großzügig unterstützt, dann ist es halt auch eine legitime Forderung meinerseits, dass ich sage, bitte diese 4,5 Mio., die jetzt im Raum stehen, die sind eben

vom Land Oberösterreich zu begleichen. Wir stellen dort die entsprechenden Flächen zur Verfügung, und da muss man auch noch mit den Verantwortlichen und den Leuten in dieser Umgebung genaue Diskussionen führen.

Zur Schuldenstandsdiskussion möchte ich auch noch einwerfen, dass es so aussieht, wir haben die Schulden ja nicht deswegen gemacht, weil wir mit dem Geld so umschmeißen, sondern die Schulden sind für ganz konkrete Vorhaben gemacht worden, wo jeder Steyrer und jede Steyrerin heute seine Vorteile davon ziehen kann. Ich möchte nur erwähnen, wir haben eine Stadthalle gebaut, wir haben ein APM gebaut, wir sind dabei ein APE zu bauen, also es ist ja etwas da, es ist eine Substanz da und es wurde ja nicht ausgegeben für irgendetwas was wir nicht brauchen, sondern es sind durchaus sehr wichtige Vorhaben, die hier umgesetzt werden und ich bin überzeugt, das wird auch in Zukunft in Steyr so weitergehen und es wird auch in Zukunft eine solide Finanzplanung geben, wobei ich noch dazu erwähnen möchte, das Thema mittelfristige Finanzplanung, das die GR Frech immer wieder anspricht, über dieses Thema habe ich mich auch mit dem Herrn Finanzdirektor genau unterhalten, weil das wirklich zum Teil dramatisch ausschaut, wenn da Zahlen stehen, wie wir uns in den nächsten drei Jahren entwickeln, nur man muss immer dazusagen, mittelfristige Planungen, die über längere Jahre hinaus im voraus berechnet werden, noch dazu unter dem Auftrag einer vorsichtigen Budgetierung, wo man immer wieder die Reserven mit einrechnen muss, die können nur so ausschauen. Ob die so ankommen, also das ist für mich auf keinen Fall die Realität, sondern die Realität zeigt sich immer wieder beim Rechnungsabschluss und Rechnungsabschlüsse müssen wir dann Jahr für Jahr vergleichen und diese Vergleiche

schauen für die Stadt Steyr sehr positiv aus. Das heißt, es hat sich für meine Begriffe in den letzten Jahren so ergeben, dass jeweils beim Rechnungsabschluss einmal ein kleines Minus da war und einmal ein kleines Plus, also in Summe haben wir die letzten 2 Jahre Rechnungsabschlüsse gehabt, die sich absolut sehen lassen können und wo viele Gemeinden in Oberösterreich auch sagen würden, hätten wir nur solche Rechnungsabschlüsse wie sie in Steyr in den letzten Jahren passiert sind.

Das wollte ich ganz kurz einmal zu diesem Thema sagen und ich bitte nun diesem Abänderungsantrag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nein, nicht über den Abänderungsantrag, wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Hauptantrag in Form des Abänderungsantrages der SPÖ. Wer dafür stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. SPÖ. Wer ist dagegen? ÖVP, Grüne, FPÖ, Bürgerforum. Wer übt Enthaltung? Das Budget wurde mehrheitlich beschlossen.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Wir sind damit am Ende unserer Tagesordnung.

Ich möchte mich beim Christian Aichmayr für seine Tätigkeit bedanken, er ist heute das letzte Mal in unserer Runde dabei und ich wünsche selbstverständlich seinem Nachfolger, dem Herrn Schwingshackl alles Gute.

ENDE DER SITZUNG: 15.45 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Thomas Schwingshackl

Gabriele Obermair

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

GR Rudolf Schröder

GR Harald Dunst